

DIGITALES ARCHIV

ZBW – Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
ZBW – Leibniz Information Centre for Economics

Planche, Jeanne (Ed.); Wuchold, Eva (Ed.)

Book

Atlas der Versklavung : Daten und Fakten über Zwangsarbeit und Ausbeutung

Provided in Cooperation with:

Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin und Brüssel

Reference: (2021). Atlas der Versklavung : Daten und Fakten über Zwangsarbeit und Ausbeutung. 2. Auflage. Berlin : Rosa-Luxemburg-Stiftung.
https://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/sonst_publicationen/atlasdersklavung2021.pdf.

This Version is available at:

<http://hdl.handle.net/11159/8698>

Kontakt/Contact

ZBW – Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft/Leibniz Information Centre for Economics
Düsternbrooker Weg 120
24105 Kiel (Germany)
E-Mail: [rights\[at\]zbw.eu](mailto:rights[at]zbw.eu)
<https://www.zbw.eu/>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Dieses Dokument darf zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen. Sofern für das Dokument eine Open-Content-Lizenz verwendet wurde, so gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der Lizenz gewährten Nutzungsrechte. Alle auf diesem Vorblatt angegebenen Informationen einschließlich der Rechteinformationen (z.B. Nennung einer Creative Commons Lizenz) wurden automatisch generiert und müssen durch Nutzer:innen vor einer Nachnutzung sorgfältig überprüft werden. Die Lizenzangaben stammen aus Publikationsmetadaten und können Fehler oder Ungenauigkeiten enthalten.

Terms of use:

This document may be saved and copied for your personal and scholarly purposes. You are not to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public. If the document is made available under a Creative Commons Licence you may exercise further usage rights as specified in the licence. All information provided on this publication cover sheet, including copyright details (e.g. indication of a Creative Commons license), was automatically generated and must be carefully reviewed by users prior to reuse. The license information is derived from publication metadata and may contain errors or inaccuracies.



<https://savearchive.zbw.eu/terms-of-use>

ZBW

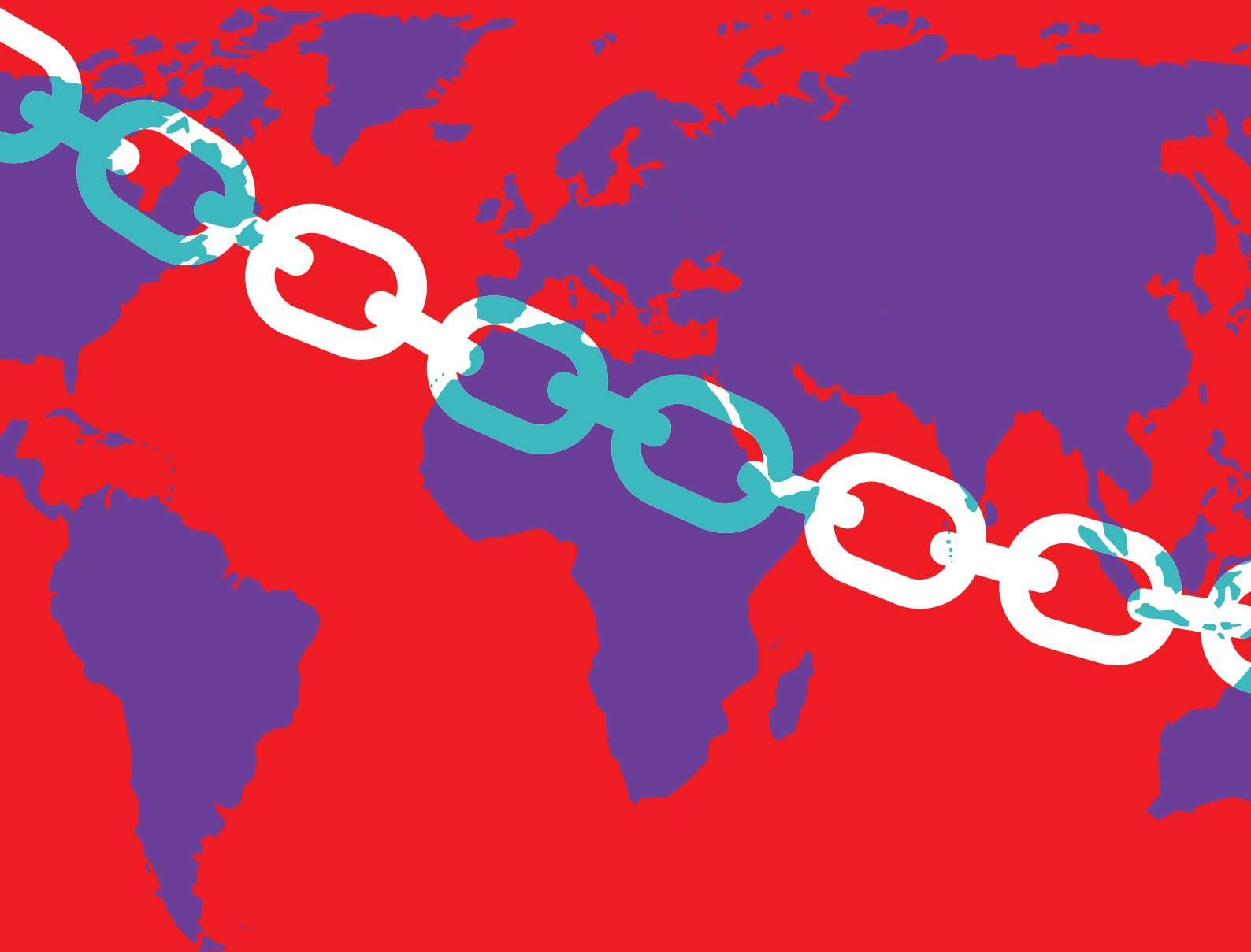
Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Mitglied der

Leibniz
Leibniz-Gemeinschaft

ATLAS DER VERSKLAVUNG

Daten und Fakten über
Zwangsarbeit und Ausbeutung



ROSA LUXEMBURG STIFTUNG

IMPRESSUM

Der **ATLAS DER VERSKLAVUNG** ist ein Projekt der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Projektleitung: Eva Wuchold

Redaktion: Jeanne Planche, Eva Wuchold

Projektmanagement und Datenrecherche: Dietmar Bartz
Art-Direktion und Herstellung: Ellen Stockmar

Atlas  **Manufaktur**
52° 31' N, 13° 24' O

Übersetzungen: Nicola Liebert

Textchefin: Elisabeth Schmidt-Landenberger

Dokumentation und Schlussredaktion: Andreas Kaizik, Hannah Pöhlmann (Infotext GbR)

Mit Originalbeiträgen von Dietmar Bartz, Remco Breuker, Katherine Brickell, Fiona de Hoog Cius, Franz Ebert, Liévin Feliho, Elise Gordon, Ellie Gore, Marion Guillaume, Kate Hodal, Toni Keppeler, Sandrine Kott, Genevieve LeBaron, Aya Majzoub, Janne Mende, Samuel Okyere, Bandana Pattanaik, Krishni Satchi, Luiza Soares Mariano Costa, Sue Thompson, Susan Tiefenbrun, Keno Verseck und Kim Weidenberg

Cover: Ellen Stockmar

Erstellt mit finanzieller Unterstützung des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ). Für diese Publikation ist allein die Herausgeberin verantwortlich. Die hier dargestellten Positionen geben nicht den Standpunkt des Zuwendungsgebers wieder. Für ihre Beiträge sind allein die Autor*innen verantwortlich. Die Inhalte entsprechen nicht zwingend den Positionen der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Die Grenzverläufe zeigen die Erhebungsgebiete der Statistik an und treffen keine Aussage über politische Zugehörigkeiten.

V. i. S. d. P.: Alrun Kaune-Nüßlein, Rosa-Luxemburg-Stiftung

2. Auflage, November 2021

ISBN 978-3-948250-40-9

Druck: Bonifatius GmbH Druck – Buch – Verlag, Paderborn
Klimaneutral gedruckt auf 100 % Recyclingpapier



Dieses Werk steht unter der Creative-Commons-Lizenz „Namensnennung –4.0 international“ (CC BY 4.0). Der Text der Lizenz ist unter <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/legalcode> abrufbar. Eine Zusammenfassung (kein Ersatz) ist unter <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de> nachzulesen. Sie können die einzelnen Infografiken dieses Atlas für eigene Zwecke nutzen, wenn der Urhebernachweis „Bartz/Stockmar, CC BY 4.0“ in der Nähe der Grafik steht, bei Bearbeitungen „Bartz/Stockmar (M), CC BY 4.0“.



ADRESSEN ZUR KOSTENFREIEN BESTELLUNG UND ZUM DOWNLOAD

Rosa-Luxemburg-Stiftung, Straße der Pariser Kommune 8A, 10243 Berlin

Der **ATLAS DER VERSKLAVUNG** erscheint auch als **ATLAS OF ENSLAVEMENT** auf Englisch und als **ATLAS DES ESCLAVAGES** auf Französisch.

Download:

Deutsch: www.rosalux.de/atlasderversklavung

Englisch: www.rosalux.de/atlasofenslavement

Französisch: www.rosalux.de/atlasdesesclavages

ATLAS DER VERSKLAVUNG

Daten und Fakten über
Zwangsarbeit und Ausbeutung

2021

INHALT

02 IMPRESSUM

06 VORWORT

08 12 KURZE LEKTIONEN DIE WELT DER VERSKLAVUNG

10 DEFINITIONEN SYSTEMATIK EINES SKANDALS

Um internationale Abkommen, Kampagnen und Projekte zu legitimieren, verlangt der internationale Kampf gegen die Sklaverei nach Kriterien für diese Menschenrechtsverletzungen. Aufgrund der vielen verschiedenen Formen ist das nicht einfach. Und oft wird das Umfeld, das Sklaverei hervorbringt, ignoriert und verschönt.

12 WORTGESCHICHTE VON SLAWEN ZU SKLAVEN

Allein in Europa hat sich ein Dutzend Wörter für Menschen gehalten, die anderer Menschen Eigentum sind. Entfernte Verwandtschaften und Bedeutungszusammenhänge zeigen sich in vielen Sprachen.

14 WIRTSCHAFT AN DER LIEFERKETTE

Ein Merkmal der kapitalistischen Weltwirtschaft ist der Einsatz von Zwangsarbeit in den globalen Lieferketten. So kommt Sklaverei unerkannt bei der konsumfreudigen Kundschaft der Importländer an. Sowohl Staaten als auch Unternehmen tragen die Verantwortung dafür, etwa durch fehlenden Sozialschutz, mangelnde Regulierung und die Nachfrage nach Billigprodukten.

16 MENSCHENHANDEL BEI DEN URSACHEN ANSETZEN

In den vergangenen zwei Jahrzehnten hat die internationale Gemeinschaft viele Anstrengungen unternommen, um gegen Menschenhandel vorzugehen. Auch auf nationaler Ebene haben viele Staaten neue Gesetze verabschiedet. Aber selbst gut gemachte und umgesetzte Instrumente werden Ausbeutung nicht verhindern.

18 KINDERSOLDAT*INNEN JUGEND AUF DEM SCHLACHTFELD

Der Einsatz von Kindern in bewaffneten Kämpfen ist eine verbreitete, besonders brutale Form der modernen Sklaverei. Diese Menschenrechtsverletzung, die so lukrativ ist wie der internationale Waffen- und Drogenhandel, hinterlässt Opfer, die fürs Leben gezeichnet sind.

20 INTERNATIONALE ARBEITSORGANISATION MÜHSAME SCHRITTE

Die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) kämpft seit rund hundert Jahren gegen die moderne Sklaverei. Seit der Zeit des Nationalsozialismus ist Zwangsarbeit geächtet. Noch lange aber war umstritten, dass sie nicht nur von Staaten mit Arbeitslagern, sondern auch von Unternehmen und Privatpersonen ausgeübt werden kann.

22 ZIVILGESELLSCHAFT VIELFÄLTIGER WIDERSTAND

Bei den Bemühungen, die Sklaverei abzuschaffen, haben zivilgesellschaftliche Gruppen von Anfang an eine wichtige Rolle gespielt. Doch bis heute fehlen Ressourcen, um den Kampf gegen die Sklaverei zu gewinnen.

24 MAURETANIEN UNFREIHEIT IM ALLTAG

Kaum irgendwo auf der Welt ist Sklaverei so verbreitet wie in Mauretanien. Bis heute sind hauptsächlich dunkelhäutige Opfer von Sklavenhaltung und damit von Missbrauch, Gewalt und Hunger. Die Regierung arbeitet aktiv daran, dieses System aufrechtzuerhalten.

26 MALI NICHT EINMAL GESETZESSCHUTZ

Die Sklaverei in Mali hat eine viele Jahrhunderte lange Geschichte. Obwohl der Gleichheitsgrundsatz in der Verfassung verankert ist, gibt es bis heute innerhalb einiger ethnischer Gruppen sogar Kasten für Sklav*innen – und kein Recht auf Freiheit.

28 KAKAO BITTERE UMSTÄNDE

Berichte über Kinderarbeit auf westafrikanischen Kakaoplantagen schockierten zu Beginn des Jahrtausends die Öffentlichkeit. Seither hat die Beschäftigung von Minderjährigen noch zugenommen. Aber auch der sozioökonomische Kontext findet stärkere Beachtung.

30 LATEINAMERIKA
TOD, VERWEIGERUNG, AUFSTAND
Amerikas Kolonialherrscher ersetzten die aussterbende oder ausgerottete einheimische Bevölkerung durch neue Arbeitskräfte – Millionen von Menschen aus Afrika.

32 HAITI
DAS ALLERBILLIGSTE PERSONAL
1804 erkämpften Aufständische in Haiti die Unabhängigkeit ihres Landes und die Abschaffung der Sklaverei. Dennoch ist dort heute eine Form der Kindersklaverei weitverbreitet und dem Staat fehlen die Mittel, dagegen vorzugehen.

34 BRASILIEN
RETTUNG REICHT NICHT
Der Interamerikanische Gerichtshof für Menschenrechte verurteilte den brasilianischen Staat, weil er auf einer Rinderfarm sklavereiähnliche Bedingungen zuließ. Dieser Einzelfall hat gezeigt, wie mangelhaft die Sklavenarbeit in Brasilien bekämpft wird.

36 BLACKBIRDING
MIT ZEITVERTRAG ZUM ARBEITEN VERSCHLEPPT
Ausgerechnet die nationalistische „Politik des weißen Australien“ beendete die Anwerbung von Arbeitskräften auf den pazifischen Inseln, die Mitte des 19. Jahrhunderts begonnen hatte und sich zum regelrechten Menschenhandel ausweitete.

38 FISCH
AN BORD UND UNTER DECK
In der kommerziellen Fischerei zeigt sich die moderne Sklaverei in Gestalt von Zwangsarbeit und Schuldknechtschaft. Da sie die meiste Zeit auf See und oft in internationalen Gewässern stattfindet, sind Kontrollen schwierig.

40 KAMBODSCHA
SCHULDKNECHTE AM ZIEGELOFEN
Die moderne Sklaverei ist im Baugewerbe auf der ganzen Welt weitverbreitet. In Kambodscha findet ein wahrer Boom auf dem Rücken der in Ziegelbrennereien ausgebeuteten Menschen statt. Viele sind infolge von Mikrokreditprogrammen in Schuldknechtschaft geraten.

42 NORDKOREA
DER STAAT ZWINGT ZUR ARBEIT
Nordkorea entsendet Arbeitskräfte in zahlreiche Länder. Die Praktiken entsprechen

dabei in vielerlei Hinsicht einem staatlich organisierten Menschenhandel. Das System verbindet hohe Einnahmen für den nordkoreanischen Staat mit maximaler Kostenersparnis für die Arbeitgeber.

44 AFGHANISTAN
KINDEREHEN IM PATRIARCHAT
Afghaninnen, die – häufig schon als Kinder – in die Ehe gezwungen werden, leben meist in völliger Abhängigkeit von der Familie ihres Mannes. Zwangs- und Kinderehen machen bis zu 80 Prozent aller Eheschließungen aus. Hilfe für die Betroffenen gibt es kaum.

46 LIBANON
MIT DEM RÜCKEN ZUR WAND
Hausangestellte im Libanon genießen nicht den Schutz des Arbeitsgesetzes. Das traditionelle Kafala-System schafft stattdessen Bedingungen, die teilweise einer modernen Sklaverei gleichkommen.

48 EUROPA
DER VERGESSENE KONTINENT DES MENSCHENHANDELS
Für die meisten Menschen in Europa ist Sklaverei etwas weit Entferntes, historisch wie geografisch. Doch es gibt sie, nicht millionen-, aber doch zehntausendfach: als Zwangsprostitution, als Schuldknechtschaft und in einer besonders brutalen Form unter den Arbeitenden in der Viehzucht.

50 MIGRATION
UNSICHTBAR UND VOR ALLER AUGEN
In Europa sind Gesellschaft und Politik stolz auf ihre Wohlfahrtsstaaten. Doch diese Oberfläche verbirgt schwere Formen der Ausbeutung und Rechtlosigkeit. Zu denen, die unter Zwang arbeiten müssen, gehören besonders viele Migrant*innen.

52 DATEN
VIEL MUT ZUR LÜCKE
Das Ausmaß der Sklaverei weltweit darzustellen ist eine wichtige Aufgabe, um die Aufmerksamkeit der Politik auf diese Verstöße gegen die Menschenrechte zu lenken. Aber manche Zahlen im *Global Slavery Index* kommen auf abenteuerlichem Wege zustande – wenn er überhaupt zu erkennen ist. Ein Gang durch's Kleingedruckte.

56 AUTOR*INNEN, QUELLEN VON DATEN, KARTEN UND GRAFIKEN

VORWORT

WIR KÖNNEN DIE MODERNE SKLAVEREI BEENDEN UND IN ZUKUNFT VERHINDERN

Wenn wir an Sklaverei denken, sehen wir in Ketten gelegte Menschen, die aus Afrika gewaltsam in alle Welt verschifft werden. Nur selten verbinden wir die Sklaverei mit den Arbeits- und Lebensbedingungen der Gegenwart. Tatsächlich ist die Sklaverei als rechtlich abgesichertes Arbeitssystem heute fast weltweit abgeschafft. Artikel 4 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte von 1948 besagt: „Niemand darf in Sklaverei oder Leibeigenschaft gehalten werden; Sklaverei und Sklavenhandel sind in allen ihren Formen verboten.“

Doch die Annahme, es gäbe heutzutage keine Sklaverei mehr, geht an der Realität vorbei. Tatsächlich sind heute – in absoluten Zahlen – mehr Menschen versklavt als jemals zuvor in der Geschichte. Die Internationale Arbeitsorganisation der Vereinten Nationen spricht von „moderner Sklaverei“ und schätzt, dass derzeit mindestens 40 Millionen Menschen davon betroffen sind.

Mit unserem Atlas möchten wir Bewusstsein für die weithin ignorierte Sklaverei schaffen. Wir zeigen auf, dass der Fortbestand dieser unmenschlichen Praxis ein globales Problem darstellt. Der 2020 veröffentlichte Weltbericht des Büros der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung (UNODC)

über Menschenhandel kommt zu dem Schluss, dass Menschen in keinem Land der Welt vor dem Verbrechen der Sklaverei gefeit sind. Auf der Grundlage der für ihren *Global Report on Trafficking in Persons* gesammelten Daten konnte das UNODC insgesamt 534 verschiedene Routen des Menschenhandels erfassen. Mehr als 120 Länder gaben an, Betroffene aus über 140 verschiedenen Herkunftsländern entdeckt zu haben. Hinzu kommt, dass die nationalen Behörden manche Routen vermutlich nicht erkennen, auch weil viele Menschen bereits in ihren Herkunftsländern versklavt werden.

Kriminelle, die mit Menschen handeln, beuten ihre Opfer auf vielfältige Weise aus und beeinflussen auch die globalisierte legale Wirtschaft. Sklaverei existiert in vielen Wirtschaftszweigen, sie wird genutzt bei der Produktion unserer Smartphones, des Palmöls in unseren Kosmetika und Shampoos, der Meeresfrüchte, die wir im Supermarkt kaufen; sie ist in unsere Kleidung eingewebt und in der globalen Sexindustrie sowie unter Haushaltshilfen verbreitet. Diese Zusammenhänge darzustellen ist jetzt, in der COVID-19-Pandemie, besonders wichtig. So geraten die Betroffenen von Sklaverei in privaten Haushalten nun besonders unter Druck, weil ihnen Abschiebung angedroht wird. Die Wirtschaftszession infolge der Pandemie wird außerdem absehbar dazu führen, dass mehr Menschen dem Risiko des Menschenhandels und der Sklaverei ausgesetzt sind.

Der Atlas der Versklavung zeigt, dass die Sklaverei heute viele Gesichter hat. Sie reicht

von versklavten Kindern für paramilitärische Verbände oder auf den Kakaoplantagen für die Schokoladenindustrie über Menschen in Schuldknechtschaft und im Fischereisektor bis hin zur Zwangsprostitution in Europa und zu staatlich organisierter Zwangsarbeit in Nordkorea. Die Wege des Menschenhandels decken sich dabei oft mit den Fluchtrouten der internationalen Migration. Denn Konflikte machen Menschen, die fliehen müssen, verletzlicher – und der Menschenhandel nutzt diese Verletzlichkeit aus. Da die Sklaverei eine lange Geschichte hat – sie begann bereits Jahrtausende vor der Kolonialzeit –, werfen wir auch einen Blick zurück, um daraus Erkenntnisse für die moderne Sklaverei zu gewinnen.

Die gute Nachricht ist, dass wir einiges darüber wissen, wie Sklaverei entsteht – und somit auch darüber, wie wir die Fesseln der Sklaverei lösen können. Sklaverei existiert keineswegs nur in illegalen Branchen, sondern auch dort, wo sich legale Wirtschaftstätigkeit mit informeller Arbeit überschneidet. Sie folgt auf soziale Ausgrenzung, Einkommensverlust, Analphabetismus, staatliche Instabilität, politische Konflikte, Korruption oder unsicheren Einwanderungsstatus. Sie stellt eine Form extremer Ungleichheit dar, für deren Erhaltung die Interessengruppen eintreten, die von ihr profitieren. Die Frage, wie moderne Sklaverei bekämpft werden kann, hat viele Antworten. Aber wir können die Sklaverei beenden und künftig verhindern, sofern wir die Wirtschaft regulieren, den Zugang zu sozialen Rechten verbessern und legale Formen der Migration ermöglichen.

Dabei darf eines nicht vergessen werden: Die Betroffenen waren und sind nie bloße Opfer, sondern haben sich der Sklaverei auf vielfältige Art und Weise widersetzt. Sie sind aus der Sklaverei geflohen, haben Sabotage verübt, sich ihrer Sklavenhalter*innen entledigt und vieles mehr. Vom Spartakusaufstand im antiken Rom über die Revolution der Sklav*innen in Saint-Domingue, dem späteren Haiti, bis zum von Nat Turner geführten Aufstand im nordamerikanischen Virginia haben die Betroffenen sich auch kollektiv immer wieder gegen ihre Versklavung gewehrt. Viel Unterstützung von staatlicher Seite erhalten sie bis heute nicht: Bisher werden jährlich nur etwa 0,2 Prozent der weltweiten Fälle von Sklaverei untersucht und strafrechtlich verfolgt. Und während mit Zwangsarbeit, einer Form von Sklaverei, jährlich 150 Milliarden US-Dollar Gewinn erwirtschaftet wird, geben die OECD-Länder nur 0,08 Prozent dieses Betrags pro Jahr für die Bekämpfung der Sklaverei aus.

Der Atlas der Versklavung möchte einen Beitrag dazu leisten, dass das Thema auf der politischen Agenda weiter nach oben rückt. Wir benötigen einen globalen Rahmen für kollektives Handeln, um die Abschaffung der Sklaverei weltweit durchzusetzen.

Dr. Dagmar Enkelmann
Vorstandsvorsitzende
der Rosa-Luxemburg-Stiftung

12 KURZE LEKTIONEN

DIE WELT DER VERSKLAVUNG

1 Moderne Sklaverei bezeichnet verschiedene Formen der **AUSBEUTUNG**, denen eine Person aufgrund von Drohungen, Gewalt, Nötigung, Täuschung oder Machtmissbrauch **NICHT ENTKOMMEN** kann.



2 Der Begriff der modernen Sklaverei ist nicht scharf definiert, sondern ein **SAMMELBEGRIFF** für Verstöße **GEGEN DIE MENSCHENRECHTE**, darunter Zwangsarbeit, Schuldknechtschaft, Zwangsprostitution, Zwangsheirat, Menschenhandel oder Versklavung durch Abstammung.



3 **ZWANGSARBEIT** ist in vielen **GLOBALEN LIEFERKETTEN** unterschiedlicher Branchen zu finden: in der Landwirtschaft, im Bauwesen, in der Elektronikbranche, in der Bekleidungsindustrie, in der Fischerei, bei der Produktion von Schmuck, Schuhen und vielen andere Waren.



4 **ZWANGSPROSTITUTION** ist eine sehr alte Form der Sklaverei, die **SEXUELLE HANDLUNGEN JEDLICHER ART** durch Gewalt, Betrug oder Nötigung erzwingt.



5 **SCHULDKNECHTSCHAFT** liegt vor, wenn eine Person gezwungen wird, zu arbeiten, um eine Schuld zu begleichen. Das meiste oder das gesamte Geld, das sie verdient, fließt in **ZINSEN UND TILGUNG** eines Kredits. Manchmal werden die Schulden **VON GENERATION ZU GENERATION** weitergegeben.



6 **ZWANGSHEIRAT** kann mit anderen Formen der Sklaverei verbunden sein. **KINDER**, die als Sexobjekte gehandelt werden, können zum Zweck einer **HEIRAT** verkauft, **ERWACHSENE** in einer erzwungenen Ehe zusätzlich als **ARBEITSKRÄFTE** oder zum Zweck der **SEXUELLEN AUSBEUTUNG** gehandelt werden.



7 **MENSCHENHANDEL** bedeutet, dass Personen durch Gewalt, Täuschung oder Zwang in **AUSWEGLOSIGKEIT** gelockt und ausgebeutet werden. Dazu gehören sexuelle **AUSBEUTUNG**, schlecht bezahlte und gefährliche Lohnarbeit, Betteln, Drogenhandel, häusliche Knechtschaft, Heirat und Organentnahme.



8 Sklaverei durch **ABSTAMMUNG** erleben die Menschen, deren **VORFAHREN** bereits in **UNFREIHEIT** gelebt haben.



9 Die **MODERNE SKLAVEREI** fesselt ihre Opfer mit modernen Mitteln. Sie hält **DOKUMENTE** zurück, schürt die **ANGST VOR ENTDECKUNG** oder droht mit **ABSCHIEBUNG**.



10 Für **EHEMALS VERSKLAVTE** Menschen ist es oft schwierig, ein unabhängiges Leben zu führen. Viele von ihnen werden auch nach ihrer Freilassung **STIGMATISIERT** und **DISKRIMINIERT**.



11 Regierungen müssen die Sklaverei verbieten und aktiv bekämpfen, Unternehmen gezwungen werden, diese Form der Ausbeutung in ihren Lieferketten zu unterbinden. Erforderlich ist auch eine **EFFEKTIVE STRAFVERFOLGUNG**. Klar ist: Sklaverei kann und muss **BEENDET** werden.



12 Denn: Betroffene haben sich bereits zuvor auf vielfältige Art und Weise **GEWEHRT**, durch individuellen, aber auch durch kollektiven **WIDERSTAND**, etwa in der Form von Sklavenaufständen. Heute müssen sie vor Gericht **KLAGEN** dürfen.

SYSTEMATIK EINES SKANDALS

Um internationale Abkommen, Kampagnen und Projekte zu legitimieren, verlangt der internationale Kampf gegen die Sklaverei nach Kriterien für diese Menschenrechtsverletzungen. Aufgrund der vielen verschiedenen Formen ist das nicht einfach. Und oft wird das Umfeld, das Sklaverei hervorbringt, ignoriert und verschont.

Was ist moderne Sklaverei? Auf diese Frage gibt es höchst unterschiedliche Antworten. Drei Kriterien gehören zum kleinsten gemeinsamen Nenner einer Definition: fehlende Einwilligung, Anwendung oder Androhung von Gewalt und eine Ausbeutungskomponente. Zu den Kriterien können auch strukturelle Gewalt und Armut gehören, wenn sie Menschen in die Sklaverei führen, weil sie keine Alternative haben. Ferner liegen moderne Formen der Sklaverei vor, wenn Arbeitsbedingungen als illegal eingestuft werden oder wenn sie bestimmte Grenzen der Zumutbarkeit überschreiten. Institutionen wie die Internationale Arbeitsorganisation oder Nichtregierungsorganisationen wie Anti-Slavery International, Walk Free und Free The Slaves setzen etwas unterschiedliche Akzente.

Schuldsknechtschaft und *Vertragssklaverei* bindet Betroffene durch Verschuldung über Kredite und sogenannte Vorschüsse. Teilweise wird auch Gewalt ausgeübt oder die Pässe der Betroffenen werden einbehalten. Die Kreditverträge können saisonal sein, die Schuld daraus kann aber auch durch die Höhe der Zinsen oder Abzüge vom Lohn faktisch nicht tilgbar und sogar vererbbar sein.

Besonders migrantische Frauen müssen *Arbeit in Privathaushalten* übernehmen, der sie, einmal angefangen, kaum entkommen können, in der sie keine Rechte haben und in der Gewalt gegen sie ausgeübt wird. Solche Hausarbeit kommt in nahezu allen Ländern weltweit vor.

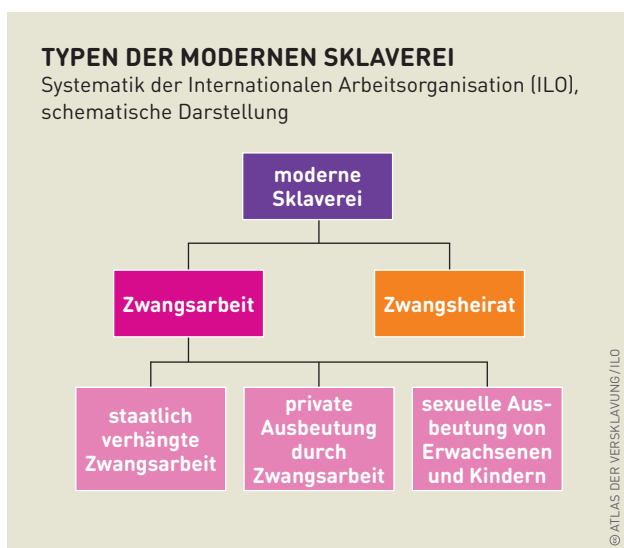
In der *Besitzsklaverei* und der *herkunftsbasierten Sklaverei* werden Betroffene in die Sklaverei geboren, entführt oder verkauft. Häufig gehören sie Ethnien, Schichten oder Kasten am unteren Ende sozialer Hierarchien an. Sie werden meist in der häuslichen und landwirtschaftlichen Arbeit, besonders in der Viehzucht, eingesetzt.

In der *rituellen Sklaverei* werden Mädchen Priestern übergeben, um diesen in der Haus- und Feldarbeit sowie sexuell zu dienen. Sobald sie schwanger sind oder älter werden, müssen sie neuen Mädchen Platz machen. Das ist zwar gesetzlich verboten, aber in Westafrika und Indien lokal, religiös und kulturell oft anerkannt.

Zwangsarbeit bezeichnet Arbeit, die gegen den Willen der Betroffenen unter Anwendung oder Androhung von Gewalt erbracht wird. Privatpersonen, Staaten, das Militär oder Unternehmen bedienen sich dieser Praxis, vor allem in der Hausarbeit, in der Landwirtschaft, im Bau, in Fabriken und im Sexsektor.

Beim *Menschenhandel* werden die Betroffenen gegen ihren Willen, unter Anwendung oder Androhung von Gewalt oder unter falschen Versprechen zum Zwecke der Ausbeutung an einen anderen Ort gebracht. Die Grenzen zum (freiwilligen) Schleusen von Menschen können fließend sein, wenn Teile eines Migrationsprozesses unter Zwang stattfinden oder wenn eine freiwillig angetretene Migration in einem Zwangsarbeitsverhältnis endet.

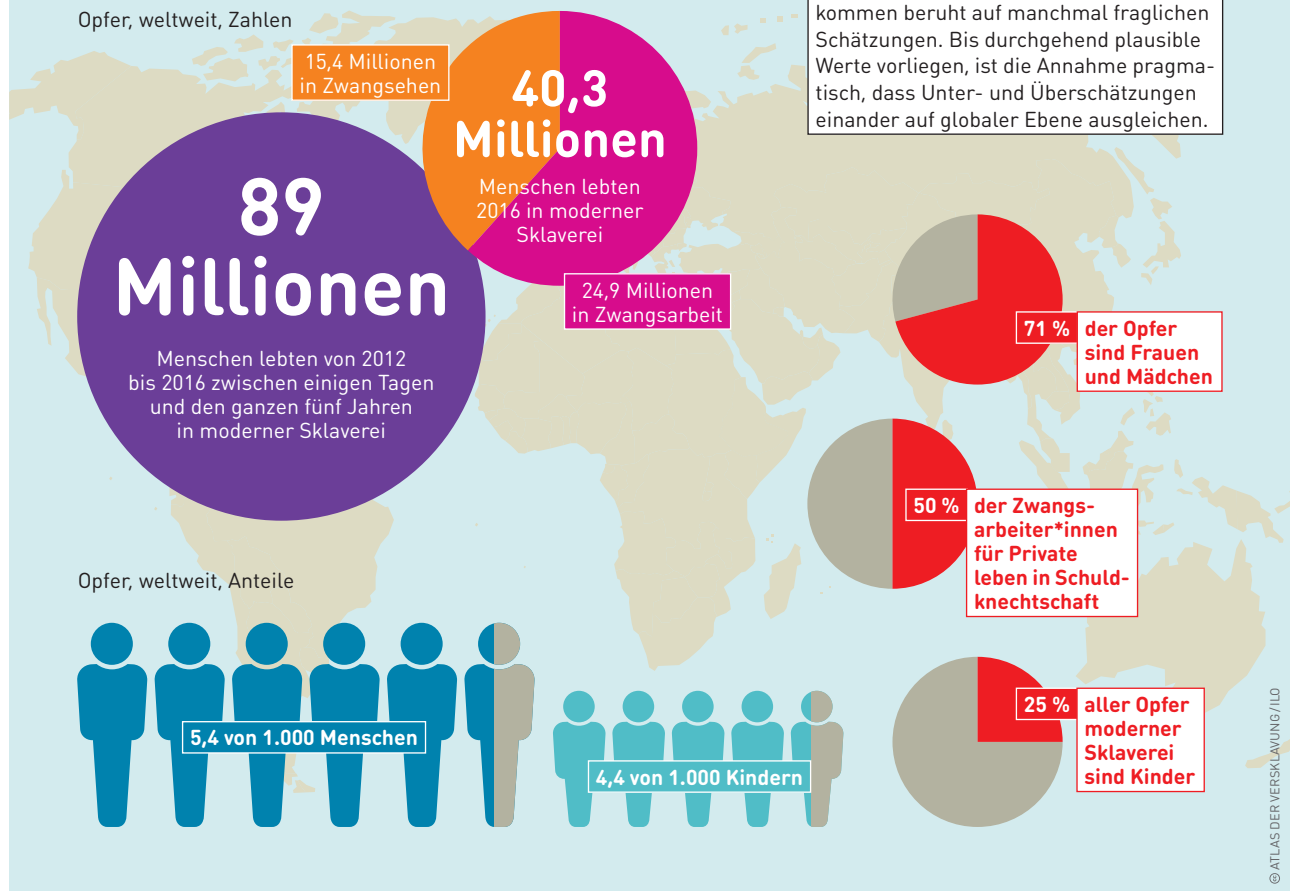
Auch *Kinderarbeit* existiert weltweit, in eigenen und fremden Familien, in Unternehmen, als Hausarbeit, durch Zwangsheirat, in Landwirtschaft und Industrie. Die Klassifizierung von Kinderarbeit als Sklaverei ist umstritten, insbesondere in Bezug auf die Unterscheidung zwischen selbst- und fremdbestimmter Kinderarbeit, zwischen legitimen und illegitimen Formen und bezüglich der Definition von Kindheit. Während im Völkerrecht Personen unter achtzehn Jahren als Kind gelten, wird nicht nur die Altersgrenze, sondern auch der Anspruch auf eine geschützte Kindheit teilweise als westliches Konstrukt kritisiert. Oft wird Zwangsheirat, manchmal werden auch Genitalverstümmelung und Organhandel als Ausdruck moderner Sklaverei bezeichnet.



Die von der ILO entwickelte Typologie der Versklavung ist weltweit gebräuchlich, auch wenn die Wortwahl und einige Definitionen verschieden sein können

ECKDATEN DER MODERNEN SKLAVEREI

Schätzungen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO), 2017



Kritische Stimmen bezweifeln, dass eine juristische Kerndefinition mit festen Kriterien dazu beitragen kann, moderne Sklaverei und sklavereiähnliche Bedingungen international verbindlich zu ächten. Dafür seien die Formen zu unterschiedlich. Anstelle einer Definition für alle Fälle wird ein Spektrum vorgeschlagen, das moderne Sklaverei zwischen Besitzsklaverei als extremster Form der Unfreiheit einerseits und Freiheit andererseits ansiedelt und verschiedene Grade von Freiheit und Unfreiheit darstellt.

Die Critical Slavery Studies lehnen den Begriff der modernen Sklaverei in Gänze ab, da er andere Formen von Ausbeutung, Zwang und Unfreiheit ausblende oder indirekt sogar legitimiere, indem er nur die moderne Sklaverei ausdrücklich für illegitim erklärt. Außerdem sei die Art und Weise, wie Staaten gegen moderne Sklaverei vorgehen, zweifelhaft. Denn mit Anti-Sklaverei-Maßnahmen, die sich vor allem gegen Migration oder Sexarbeit richten, würden die Betroffenen weiter illegalisiert, geschwächt und marginalisiert. Einwand dagegen: Der geforderte Verzicht auf eine Definition von Sklaverei würde nichts an den Bedingungen ändern, die Sklaverei ermöglichen – und er würde juristische Vorgehensweisen gegen Sklaverei erschweren.

Viele Millionen Menschen leben in Verhältnissen, denen sie wegen Drohungen, Gewalt, Zwang, Täuschung oder Machtmissbrauch nicht entkommen können

Eine Gefahr von Definitionen besteht indes darin, moderne Sklaverei von ihren politischen, ökonomischen und sozialen Kontexten abzutrennen, vor allem dann, wenn der Schwerpunkt auf Einzelschicksalen oder individuellen Täter*innen liegt. Demgegenüber gilt es, die Lebensbedingungen nicht nur während, sondern auch vor und nach der Versklavung in ihre Bekämpfung einzubeziehen. Denn nur langfristige Maßnahmen, eingebettet in umfassende Menschenrechtspolitik, können eine – womöglich erneute – Versklavung verhindern.

Zusammengenommen ergeben diese Perspektiven ein heterogenes Bild moderner Sklaverei, das sich nicht auf eine Definition reduzieren lässt. Entscheidend ist es, moderne Sklaverei, Unfreiheit und Ausbeutung im Rahmen ihres jeweiligen Kontextes zu verorten. Als entscheidende Voraussetzung für die Versklavung von Menschen kann dann soziale, politische, kulturelle und wirtschaftliche Ungleichheit offengelegt werden, sei es bezogen auf Geschlecht, Klasse, Kaste, Ethnizität, Familienstatus, Alter oder Staatsangehörigkeit. —

VON SLAWEN ZU SKLAVEN

Allein in Europa hat sich ein Dutzend Wörter für Menschen gehalten, die anderer Menschen Eigentum sind. Entfernte Verwandtschaften und Bedeutungszusammenhänge zeigen sich in vielen Sprachen.

Eine sprachliche Folge des Kolonialismus ist, dass Sklaverei in weiten Teilen der Welt auf ganz ähnliche Namen hört. In den vier großen Herrschaftssprachen Amerikas sind es spanisch „*esclavitud*“, portugiesisch „*escravidão*“, französisch „*esclavage*“ und englisch „*slavery*“. Auch in vielen Staaten Afrikas, Südasiens und Ozeaniens, wo eine Kolonial- zur Verkehrssprache wurde, sind diese Wörter in Gebrauch.

Erst recht in Europa. Auf diesem Kontinent sind die lateinischen Bezeichnungen für Männer und Frauen, die anderer Menschen Eigentum sind – *sclavus*, *sclava* –, in viele Sprachen eingesickert. Doch auf die Einzelheiten der Wortwanderung hat sich die zuständige Fachdisziplin, die historische Linguistik, noch nicht verständigen können. Nicht einmal der Ursprung des Wortes ist unstrittig. Kommt „Sklave“ tatsächlich von „Slawe“?

Die meisten Fachleute gehen davon aus. Auf dem Balkan ging es los. Ab etwa 500 unserer Zeitrechnung machten sich in den Donauprovinzen des damaligen oströmischen Reiches mehr und mehr slawische Verbände bemerkbar. Sie sprachen ein noch recht wenig ausdifferenziertes, spätes Urslawisch, die Vorstufe des Altkirchenslawischen, aus dem sich wiederum eine ganze Sprachenfamilie entwickeln sollte. Der Gelehrte Jordanes, selbst auf dem Balkan geboren und in der Hauptstadt Konstantinopel (dem heutigen Istanbul) lebend, nannte im Jahr 551 in einem lateinisch geschriebenen Werk erstmals die *scлавeni* an den byzantinischen Grenzen. Für 580 ist eine byzantinisch-griechische Form *sklabos* überliefert. Diese Begriffe beruhten auf einer Selbstbezeichnung. Im später verschriftlichten Altkirchenslawischen nannten sie sich *sloveninu*, „Slawen“. Das eingeschobene *k* ist griechischen Ursprungs. Ob, grammatisch gesehen, Männer und Frauen oder nur Männer gemeint waren, ist unklar; die Fachliteratur behandelt die Femininformen nur selten.

Mit Versklavung hatte das noch nichts zu tun. Von Eitelkeit nicht frei, führte die Sprachforschung überwiegend aus slawischen Ländern *sloveninu* auf das Wort *slava* „Ruhm“ zurück. In Fachkreisen setzte sich später als Ausgangswort *slovo* „Wort, Rede“ im Sinne von „wer verständlich spricht“ durch. Aber warum sollten sich die wandernden slawischen Verbände mithilfe einer sprachlichen Abgrenzung von ihren Nachbarn oder Vorsiedlern

kennzeichnen? In den vergangenen Jahrzehnten hat sich die linguistische Diskussion daher wieder dem alten *slava* zugewandt, nun aber den Vorformen des Wortes. Es könnte aus einer rekonstruierten – nicht belegten, daher mit Sternchen versehenen – urslawischen Wurzel **sluti*, **slaviti* „heißen, berühmt sein“ stammen. Sie ist bis heute im zweiten Teil von Personennamen wie Rastislav („der, dessen Ruhm wächst“) oder Stanislav („jemand, der berühmt wird“) erhalten. Entschieden ist die Debatte noch nicht.

Seien es die „Berühmten“ oder die „verständlich Sprechenden“ – durch Kämpfe mit den kaiserlichen Truppen sollen die slawischen Gruppen im oströmischen Mittelmeerraum in großer Zahl gefangen genommen und in die Sklaverei geführt worden sein. Ab dem 9. Jahrhundert vermischten sich Name und Rechtstellung. Dass die Slawen ihren Namen für die Sklaven gaben, könnte mit dem Sklavenfernhandel zusammenhängen. Er nahm, so die Theorie, genau zu jener frühmittelalterlichen Zeit deutlich zu, als gerade viele Slaw*innen „auf dem Markt“ waren. Nach und nach verschwand sogar die ethnische Herkunft „*slavus*“, „*slava*“ aus der Bedeutung „*sclavus*“, „*sclava*“. Das arabische Lehnwort *saqaliba*, das in der Levante noch für „slawische Sklaven“ stand, bedeutete im Kalifat von Córdoba im späteren Spanien schon vor der Jahrtausendwende nur noch „fremde Sklaven“.

Im Hochmittelalter hatte sich *sclavus* bereits in weiten Teilen Europas durchgesetzt. Das bis dahin gebräuchliche *servus*, für „Sklave“, „Diener“ oder „Knecht“ benutzt, gab sozusagen den strengsten Teil seiner Bedeutung an *sclavus* ab und verlegte sich auf weichere Inhalte: *servant* „Diener“, *servieren* „bedienen“, *servus* „zu Diensten“. Mit *serf* „Leibeigene*r“ hält sich im Englischen ein Nachfolger von *servus* noch in einer Mittelstellung.

Wenig erstaunlich ist, dass sich im slawisch besiedelten Teil Europas das neue Wort nicht verbreitete, obwohl auch dort Versklavung existierte. Meist hießen hier die Betroffenen nach der altslawischen Bezeichnung *rabu* oder ähnlich und ihre schwere Arbeit, Frondienst oder Knechtereie *rabota*. „Roboter“ ist damit verwandt. Der Wortstamm **rab-* oder **rob-* spielt auf die Herkunft von der Kinderarbeit an. Denn die zugrunde liegende indoeuropäische Wurzel **orbh* bedeutet zunächst „verwaist, Waise, aus Not zu harter Arbeit gezwungen“. Englisch *orphan* „Waise“ ist ein Nachfolger. Auch die erste Silbe des deutschen Wortes *Arbeit*, ursprünglich für „Mühsal, Plage, Anstrengung“ stehend, beruht auf **orbh*.

Einzigartig in Europa ist die Verwandlung einer ethnischen Bezeichnung zu „Sklave, Sklavin“ möglicherweise nicht. In den ostseefinnischen Sprachen, zu denen neben Finnisch auch Estnisch und Karelisch gehören, hat *orjus*,

DAS WORT „SKLAVE“ IN EUROPA

Herkünfte und geografische Verteilung nach Sprachräumen und amtssprachlichen Grenzen

- aus byzantinisch-griechisch *sklabos* „Slawe“, altkirchenslawisch *sloveninu* „Slawen“ (Selbstbezeichnung), von slawisch *slavo* „Wort“, urslawisch **sluti* „heißen“, von ur-indoeuropäisch **klew-* „hören“
- aus altgriechisch *doulos*, mykenisch *do-e-ro, do-er-a* „Sklave, Sklavin“, kanaanitisch **dō'ēlu* „Diener“, spätbabylonisch *daggālu* „Person, die Wünsche erledigt“
- von altslawisch *rab'u* „Knecht, Diener, Sklave“, urslawisch **orbh* „verwaist, zu harter Arbeit gezwungen“, ur-indoeuropäisch **hórbhos* „Waise“
- von altnordisch *bræll* „Sklave, Abhängiger“, von urgermanisch **þragilaz* „Läufer, Diener, Knecht“, von ur-indoeuropäisch **preh-* „ziehen, schleppen, rennen“
- von urslawisch **ot-* „weg“ und **ret'i* „sprechen“, also „diejenigen, die nicht sprechen dürfen“ (Kinder, Diener)
- von ur-indoiranisch **áryas* „Arier“ (Selbstbezeichnung)



- von polnisch *nie* „nein“, *wola* „Willen“, *-nik* „Person“, etwa „der ohne Wille“
- von urtürkisch **kōle* „Sklave, Diener“
- aus ur-indoeuropäisch **werg-* „machen, werken“

- Lehnwort, von slawisch *rob* „Sklave“ und ungarisch *szolga*, aus urslawisch **sluga* „Diener“
- von urkeltisch *kaxtos* „gefangen“, von ur-indogermanisch **kapyéti* „ergriffen“

- „einer, der gebunden ist“, von altkirchenslawisch **uže* (Lautwert) „Seil“

Vorangestelltes *: rekonstruierte Form; indoeuropäische Wurzeln enden auf -. Einige Schreibungen vereinfacht.

© ATLAS DER VERSKLAVUNG / WIKTIONARY, WORDSENSE, RILDIKUS

orjuus und ähnlich die Bedeutung „Sklave, Diener, Bettler“. Das Wort, sind sich die meisten Fachleute sicher, geht auf ur-indoiranisch **áryas* „Arier“ zurück. Der Sprachraum der ur-indoiranischen Gruppen erstreckte sich vor rund 4.000 Jahren über die zentralasiatische Steppe zwischen dem Kaspischen Meer und dem Ural. Dass die dort lebenden, Uralisch sprechenden Gruppen versklavten Arier*innen begegnet sind oder sie selbst versklavt und als *orja* in ihren Wortschatz übernommen haben, ist möglich. Aus dem Uralischen jedenfalls entwickelten sich die ostseefinnischen und samischen Sprachen. Sie nahmen das Wort mit, als sie sich mit Wanderbewegungen nach

Die Bedeutungen sind überwiegend von Selbstbezeichnungen (Slawen, Arier) und den verschiedensten Formen von Unterstellungsverhältnissen abgeleitet

Finnland und Nordskandinavien ausbreiteten. Die indoiranischen „Arier“ hingegen zogen nach Süden ab.

Zur Wortfamilie um **áryas* und *orja* zählen Fachleute auch einen Begriff aus dem Lulesamischen. Diese Sprache wird vor allem in Schweden von noch 650 bis 1.100 Menschen gesprochen. In diesem Begriff könnten die alten Verhältnisse zwischen Ural und russischer Steppe noch aufschimmern: *árjan* bedeutet dort „weit im Süden“. —

AN DER LIEFERKETTE

Ein Merkmal der kapitalistischen Weltwirtschaft ist der Einsatz von Zwangsarbeit in den globalen Lieferketten. So kommt Sklaverei unerkannt bei der konsumfreudigen Kundschaft der Importländer an. Sowohl Staaten als auch Unternehmen tragen die Verantwortung dafür, etwa durch fehlenden Sozialschutz, mangelnde Regulierung und die Nachfrage nach Billigprodukten.

Auch wenn es kaum verlässliche Untersuchungen darüber gibt, so sprechen doch zahlreiche Indizien für die weite Verbreitung von Zwangsarbeit in den globalen Lieferketten – gleichgültig, ob es sich dabei um Meeresfrüchte, Landwirtschaft, Bekleidung und Schuhe, Bauwesen, Elektronik, Schmuck, Hausarbeit oder andere Waren und Dienstleistungen handelt. Frühere Studien und Initiativen stellten Zwangsarbeit meist als ein Verbrechen dar, das sich im Verborgenen abspielt. Doch neueren Untersuchungen zufolge lässt sich sogar vorhersagen, wo Zwangsarbeit in den Lieferketten sehr wahrscheinlich stattfinden wird.

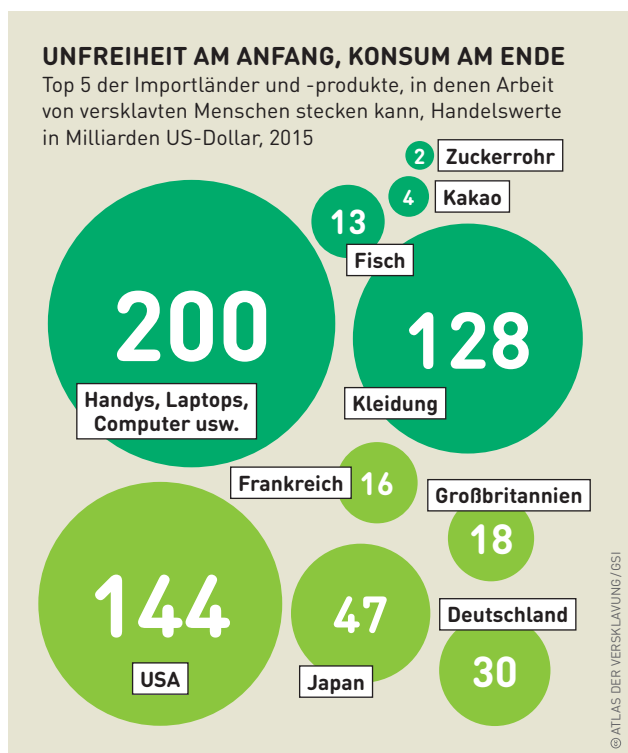
Möglich ist dies durch eine Analyse der zugrundeliegenden Ursachen. Zunächst einmal gehören dazu die Faktoren, die Arbeitskräfte leicht zu Opfern von Zwangs-

arbeit in der globalen Wirtschaft werden lassen und so überhaupt ein Angebot schaffen. Dazu zählen beispielsweise Armut, restriktive Grenzpolitik, schwacher Arbeits- und Sozialschutz sowie Diskriminierung aufgrund von Geschlecht, Sexualität, Kaste, ethnischer Zugehörigkeit, Staatsbürgerschaft, Einwanderungsstatus und anderen sozialen Merkmalen. Zu den Ursachen zählen aber auch die Faktoren, die zu einer kontinuierlichen Nachfrage nach Zwangsarbeit bei den Unternehmen führen, die diese Arbeitskräfte in den Lieferketten ausbeuten – wie etwa die Konzentration von Unternehmensmacht und -vermögen an der Spitze der Lieferketten, unverantwortliche Beschaffungspraktiken und exzessives Outsourcing. Wo diese Angebots- und Nachfragefaktoren in den Lieferketten zusammentreffen, kommt es mit hoher Wahrscheinlichkeit zu Zwangsarbeit.

Zwangsarbeit ist jedoch keine feststehende oder begrenzte, sondern eine durchlässige und fließende Kategorie. So wechseln Arbeitskräfte oft innerhalb relativ kurzer Zeiträume zwischen Zwangsarbeit und weniger gravierenden Formen der Arbeitsausbeutung hin und her. Zwangsarbeit lässt sich auch nur schwer eingrenzen. Sie findet häufig in einem Umfeld statt, in dem unfaire Behandlung und niedrige Löhne weit verbreitet und missbräuchliche Praktiken wie sexuelle Belästigung, verbale Angriffe und unrechtmäßige Lohnabzüge an der Tagesordnung sind.

Sowohl die Staaten als auch der Privatsektor verantworten die Zwangsarbeit in der Weltwirtschaft, daher kommt ihnen auch eine Schlüsselrolle bei ihrer Abschaffung zu. Die wichtigste Aufgabe der Regierungen ist es, die Dynamik auf der Angebotsseite zu bekämpfen, die die Anfälligkeit für Zwangsarbeit erst entstehen lässt. Dafür müssen ein stärkerer Sozialschutz eingeführt, Arbeitsgesetze und Gesetze über Mindestlöhne durchgesetzt, existenzsichernde Löhne gewährleistet sowie eine Regulierung geschaffen werden, die die Unternehmen am praktisch risikolosen Einsatz von Zwangsarbeit hindert.

Die Unternehmen an der Spitze der Lieferketten wiederum können Geschäftspraktiken einführen, die weiter unten in der Lieferkette keinen Druck zum Einsatz von Zwangsarbeit entstehen lassen. Ein häufiges Problem in den heutigen Lieferketten besteht darin, dass Unternehmen zu einem Preis Waren beziehen, der weit unter den Produktionskosten liegt, so dass die Lieferanten gezwungen sind, an allen Ecken und Enden zu sparen – häufig



Länder und Branchen, in denen Zwangsarbeit existiert, sind durch Umfragen bekannt. Die Handelsstatistik zeigt, woher die Nachfrage für diese Ware kommt

DER WELTMARKT ALS TREIBER DER SKLAVEREI

Wirtschaftliche Bedeutung der Zwangs- und Kinderarbeit für Exporte nach Weltregionen, Schätzungen, 2015

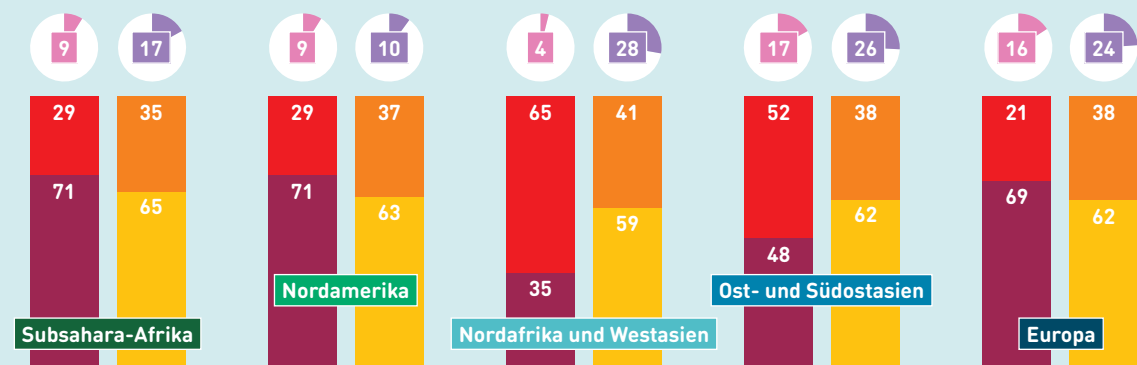
Anteil der Export- an der Gesamtproduktion, Prozent
 ▶ Arbeitsleistung
 ▶ Wertschöpfung

Verteilung der Arbeitsleistung für Exporte, Prozent
 ■ indirekte Arbeit*
 ■ direkte Exportproduktion

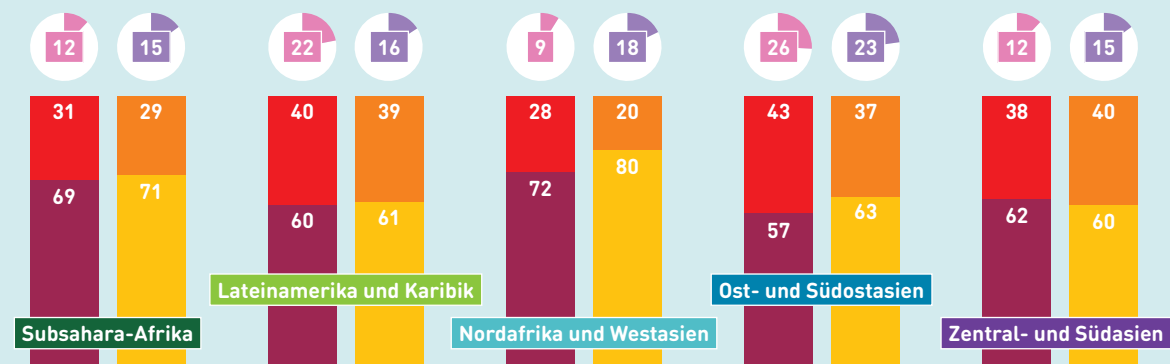
Verteilung der Wertschöpfung von Exportprodukten, Prozent
 ■ indirekte Arbeit*
 ■ direkte Exportproduktion



bei Zwangsarbeit



bei Kinderarbeit



* z. B. zugelieferte Vorprodukte, benötigte Dienstleistungen

© ATLAS DER VERSKLAVUNG/ILO ET AL.

auch bei den Löhnen und Arbeitspraktiken. Die Einführung eines verantwortungsvollen Beschaffungswesens kann daher viel dazu beitragen, die Nachfrage der Unternehmen nach Zwangsarbeit in den Lieferketten einzudämmen. Dazu müssen die Lieferanten ausreichend bezahlt werden, um die einschlägigen Arbeitsgesetze und -normen einzuhalten.

Entscheidend bei allen Initiativen zur Bekämpfung der Zwangsarbeit ist, dass Regierungen und Unternehmen den Gewerkschaften, anderen Vertretungen und vor allem den Arbeitskräften eine zentrale Rolle zuerkennen. Schließlich sind sie es, die das Risiko von Ausbeutung und Zwangsar-

Für die Exportindustrie ist Sklaverei profitabel. Die Wertschöpfung, die durch Zwangs- und Kinderarbeit entsteht, ist vielerorts überdurchschnittlich

beit an ihren jeweiligen Arbeitsplätzen am besten kennen. Durch Tarifverhandlungen können die Gewerkschaften überdies Löhne und Arbeitsbedingungen aushandeln, die vor Zwangsarbeit schützen beziehungsweise Auswege aufzeigen. Solange die Arbeiter*innen nicht selbst eine zentrale Rolle bei der Regulierung der Lieferketten spielen, wird die Zwangsarbeit in der globalisierten Wirtschaft weiterhin ein Fakt bleiben. —

BEI DEN URSACHEN ANSETZEN

In den vergangenen zwei Jahrzehnten hat die internationale Gemeinschaft viele Anstrengungen unternommen, um gegen Menschenhandel vorzugehen. Auch auf nationaler Ebene haben viele Staaten neue Gesetze verabschiedet. Aber selbst gut gemachte und umgesetzte Instrumente werden Ausbeutung nicht verhindern.

Ein gutes Beispiel für die Bemühungen der internationalen Gemeinschaft, ein modernes Verständnis von schwerer Ausbeutung herzustellen und Strategien zu ihrer Bekämpfung zu entwickeln, ist das Menschenhandelsprotokoll, eine Ergänzung zum UN-Übereinkommen gegen die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität (UNTOC) von 2000. Dieses „Protokoll zur Verhütung, Bekämpfung und Bestrafung des Menschenhandels, insbesondere des Frauen- und Kinderhandels“ ist das erste umfassende internationale strafrechtliche Instrument in diesem Zusammenhang. Es hat bereits zu einer Vielzahl nationaler Rechtsvorschriften geführt.

Es soll zum einen dazu beitragen, die Opfer des Menschenhandels zu schützen und zu unterstützen. Zum anderen fordert es die nationalen Regierungen auf, eine Reihe von Taten unter Strafe zu stellen, insbesondere die Beteiligung an organisierter Kriminalität, Korruption im öffentlichen Sektor, Geldwäsche und Behinderung der Justiz. In Artikel 3 des Protokolls werden folgende Elemente beschrieben, die konstitutiv für den Menschenhandel sind: eine Handlung wie Anwerbung, Beförde-

rung, Verbringung, Beherbergung oder Aufnahme von Personen; ein Mittel wie beispielsweise die Androhung oder Anwendung von Gewalt, Entführung, Täuschung, Ausnutzung besonderer Hilflosigkeit oder Zahlungen an Menschenhändler; schließlich ein Zweck wie Ausbeutung. Auch wenn der Begriff der Ausbeutung nicht näher definiert wird, stellt das Protokoll doch klar, dass sie vorliegt, wenn mindestens sexuelle Ausbeutung oder Zwangsprostitution, Zwangsarbeit, Sklaverei oder sklave-reiähnliche Praktiken, Leibeigenschaft oder die Entnahme von Organen vorkommt.

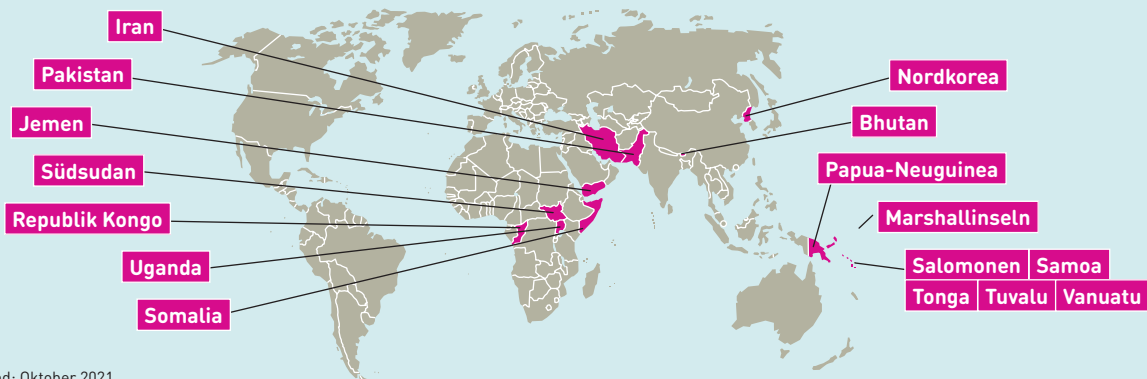
Seit der Verabschiedung des Protokolls im Jahr 2000 hat fast jeder Vertragsstaat neue Gesetze zur Bekämpfung des Menschenhandels verabschiedet oder bestehende Gesetze entsprechend angepasst. Zwar handelt es sich bei diesem Protokoll um ein relativ schwaches Instrument, doch die von der Hohen Kommissarin der Vereinten Nationen für Menschenrechte im Jahr 2002 herausgegebenen „Empfohlenen Richtlinien und Grundprinzipien zu Menschenrechten und Menschenhandel“ schließen diese Lücke zum Teil. Hinzu kommen regionale Instrumente in Europa und in der ASEAN-Region, die das Menschenhandelsprotokoll ergänzen und starke Mechanismen zum Schutz der Opfer beinhalten.

Anfangs richtete sich der Fokus vor allem auf dem Menschenhandel zum Zwecke der sexuellen Ausbeutung von Frauen und Kindern. Allmählich jedoch begannen

Das „Menschenhandelsprotokoll“ ist an sich eher schwach, dient aber vor allem als eine – sonst fehlende – Basis für die Entwicklung nationaler Rechtsvorschriften

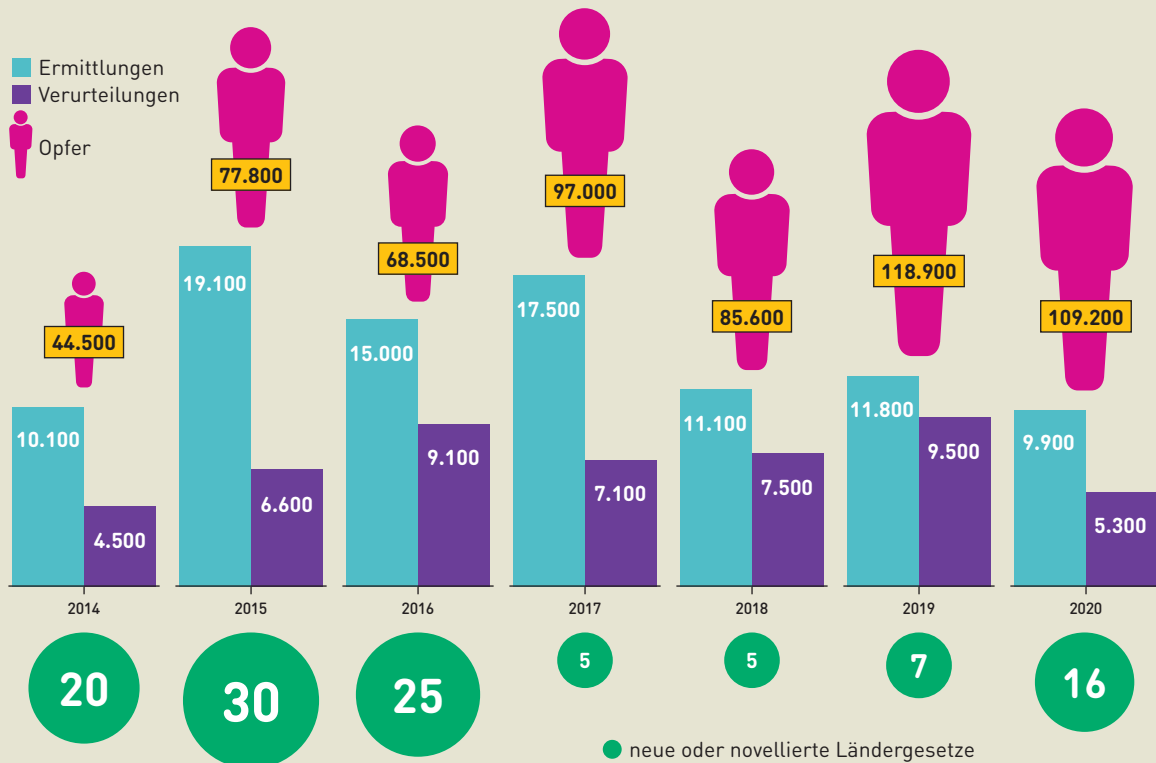
AUCH EINIGE GROSSE FEHLEN

16 UN-Mitgliedsländer, in denen das „Zusatzprotokoll zur Verhütung, Bekämpfung und Bestrafung des Menschenhandels, insbesondere des Frauen- und Kinderhandels“ von 2000 nicht ratifiziert wurde und daher nicht gilt



VERFAHREN, OPFER, NEUE REGELN

Die juristische Seite des Kampfes gegen den Menschenhandel



die Staaten, sich auch auf den Handel mit Arbeitskräften zu konzentrieren, was dann auch die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) veranlasste, hier aktiv zu werden. Zwei der meistratifizierten ILO-Normen sind das Zwangsarbeitsübereinkommen von 1930 (Nr. 29) und das Übereinkommen über die Abschaffung der Zwangsarbeit von 1957 (Nr. 105), die beide zu den sogenannten Kernarbeitsnormen gehören. Um aber der sich verändernden Arbeitswelt Rechnung zu tragen, beschloss die Internationale Arbeitskonferenz 2014 ein Protokoll zum Zwangsarbeitsübereinkommen von 1930 ebenso wie Leitlinien zu Zwangsarbeit, die das Übereinkommen Nr. 29 ergänzen und Empfehlungen enthalten, wie sie umgesetzt werden können. Beide Instrumente bauen auf dem Menschenhandelsprotokoll auf, enthalten jedoch überdies auch klare Maßnahmen zur Unterstützung und Entschädigung der Opfer.

Das Menschenhandelsprotokoll selbst hat keinen Überwachungsmechanismus eingebaut. Die Konferenz der UNTOC-Vertragsparteien 2020 nahm deswegen ein Begutachtungsverfahren an, um überprüfen zu können, ob das Übereinkommen und die dazugehörigen Protokolle umgesetzt werden. Dieses Verfahren soll die Vertragsstaaten bei der Umsetzung der vereinbarten Instrumente und der Ermittlung des Bedarfs an technischer Hilfe unterstützen. Die Umsetzung des Übereinkommens des Europarats zur Bekämpfung des Menschenhandels wird von GRETA,

Bei Ermittlungen und Verurteilungen stagnieren die Zahlen. Die Opferzahlen steigen schnell, während der Elan bei der Gesetzgebung nachgelassen hat

einer Gruppe von Experten und Expertinnen, überwacht und unterstützt.

Es mangelt also nicht an politischen Strategien und Initiativen zur Bekämpfung der modernen Sklaverei. Die Realität in der heutigen Arbeitswelt widerspricht jedoch der Annahme, dass Zwangsarbeit, Menschenhandel oder moderne Sklaverei Ausnahmen darstellen und daher mit dem Strafrecht ausgemerzt werden könnten. Vielmehr sind ausbeuterische Praktiken ein integraler Bestandteil des geltenden Wachstums- und Entwicklungsparadigmas, das den Profit über den Menschen stellt.

Selbst gut gemachte und umgesetzte internationale Instrumente werden daher höchstwahrscheinlich die Ausbeutung nicht verhindern. Zur ihrer nachhaltigen Bekämpfung müssen wir uns zunächst einmal mit einer Politik beschäftigen, die die Gefährdung vieler Menschen überhaupt erst ermöglicht oder verschlimmert. Wir müssen Zeit und Energie in die Mobilisierung und Aufklärung von Arbeitskräften investieren, insbesondere von solchen in prekären Arbeitsverhältnissen. Und wir werden uns für eine internationale Politik einsetzen müssen, die die Rechte und das Wohlergehen der Menschen in den Mittelpunkt stellt. —

JUGEND AUF DEM SCHLACHTFELD

Der Einsatz von Kindern in bewaffneten Kämpfen ist eine verbreitete, besonders brutale Form der modernen Sklaverei. Diese Menschenrechtsverletzung, die so lukrativ ist wie der internationale Waffen- und Drogenhandel, hinterlässt Opfer, die fürs Leben gezeichnet sind.

Kindersoldatentum ist eine besonders gefährliche Art des Kinderhandels. Es verletzt das grundlegende Menschenrecht eines Kindes auf Bildung, Gesundheit und Entwicklung. Auch Mädchen werden entführt und machen in einigen Ländern bis zu 40 Prozent der bewaffneten Gruppen aus. Für die internationale Definition dieser Form des Kinderhandels müssen drei

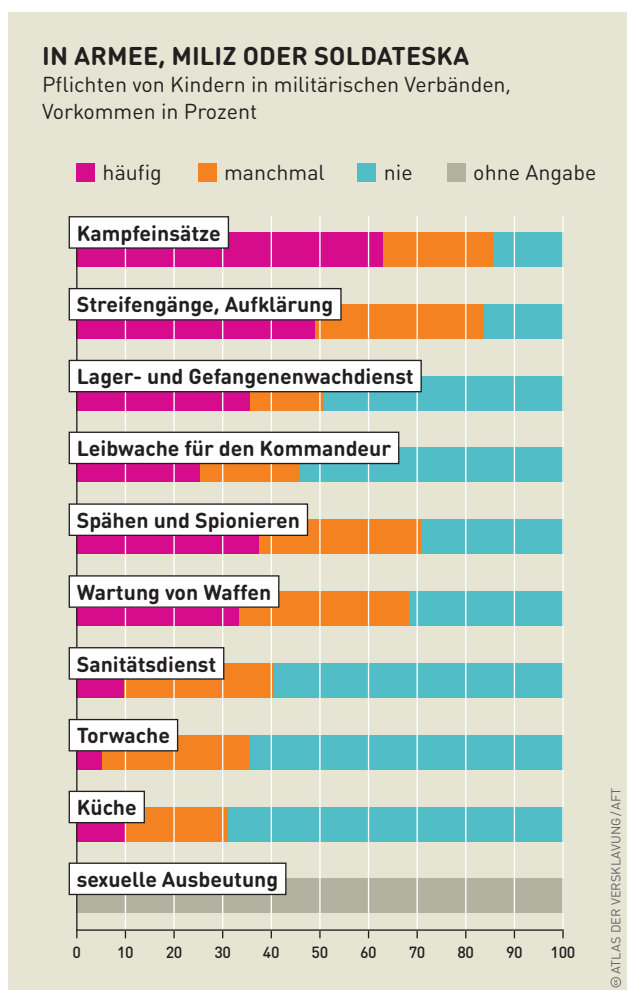
Faktoren zusammenkommen: fehlende Zustimmung, Ausbeutung und Verschleppung.

Kinder können als „gehandelt“ gelten, wenn sie erstens zwangsrekrutiert werden, wenn die Rekrutierung also ohne die Zustimmung der Eltern oder Erziehungsberechtigten erfolgt und wenn diese Personen nicht vollständig über die mit dem Militärdienst verbundenen Pflichten aufgeklärt wurden. Die Entführung und der Einsatz von Kindern als Soldat*innen ist, zweitens, eine ausbeuterische Arbeit, die der Sklaverei gleichkommt. Sie ist deshalb eigens in dem Übereinkommen über die schlimmsten Formen der Kinderarbeit aufgeführt, das die Internationale Arbeitsorganisation 1999 verabschiedet hat. Der Handel mit Kindern für den Militärdienst geht zudem häufig mit sexueller Gewalt und sexueller Ausbeutung durch Vorgesetzte einher.

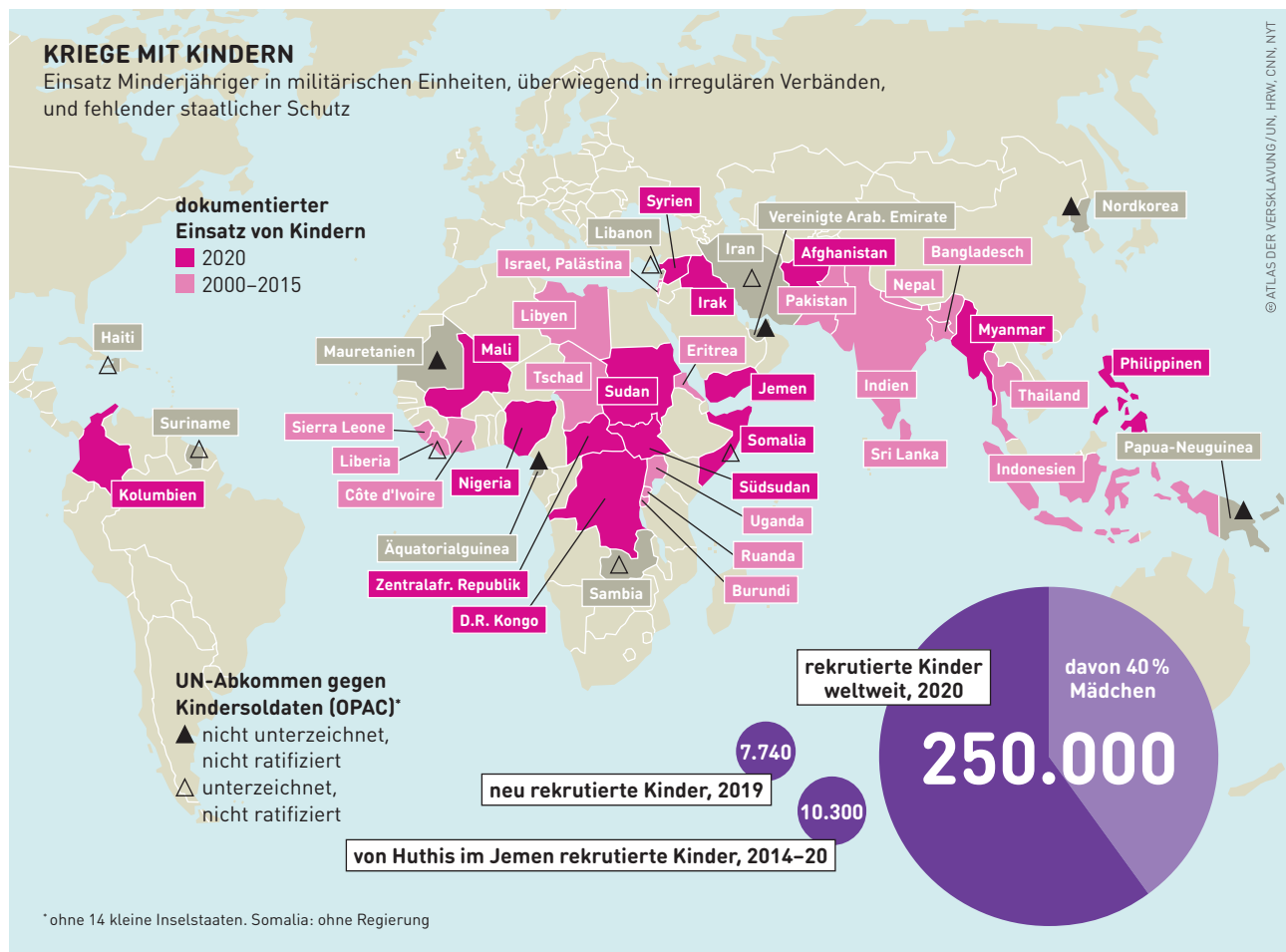
Und drittens kommt bei den meisten betroffenen Kindern hinzu, dass sie an einen anderen Ort verschleppt werden, zum Beispiel von ihrem Zuhause in ein Ausbildungslager und dann in eine Kriegsregion. Um als Opfer von Menschenhandel zu gelten, müssen sie dabei nicht unbedingt eine nationale Grenze überschreiten. Kinderhandel liegt auch vor, wenn sie innerhalb ihres eigenen Landes verschleppt und zu ausbeuterischen Arbeiten wie bewaffneten Kämpfen gezwungen werden.

Kinder, die sich auf der Flucht befinden, etwa vor Terror und Krieg und der damit einhergehenden Verarmung, sind besonders gefährdet. Ende 2019 waren weltweit fast 33 Millionen Kinder gewaltsam vertrieben, während des 17 Jahre andauernden Bürgerkriegs in Sierra Leone zum Beispiel allein mehr als eine Million. 25.000 Kinder – manche nicht älter als sechs Jahre – fielen Entführungen zum Opfer und wurden gezwungen, sich bewaffneten Gruppen anzuschließen. 10.000 mussten nach Schätzung der Vereinten Nationen direkt im Militärdienst arbeiten.

Die Rekrutierung von Kindern in bewaffneten Konflikten in vielen Teilen der Erde hat mindestens zwei Millionen von ihnen das Leben gekostet, bei zehn Millionen zu schweren psychologischen Traumata geführt sowie mehr als sechs Millionen zu Invaliden, eine Million zu Waisen und zwölf Millionen zu Geflüchteten gemacht. Kinder im Militärdienst sind weltweit anzutreffen, vor allem in von



*Überwiegend schicken Kommandeure die Kindersoldat*innen unter ihrer Befehlsgewalt auf lebensgefährliche Missionen*



politischer, wirtschaftlicher und sozialer Instabilität geprägten Entwicklungsländern. Dort ist ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung besonders hoch, zum Beispiel in Kolumbien, Eritrea und in den besetzten palästinensischen Gebieten.

Sie sind oft unmenschlichen Grausamkeiten ausgesetzt. Sie werden ihrem Zuhause entrissen, gefoltert, mit größter Brutalität indoktriniert, zum Konsum bewusstseinsverändernder Drogen gezwungen und mit dem Tod oder dem Abhacken von Gliedmaßen bedroht, wenn sie nicht kämpfen. Sie müssen in ihr Dorf zurückkehren, um die Ermordung oder Verstümmelung ihrer eigenen Familienmitglieder miterleben oder sogar daran mitzuwirken, der Bestrafung anderer rekrutierter Kinder nach deren vergeblichen Fluchtversuchen zuschauen oder auch Freunde töten, die Befehle nicht befolgt haben.

Damit sie funktionieren, werden sie einer gründlichen und brutalen Gehirnwäsche unterzogen. Sie werden so lange mit Gräueltaten konfrontiert oder gezwungen, sie selbst zu begehen, bis sie nichts mehr empfinden. Berichten zufolge wurden einige Kinder, die zu fliehen versuchten, bei lebendigem Leib gekocht, und andere gezwungen, deren Fleisch zu essen. Die ethischen und moralischen Werte der Kinder sind irgendwann derart verzerrt, dass sie glauben, die befohlenen Taten seien angemessen und gut. Außerdem sorgen häufige Schläge, Todesdrohungen

Wirksamstes Mittel gegen den Einsatz von Kindern in militärisch geführten Konflikten ist eine Zivilisierung dieser Konflikte – in Einzelfällen eine realistische Lösung

und die Ankündigung von Vergeltungsmaßnahmen gegen die Familienangehörigen für Gehorsam.

In Äthiopien, El Salvador und Uganda sind fast ein Drittel der gehandelten Kinder junge Mädchen. Sie werden von den Milizionären vergewaltigt, versklavt, zum Teil als Hausangestellte oder Prostituierte, zu Schwangerschaften gezwungen oder den Kommandeuren als „Ehefrauen“ zur Verfügung gestellt. In den 1990er-Jahren brachten beispielsweise in einem Lager im Südsudan „Ehefrauen“ von Kämpfern der ugandischen Lords' Resistance Army mehr als 800 Kinder zur Welt. Werden die Mädchen mit HIV angesteckt, erhalten sie üblicherweise keine Behandlung.

Kinder, die dazu ausgebildet werden, furchtlos zu sein, und die dazu oft mit Drogen vollgepumpt werden, verwandeln sich in gefährliche Tötungsmaschinen. Verlassen und ausgeliefert fühlen sie sich wieder stark und mächtig, wenn sie Waffen erhalten und die befohlenen Gräueltaten als Heldentaten gedeutet werden. Sie sind Opfer einer unmenschlichen Gehirnwäsche und eines gnadenlosen Kampftrainings, das sie dazu bringt, roboterhaft alle Befehle zu befolgen, nur um am Leben zu bleiben. —

MÜHSAME SCHRITTE

Die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) kämpft seit rund hundert Jahren gegen die moderne Sklaverei. Seit der Zeit des Nationalsozialismus ist Zwangsarbeit geächtet. Noch lange aber war umstritten, dass sie nicht nur von Staaten mit Arbeitslagern, sondern auch von Unternehmen und Privatpersonen ausgeübt werden kann.

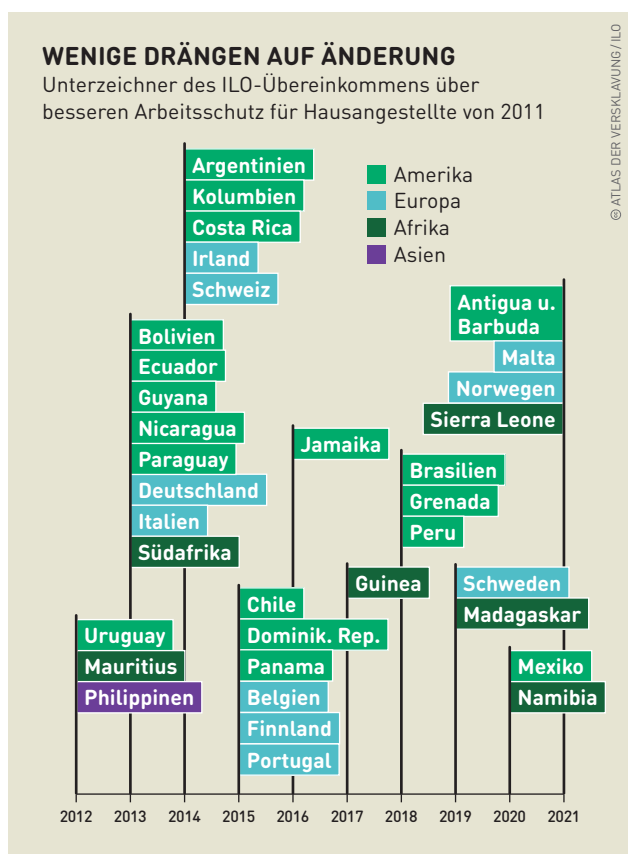
Schon in den 1920er-Jahren begann die ILO, eine bereits 1919 gegründete UN-Sonderorganisation, sich mit dem Problem der modernen Sklaverei in Form der Zwangsarbeit zu befassen. Das ILO-Übereinkommen Nr. 29 von 1930 über Zwangsarbeit definiert sie als „jede Art von Arbeit oder Dienstleistung, die von einer Person unter Androhung irgendeiner Strafe verlangt wird und für die sie sich nicht freiwillig zur Verfügung gestellt hat“. Diese weitverbreitete Definition ist jedoch unbefriedigend, da der Begriff des „freien Willens“ sowohl juristisch als auch in der individuellen Wahrnehmung der Arbeitskräfte und der Arbeitgeberseite mehrdeutig ist. Fast ein Jahrhundert später verweist das 2014 angenommene

Protokoll zum Übereinkommen 29 auf eine „wachsende internationale Besorgnis“ – ein Beleg dafür, dass die moderne Sklaverei in sich ständig verändernden Formen fortbesteht.

Die moderne Sklaverei hatte sich im Kontext des Kolonialismus entwickelt – 1926 verabschiedete der Völkerbund ein internationales Übereinkommen, das sie abschaffen sollte. Die Frage der Zwangsarbeit aber, die die wirtschaftlichen Interessen der Kolonialmächte berührte, wurde nach langen und kontroversen Diskussionen zunächst an die ILO verwiesen. 1930 verabschiedete diese das Übereinkommen Nr. 29, das Zwangsarbeit beenden beziehungsweise die Arbeit der Einheimischen in den Kolonien regulieren wollte. Die Autoren des Textes – die meisten von ihnen Kolonialbeamte – sahen diesen Schritt als Teil der wirtschaftlichen und sozialen Modernisierung der Kolonien.

Das Übereinkommen propagiert ein Verständnis von Lohnarbeit, wonach der auf einem Arbeitsmarkt geschlossene Vertrag zwischen Arbeitnehmer*innen und Arbeitgeber*innen die alleinige Voraussetzung für freie Arbeit ist. Doch schon im 19. Jahrhundert hatten liberale und sozialistische Reformer*innen betont, dass die wahre Freiheit von der Garantie kollektiver sozialer Rechte abhängt und dass somit nur die Vereinigungsfreiheit – also Gewerkschaftsrechte – ein ausgewogeneres Machtverhältnis beim Unterschreiben eines Arbeitsvertrages herstellen kann. Die einschlägigen ILO-Arbeitsnormen – darunter auch die 1939 verabschiedeten Übereinkommen Nr. 64 und 65 über die Beschäftigung „eingeborener Arbeiter“, so der amtliche deutsche Wortlaut – wollten für „freie“ Arbeit sorgen, indem sie entsprechende Regeln setzten. Der Knackpunkt beim Ansatz der ILO bleibt jedoch das Spannungsverhältnis zwischen der Bejahung der individuellen Freiheit der Arbeitnehmer*innen und dem kollektiven Rahmen dafür.

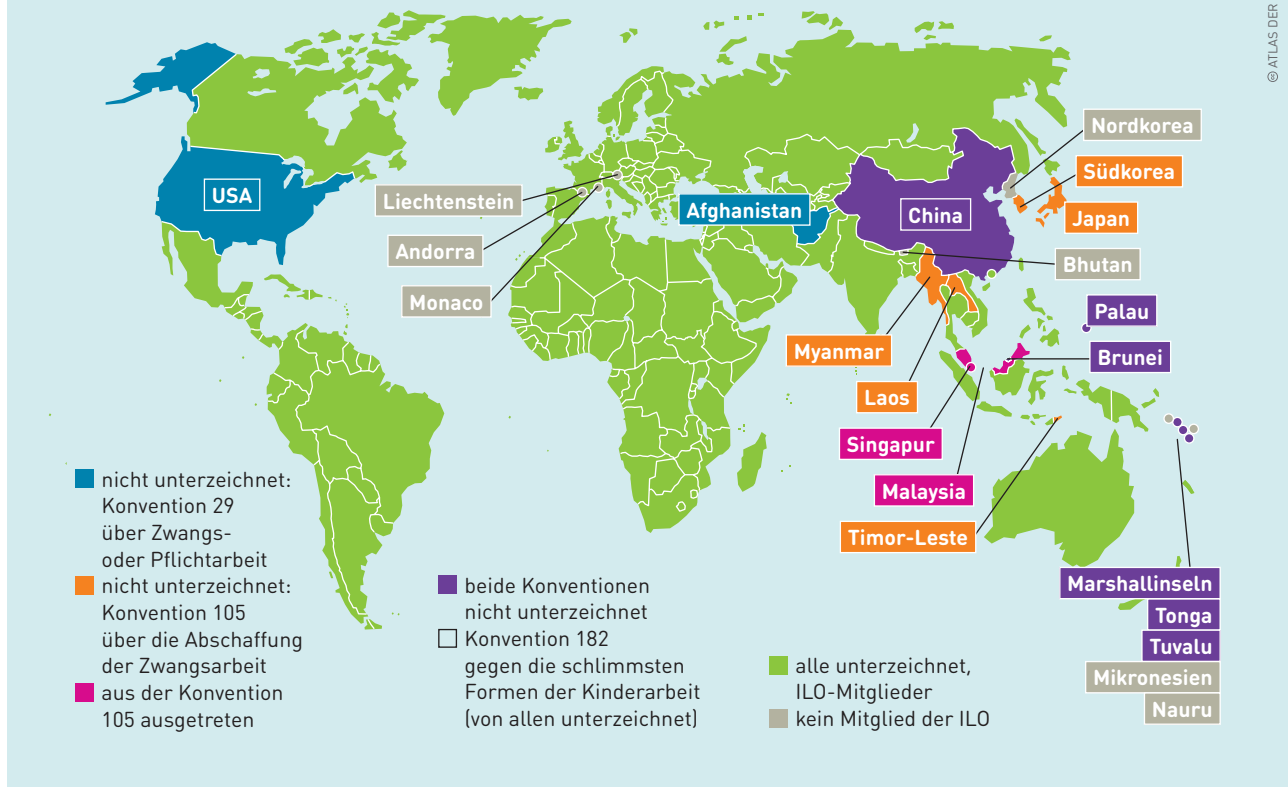
Auf die Debatte über „freie Arbeit“ folgte nach dem Zweiten Weltkrieg eine Debatte über Zwangsarbeit. In den Nürnberger Prozessen wurde der nationalsozialistische Politiker Fritz Sauckel wegen der Organisation von Sklavenarbeit zum Tode verurteilt. Politischer und staatlicher Zwang wurde damals als wesentliche, wenn nicht sogar als einzige Ursache von Zwangsarbeit angesehen. Die Arbeitslager der kommunistischen Regime und ganz allgemein die Zwangsarbeit als Instrument der politischen



Abgeordnete stimmen nicht unbedingt für mehr Schutz und Rechte von Hausangestellten, wenn diese auch im eigenen Haushalt beschäftigt sind

NUR GEGEN DIE SCHLIMMSTE KINDERARBEIT SIND OFFIZIELL ALLE

Nichtunterzeichnung der drei grundlegenden Abkommen gegen Menschenhandel und Zwangsarbeit durch Mitgliedsländer der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO)



Unterdrückung standen im Mittelpunkt der Debatte. Im Kontext des Kalten Krieges wurde das Thema Zwangsarbeit zu einer politischen Waffe, um die Verstöße der kommunistischen Regierungen gegen die Freiheitsrechte im sowjetischen und chinesischen Einflussbereich anzuprangern.

Die Verabschiedung des Übereinkommens über die „Abschaffung der Zwangsarbeit“ (Nr. 105) 1957 holte das Thema aus den Arbeitslagern heraus, in die es vor allem die USA verbannt hatten. Anwälte von unterdrückten Gruppen im kolonialen oder postkolonialen Kontext sowie Vertreter von Arbeitnehmer*innen in den Südstaaten der USA betonten, dass der Verzicht von Regierungen und Behörden auf Zwangsarbeit keine Garantie für die Freiheit der Beschäftigten darstelle. In Wirklichkeit könnten bestimmte sozial benachteiligte Bevölkerungsgruppen nicht frei über ihre Arbeitskraft verfügen. Dies trifft beispielsweise auf Arbeitskräfte im informellen Sektor zu, die in Asien die Mehrheit darstellen, oder auf solche in Schuldknechtschaft, die häufig in Lateinamerika anzutreffen sind. Auf die Forderung von Arbeitnehmerverbänden und Regierungsvertretern sozialistischer Länder hin deckt das Übereinkommen 105 – wenngleich in begrenztem Umfang – auch bestimmte Formen der Zwangsarbeit durch private Arbeitgeber*innen ab.

Die beiden Zwangsarbeitskonventionen von 1930 und 1957 gehören zu den acht grundlegenden ILO-Übereinkommen, den sogenannten Kernarbeitsnormen. 60 bezie-

Manche Staaten tragen nicht einmal die wichtigsten ILO-Übereinkommen gegen Sklaverei mit – um sich nicht internationalen Normen zu „unterwerfen“

hungsweise 90 Jahre später, im Jahr 2017, zählte die ILO jedoch immer noch 25 Millionen Zwangsarbeiter*innen: 5 Millionen in sexueller Sklaverei, 4 Millionen Opfer repressiver staatlicher Maßnahmen sowie 16 Millionen, die von privater Seite ausgebeutet werden. 58 Prozent dieser versklavten Menschen sind Frauen und Kinder, die damals wie heute oftmals rechtlos und damit besonders gefährdet sind.

Das 2011 verabschiedete ILO-Übereinkommen über Hausangestellte (Nr. 189) ist immerhin eine Teilantwort auf eine spezifische Form der modernen Sklaverei, die insbesondere Frauen betrifft. Es stellt den Versuch dar, die Arbeit dieser isolierten, oftmals migrantischen Arbeitnehmerinnen zu regulieren, die häufig Opfer erniedrigender Arbeitsbedingungen sowie von Misshandlungen werden. Es gibt jedoch keine Garantie dafür, dass die Staaten diesem Übereinkommen beitreten werden – bis 2021 hatten es erst 35 Staaten ratifiziert – und noch weniger dafür, dass sie die Regeln auch umsetzen. Es ist vor allem die Mobilisierung der Gewerkschaften der Hausangestellten, die das Übereinkommen 189 zu einem wirkungsvollen Instrument im Kampf gegen die moderne Sklaverei machen konnte. —

VIELFÄLTIGER WIDERSTAND

Bei den Bemühungen, die Sklaverei abzuschaffen, haben zivilgesellschaftliche Gruppen von Anfang an eine wichtige Rolle gespielt. Doch bis heute fehlen Ressourcen, um den Kampf gegen die Sklaverei zu gewinnen.

Die Sklaverei lässt sich bis zu vielen der ältesten Zivilisationen der Welt zurückverfolgen, vom alten Ägypten, Griechenland und Rom bis zu den Reichen der Azteken und Mayas. Jahrtausende lang billigten die unterschiedlichsten Gesellschaften Sklaverei offen oder zumindest stillschweigend. Der Philosoph Aristoteles rechtfertigte ihre Existenz mit der Behauptung, dass „die einen von der Stunde ihrer Geburt an zur Unterwerfung, die anderen zur Herrschaft bestimmt“ seien.

Zu Beginn des 17. Jahrhunderts setzten sich allerdings vor allem im Westen neue moralische Vorstellungen durch. Viele Christen sahen Sklaverei nicht länger als etwas, das als Folge der Sünde zu akzeptieren sei, sondern als unmoralische und unmenschliche Praxis, die abgeschafft werden müsse. Als in den Vereinigten Staaten und in Großbritannien Zeugnisse über die Schrecken des transatlantischen Sklavenhandels an die Öffentlichkeit gelangten, begannen einige Quäker*innen, ausgehend von Pennsylvania, sich dagegen zu engagieren. 1783 richteten sie eine Anti-Sklaverei-Petition an das britische Parlament, die als die erste echte zivilgesellschaftliche Kampagne zur Abschaffung der Sklaverei gelten kann.

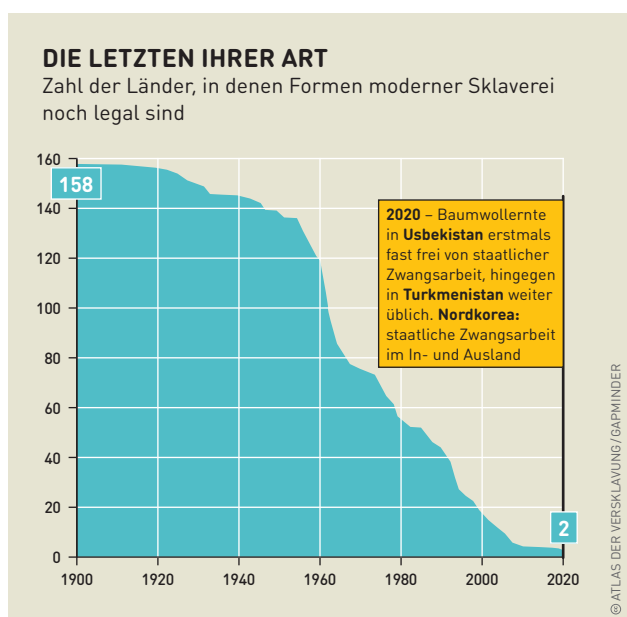
Zivilgesellschaft wird allgemein definiert als ein Zusammenschluss von durch gemeinsame Interessen und Aktivitäten verbundenen Bürger*innen. Er wird von Privatpersonen organisiert und nicht von der Wirtschaft oder dem Staat. Dank der konsequenten Lobbyarbeit und des politischen Drucks der Quäker*innen schaffte Großbritannien 1807 den Sklavenhandel mit seinen Kolonien ab, was einen Dominoeffekt in Lateinamerika, Südasien, Afrika und natürlich den USA auslöste. Mit der Gründung der Vereinten Nationen und der Verkündung der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte wurde Sklaverei schließlich weltweit für unrechtmäßig und unmoralisch erklärt.

Diese Sichtweise ist weithin anerkannt und in nationale Gesetze umgesetzt. Warum Sklaverei trotzdem weiter besteht – diese Frage treibt die Aktiven in den zivilgesellschaftlichen Gruppen um. Sie sei vor allem da verbreitet, wo der Rechtsstaat schwach und die Korruption ungezügelt ist, stellt Jasmine O'Connor fest, Geschäftsführerin von Anti-Slavery International, der ältesten Menschenrechtsorganisation der Welt, die im 19. Jahrhundert von britischen Quäker*innen gegründet worden war.

Zu den zivilgesellschaftlichen Akteuren, die heute gegen die Sklaverei kämpfen, gehören nicht nur religiöse Gruppen, sondern auch Nichtregierungsorganisationen, Gewerkschaften, Frauenrechtsgruppen oder Überlebende der Sklaverei selbst. Sie alle ziehen Regierungen und Unternehmen zur Rechenschaft, sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene. Die Zivilgesellschaft hat einen enormen Beitrag geleistet, unter anderem Produkte aus Sklavenarbeit boykottiert, Maßnahmen zur Bekämpfung der Sklaverei ausgearbeitet, Lobbyarbeit betrieben oder Betroffenen Hilfe und Schutz gewährt.

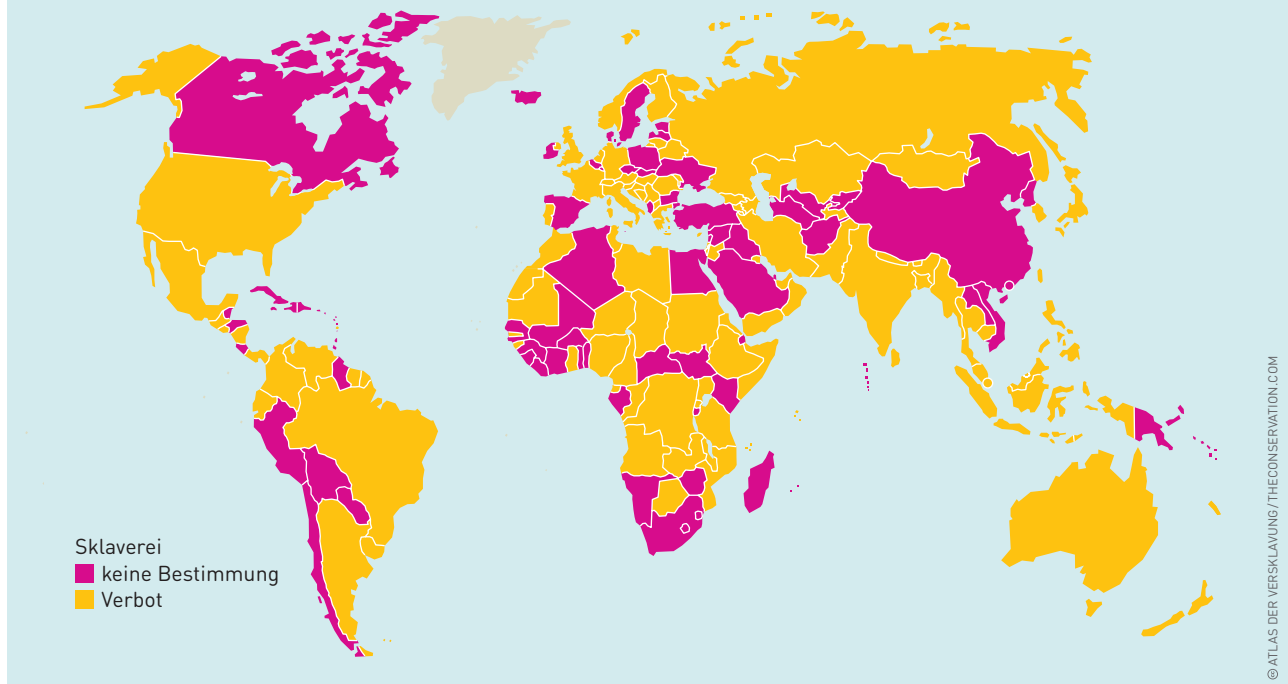
So haben zivilgesellschaftliche Gruppen in Nepal Zwangsarbeitern*innen in der Landwirtschaft geholfen, bei der Landumverteilung berücksichtigt zu werden und Unterhaltszuschüsse zu erhalten. In Niger wurde die Praxis verboten, Frauen als „fünfte Ehefrau“ in die sexuelle Sklaverei zu zwingen, nachdem Nichtregierungsorganisationen sich für ein Opfer starkgemacht hatten. In Mauretanien entkamen dank zivilgesellschaftlicher Hilfe zwei in die Sklaverei hineingeborene Brüder ihrem Sklavenhalter, den sie anschließend erfolgreich verklagten – die erste Anklage dieser Art in diesem Land, in dem Sklaverei bis heute tief verwurzelt ist.

Mehr Illegalität von Sklaverei ist gut. Aber weil Gesetze allein nicht ausreichen, müssen Menschenrechtsgruppen aktiv werden



AUF DEN STAAT IST KEIN VERLASS

Länder, in denen der Besitz von Menschen keine eigenständige Straftat ist, 2020



Wie im alten Rom ist die Sklaverei auch heute noch ein gutes Geschäft. Doch dank kontinuierlicher Kampagnen der Zivilgesellschaft wählt eine wachsende Zahl von jungen Unternehmen Geschäftsmodelle, die mehr auf „soziales Wohl“ denn auf Profit um jeden Preis abzielen. Der bedeutendste Wandel ist bei den Lieferketten zu beobachten, wo sklavereiähnliche Arbeitsbedingungen bislang oft unkontrolliert weiterbestehen. Einige Regierungen, etwa die britische, verlangen nun von größeren Unternehmen den Nachweis, dass sie Maßnahmen zur Verhinderung von Sklaverei in ihren Lieferketten ergreifen. Kleinere Modefirmen wiederum nutzen Crowdfunding, um umweltfreundliche, sklavereifreie Kleidung zu produzieren. Zivilgesellschaftliche Gruppen müssen immer wieder entscheiden, wann Druck auf Regierungen und Unternehmen angebracht und wann eine Kooperation mit diesen sinnvoll ist, um effektive Lösungen zu finden.

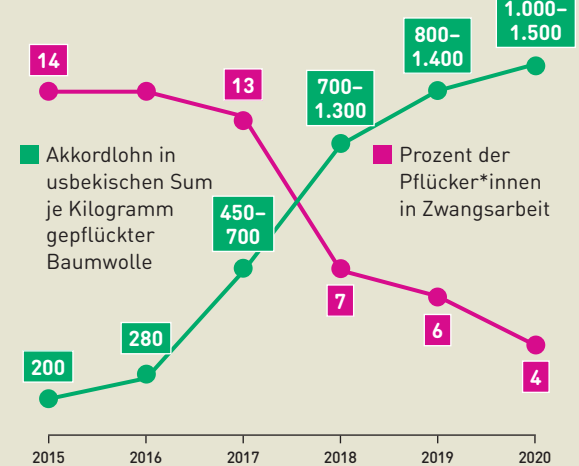
Die richtige Balance zu finden ist nicht immer einfach. Unzureichende finanzielle und sonstige Ressourcen sowie mangelnde Koordination zwischen den zivilgesellschaftlichen Gruppen haben ihre Durchschlagkraft im Kampf gegen die moderne Sklaverei geschwächt, stellt der Sklaverei-Experte Siddharth Kara von der Harvard Kennedy School of Government fest. Da die zivilgesellschaftlichen Akteure miteinander um einen eher kleinen Topf von

Sklaverei ist in vielen Teilen der Welt keine Straftat, illegal sind nur nachgelagerte Verstöße gegen andere Gesetze

Gebermitteln konkurrieren müssen, gelingt es ihnen oft nicht, die Opfer der Sklaverei ausreichend zu schützen oder zu unterstützen. Um die Sklaverei endgültig abzuschaffen, müssen Regierungen, Stiftungen und Unternehmen daher mehr in die Anti-Sklaverei-Bewegung investieren und auch Forschung zu der Frage finanzieren, wo das Geld am dringendsten benötigt wird. —

GELD LOCKT FEHLENDE ARBEITSKRÄFTE

Abnehmende Zwangsarbeit in der staatlichen Baumwollernte Usbekistans



Boycott als Waffe – der Druck von Organisationen auf Baumwolleneinkäufer und Textilfirmen half beim Ende der Zwangsarbeit in Usbekistan

UNFREIHEIT IM ALLTAG

Kaum irgendwo auf der Welt ist Sklaverei so verbreitet wie in Mauretanien. Bis heute sind hauptsächlich dunkelhäutige Opfer von Sklavenhaltung und damit von Missbrauch, Gewalt und Hunger. Die Regierung arbeitet aktiv daran, dieses System aufrechtzuerhalten.

Die Wurzeln des heutigen Systems der Sklaverei in Mauretanien lassen sich bis zur Ankunft der Berber und arabischen Mauren im 8. beziehungsweise 11. Jahrhundert zurückverfolgen. Diese hellhäutigen ethnischen Gruppen eroberten die Region und errichteten ein Kastensystem, das die Grundlage für die Versklavung der dunkelhäutigen einheimischen Haratin und anderer afromauretanischer Gruppen bildet. Dem *Global Slavery Index* zufolge steht Mauretanien mit 21,4 Opfern pro 1.000 Einwohner*innen weltweit an sechster Stelle. Etwa 90.000 Menschen in Mauretanien gelten als versklavt, die tatsächliche Zahl dürfte viel höher sein.

Das System der Sklaverei basiert auf der Herkunft. Der Status wird also über Generationen weitergegeben. Anders als in Amerika werden mauretanische Sklav*innen nicht verkauft oder gehandelt. Allenfalls verschenken ihre arabischen Herren sie zu feierlichen Anlässen, damit sie sich in dem jeweiligen Haus nützlich machen können.

Manche der Versklavten leben in eigenen Siedlungen, den Adouaba-Dörfern. Hier bearbeiten sie das Land, um die Ernte für ihre Herren einzubringen. Auch in diesen unabhängigen Dörfern ist ihr Dasein von Hunger und Armut

geprägt. Die arabisch-berberischen Herren betrachten sie als Teil ihres Landes. Immer wieder wird von Misshandlungen berichtet, von Vergewaltigungen, Zwangsschwangerschaften, Zwangsabtreibungen, Verstümmelungen und Kindesmorden. Viele werden durch die Vergewaltigung ihrer Mütter durch die Herren in die Sklaverei hinein geboren.

Trotz allem gibt es keine physischen Barrieren, denn Fluchtversuche sind aufgrund religiöser Indoktrinierung selten. Viele Versklavte sehen in der Freiheit gar keine Option, denn die Werte des religiös begründeten Kastensystems sind in Mauretanien tief verwurzelt. Den Opfern, die von klein auf im islamischen Glauben erzogen werden, wird beigebracht, dass das Paradies nur durch ihren Herrn erlangt werden kann. Viele örtliche religiöse Führer unterstützen diese Vorstellung, obwohl islamische Gelehrte mit überwältigender Mehrheit der Meinung sind, dass ihre Religion die Versklavung anderer Muslime verurteilt. Versklavte Menschen arbeiten jedoch in einem kulturell und geografisch isolierten Umfeld ohne Zugang zu Bildung und damit auch zu Informationen über eine andere Auslegung ihrer Religion oder über die Menschenrechte.

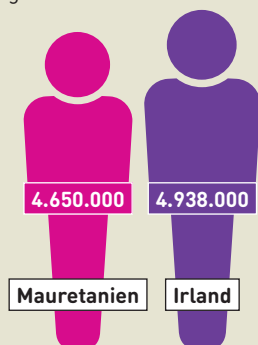
Die soziale und religiöse Hierarchie ordnet alle Dunkelhäutigen in Mauretanien der Sklavenkaste zu. So werden auch freie Haratin und afromauretanische Gruppen

Nur der Abbau von Eisenerz und ein intensiver Küstenfischfang verschaffen Mauretanien dringend benötigte Devisen

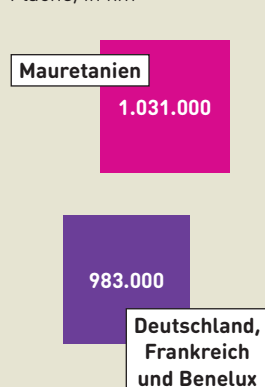
KARGES LAND, REICHER OZEAN

Eckdaten Mauretaniens im internationalen Vergleich

Bevölkerung 2020, geschätzt

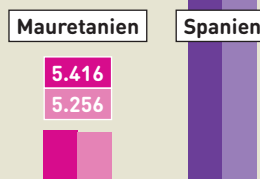


Fläche, in km²

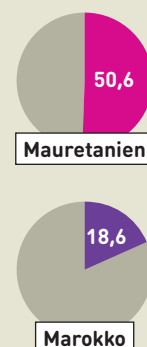


Wirtschaftsleistung pro Kopf nach Kaufkraft, vor und in der Pandemie, in US-Dollar

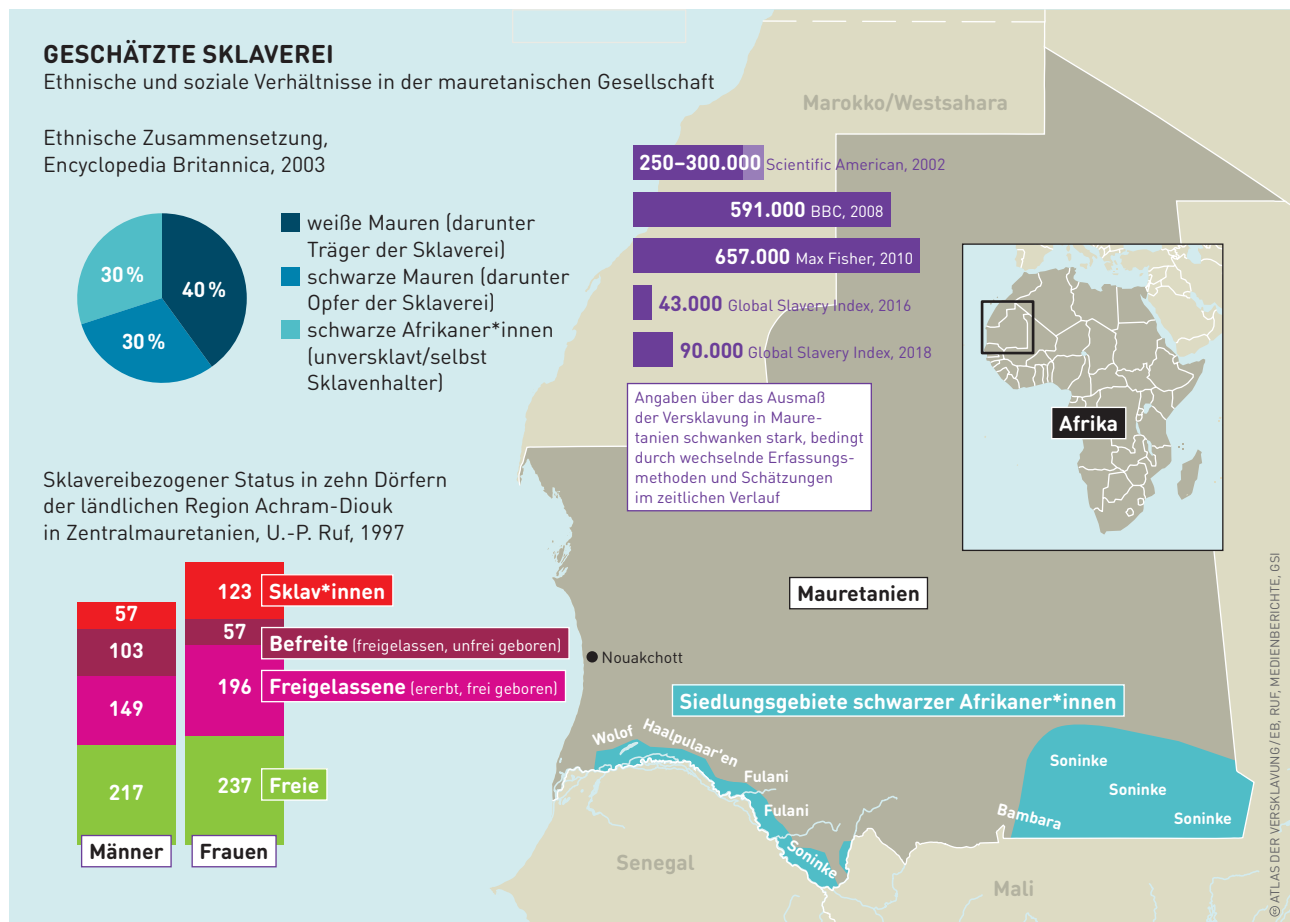
2019
2020



Prozent der Bevölkerung in mehrdimensionaler Armut



© ATLAS DER VERSKLAVUNG / UN, WELTBANK, UNDP



zu „schmutzigen“ Arbeiten abkommandiert und haben nur eingeschränkten Zugang zu Lebensmitteln, sauberem Wasser, Bildung, Gesundheitsversorgung und Einkommen. Diese elende Lage empfinden viele als schlimmer als die Versklavung im engeren Sinne.

Die Regierung beteiligt sich aktiv daran, dieses System aufrechtzuerhalten. Der *Global Slavery Index* bewertet ihre Maßnahmen gegen die Sklaverei als mangelhaft. Regierungsmitglieder leugnen die anhaltende Existenz von Sklaverei und loben sich selbst dafür, sie ausgerottet zu haben. Nicht zuletzt deswegen gehen Menschenrechtsorganisationen und Medien davon aus, dass die Zahl der Opfer im Land stark unterschätzt wird. Ausländische Journalist*innen werden daran gehindert, genauer zu recherchieren. Oft müssen sie unter falschem Vorwand nach Mauretanien einreisen, um auf geheimem Weg an Informationen zu kommen. Wer dabei erwischt wird, wird sofort verhaftet oder des Landes verwiesen.

Überdies geht die Regierung hart gegen die wachsende Anti-Sklaverei-Bewegung vor. 2007 wurde die offiziell bereits 1981 abgeschaffte Sklaverei unter Strafe gestellt, doch von 2007 bis 2015 nur ein einziger Sklavenhalter zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Die gleiche Strafe aber erhielten auch die drei Mitglieder der Bewegung, die durch ihre Proteste auf den Fall aufmerksam gemacht hatten.

Ein 2015 verabschiedetes Gesetz erklärt Sklaverei zu einem Verbrechen gegen die Menschlichkeit, erhöht das

*Der hohe Anteil von versklavten Frauen resultierte aus dem Ende der Sklavenmärkte. Neue Sklav*innen waren nur noch als Nachwuchs zu bekommen*

Strafmaß auf 10 bis 20 Jahre und ermöglicht Organisationen, im Namen der Opfer Klagen einzureichen. Dies wurde als ein wichtiger, wenn auch als ein später Sieg für die Bewegung gefeiert. Dennoch melden nationale Gruppen von Aktivist*innen wie SOS Esclave und die Initiative für das Wiederaufleben der abolitionistischen Bewegung (IRA), dass Polizei und Justiz kaum etwas unternehmen, um das Gesetz umzusetzen. Menschen, die sich gegen die Sklaverei engagieren, werden weiter verhaftet. 2016 wurden 13 Mitglieder der IRA zu bis zu 15 Jahren Gefängnis verurteilt, weil sie an Protesten teilgenommen haben sollen – was sie bestreiten.

Die wenigen Fortschritte, die in Mauretanien erzielt wurden, sind dem internationalen Druck und den unachgiebigen Bemühungen der mauretanischen Anti-Sklaverei-Bewegung zu verdanken. Sie sorgt für die Aufmerksamkeit der Medien, organisiert Proteste und sie unterstützt Opfer bei der Flucht und dem Prozess vor Gericht. Ein echter Wandel ist jedoch nur möglich, wenn sich das politische, rechtliche und religiöse Gefüge in Mauretanien grundsätzlich ändert. Bis dahin werden die afromauretanischen Bevölkerungsgruppen im Land weiter ein Leben in Sklaverei erleiden müssen. —

NICHT EINMAL GESETZSCHUTZ

Die Sklaverei in Mali hat eine viele Jahrhunderte lange Geschichte. Obwohl der Gleichheitsgrundsatz in der Verfassung verankert ist, gibt es bis heute innerhalb einiger ethnischer Gruppen sogar Kasten für Sklav*innen – und kein Recht auf Freiheit.

Die Sklaverei ist in Mali seit Jahrhunderten verbreitet. In seiner Blütezeit von 1230 bis 1535 erstreckte sich das Reich nicht nur auf den größten Teil des heutigen Mali, sondern auch ganz oder teilweise auf Gambia, Mauretanien, Senegal und Guinea. Sein Gründer, Kaiser Sundiata Keita, hatte bereits im 13. Jahrhundert in der sogenannten Manden-Charta Regeln für die Sklavenhaltung aufgestellt.

Das zeigt, wie lange dieses Problem in der Region schon existiert. Der Ethnologe Yaya Sy hat den Fall der „internen“ Sklaverei bei dem Volk der Soninke im Westen des Landes untersucht. Ihm zufolge gab es sie in dieser Region bereits vor den Kontakten zwischen Westafrika und der arabisch-muslimischen Welt und dem immer mehr an Bedeutung zunehmenden Sklavenhandel zwischen dem 7. und 11. Jahrhundert.

Ein weiteres Beispiel ist die östliche Zentralregion: Der Anthropologe Gilles Holder beschreibt das Volk der Saman, das sich zwischen dem 15. und 18. Jahrhundert als „Sklavengesellschaft“ im Dogon-Land niederließ. Im Königreich von Ségou, das im 18. Jahrhundert im Süden des heutigen Mali entstand, gab es dem Anthropologen Jean Bazin zufolge zwei Kategorien von Sklav*innen: diejenigen, die als „Forobajon“ der Gemeinschaft angehör-

ten und sich dem Militär anschlossen, und diejenigen, die für häusliche Aufgaben eingesetzt wurden.

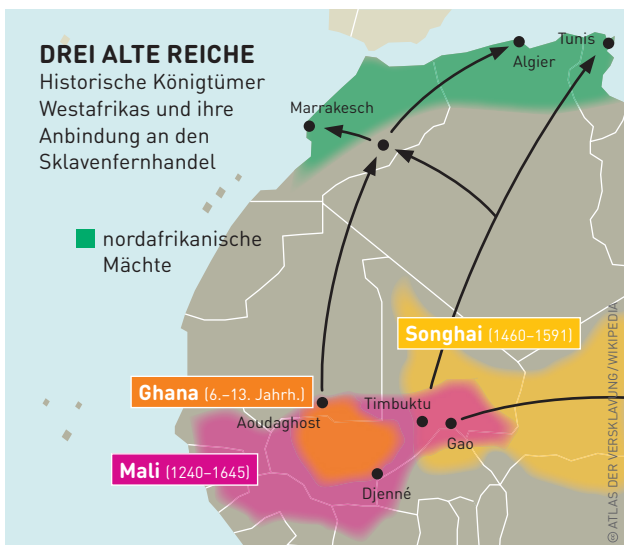
Der bis ins 19. Jahrhundert andauernde Dreieckshandel von Menschen und Waren zwischen Afrika, Amerika und Europa trug dazu bei, dass der Sklaverei als sozialer Institution eine gewisse Legitimität zugesprochen wurde. Erst ein Erlass der französischen Kolonialverwaltung vom 12. Dezember 1905 schaffte sie in Mali offiziell ab. Heute spricht Artikel 1 der malischen Verfassung jedem Menschen „das Recht auf Leben, Freiheit, Sicherheit und Unversehrtheit der Person“ zu. Artikel 2 besagt, dass „alle Malier frei und gleich an Rechten und Pflichten geboren sind und bleiben“.

UN-Sachverständige und Sonderberichterstatter*innen, Wissenschaft und Nichtregierungsorganisationen sind sich jedoch einig, dass Sklaverei auch heute noch verbreitet ist. Der 2018 verstorbene Soziologe Naffet Keita von der Universität Bamako nannte für Mali einmal die Zahl von 300.000 Versklavten. Mit deren Kindern und den Freigelassenen steigt sie auf 850.000 Menschen.

Ungeachtet des in der Verfassung verankerten Gleichheitsgrundsatzes sind einige ethnische Gruppen in Mali hierarchisch organisiert, zum Beispiel die Völker der Soninke, Malinke und Fulbe, die zwischen Adligen, Handwerkern, Griots – Barden – und Sklav*innen auf der untersten Stufe unterscheiden. Bei den Tuareg sind es die Bellas, die schwarzhäutigen Tuareg, bei den Bambara die Dyons und bei den Soninke die Komo. Die Kaste dieser Sklav*innen ist wiederum nach der zugeteilten Aufgabe und der Position des jeweiligen Herrn unterteilt.

Bei der Sklaverei innerhalb der einzelnen ethnischen Gruppen handelt es sich um Sklaverei durch Abstammung, auch als herkunfts-basierte Sklaverei bezeichnet. Naffet Keita erklärt, dass der Status über die Mutter weitergegeben wird. Yaya Sy und Claude Meillassoux sprechen auch von der Regel, dass jede*r Sklav*in von Geburt an der „Mutter auf dem Fuße folgt“.

Versklavte Menschen werden in Mali mit niederen Arbeiten betraut, zum Beispiel mit Dienstleistungen bei Hochzeiten oder Taufen. Sie unterliegen zahlreichen Einschränkungen und können beispielsweise keine Adligen oder deren Nachkommen heiraten. Im politischen Leben genießen sie kein passives Wahlrecht. Sie können also nicht kandidieren, was insbesondere auf kommunaler Ebene von Bedeutung ist. Was die Religion betrifft, dür-

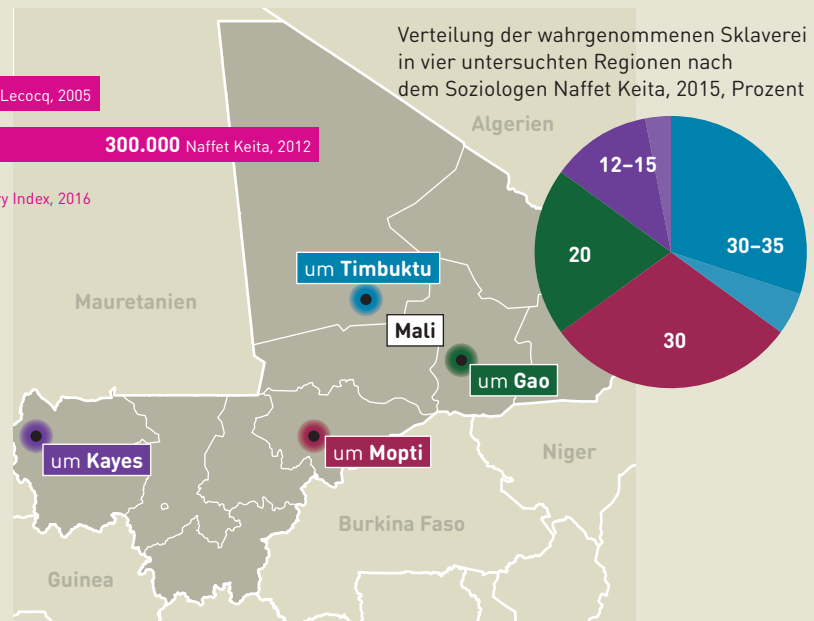


Nach den Songhai dehnten die alawidischen Sultane des späteren Marokko ihre Herrschaft bis nach Gao, Timbuktu und Djenné aus

VERBORGEN, ABER FLÄCHENDECKEND

Ethnische Gliederung und Schätzungen über das Ausmaß der Sklaverei in Mali

Sklav*innen in Mali, Schätzungen



© ATLAS DER VERSKLAVUNG / EB, WIKIPEDIA

fen sie keine Gebete leiten. Darüber hinaus kann die bloße Tatsache, dass sie ihren Status anfechten, in manchen ethnischen Gruppen Einschüchterungen und Gewalt zur Folge haben, die in einigen Fällen zum Tod geführt haben.

Im Jahr 2018 wies das UN-Hochkommissariat für Menschenrechte darauf hin, dass bestimmte ethnische und soziale Gruppen in Mali weiterhin Opfer von Diskriminierung werden, besonders in manchen Tuareg-Gemein-

Nach Medienberichten nutzten malische lokale Machthaber die islamistischen Überfälle der letzten Jahre, um Freigelassene erneut zu versklaven

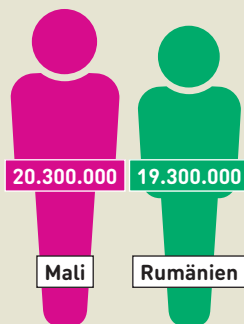
schaften. Der Bericht beschreibt die aus Clans und Clanverbänden bestehende Tuareg-Gesellschaft als ein starres hierarchisches System, in dem die Bellas ihrer Würde und Menschenrechte beraubt werden. Im Gegensatz zu Ländern wie Niger oder selbst Mauretanien ist es Mali nicht gelungen, ein Gesetz zur Bekämpfung der Sklaverei zu verabschieden. Entsprechende Bemühungen mit einem Gesetzentwurf scheiterten zwischen 2013 und 2017 am Widerstand gleich mehrerer ethnischer Gruppen. —

Mali könnte durch seinen Goldabbau weniger arm sein – doch dieser ist in internationalen Händen und nicht auf die Entwicklung des Landes ausgerichtet

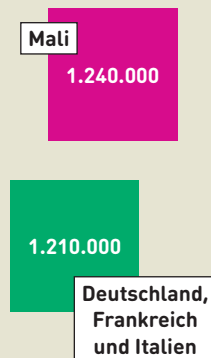
IM „LAND DES GOLDES“

Eckdaten Malis im internationalen Vergleich

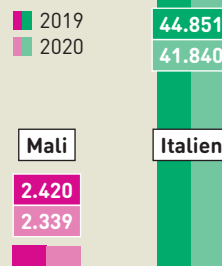
Bevölkerung 2020, geschätzt



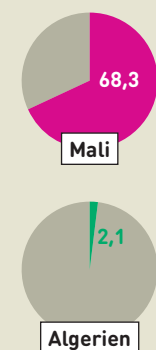
Fläche, in km²



Wirtschaftsleistung pro Kopf nach Kaufkraft, vor und in der Pandemie, in US-Dollar



Prozent der Bevölkerung in mehrdimensionaler Armut



© ATLAS DER VERSKLAVUNG / UN, WELTBANK, UNDP

BITTERE UMSTÄNDE

Berichte über Kinderarbeit auf westafrikanischen Kakaoplantagen schockierten zu Beginn des Jahrtausends die Öffentlichkeit. Seither hat die Beschäftigung von Minderjährigen noch zugenommen. Aber auch der sozioökonomische Kontext findet stärkere Beachtung.

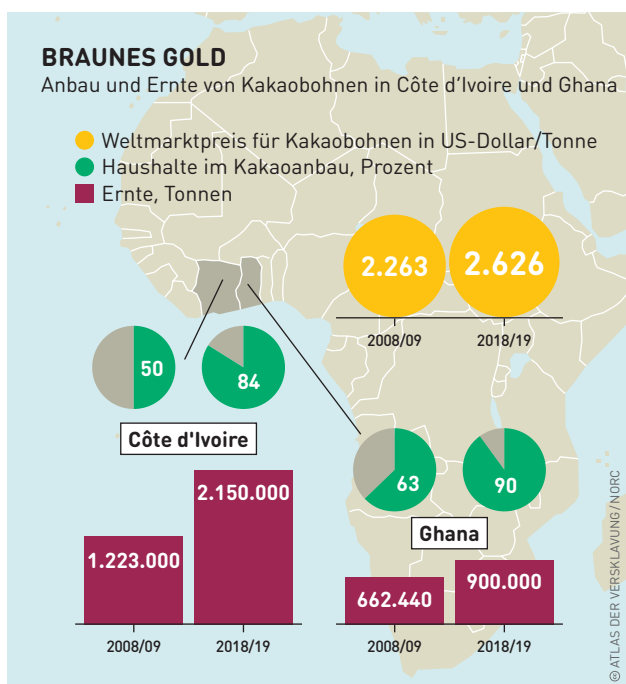
Anfang der 2000er-Jahre wurde in einer Reihe von Dokumentarfilmen und Reportagen über die weit verbreitete Kinderarbeit, Kindersklaverei, Kinderhandel und andere Kinderrechtsverletzungen im westafrikanischen Kakao Sektor berichtet. Dies erregte vor allem aus zwei Gründen großes öffentliches und politisches Interesse: Zum einen stammt mehr als die Hälfte der für die Schokoladenproduktion verwendeten Kakaobohnen von Plantagen in Ghana, Côte d'Ivoire und anderen westafrikanischen Ländern. Die Verbraucher*innen, die sich zunehmend für die Herkunft ihrer Waren und Produkte interessieren, waren entsetzt über die Vorstellung, dass ihre Lieblingsschokoladentafeln oder -getränke unter so bitteren Umständen produziert werden. Zum anderen fielen die Berichte mit erneuten internationalen Bemühungen zusammen, Kinderarbeit und Kinderhandel abzuschaffen. Dazu gehörten vor allem im Jahr 1999 die Verabschiedung des Übereinkommens der Internationalen Arbeitsorganisation über die schlimmsten Formen der

Kinderarbeit und im Jahr 2000 die des UN-Protokolls zur Verhütung, Bekämpfung und Bestrafung des Menschenhandels, insbesondere des Frauen- und Kinderhandels.

Die meisten Untersuchungen, Medienberichte und Annahmen über Kinderarbeit in diesem Sektor gehen davon aus, dass diese Kinder oft lange Arbeitstage haben, gefährlichen Pestiziden und anderen Chemikalien ausgesetzt sind und nicht selten Verletzungen durch den Einsatz scharfer Messer oder Kettensägen erleiden. Im Februar 2021 verklagten sechs junge Erwachsene die größten Schokoladenunternehmen der Welt: Nestlé, Cargill, Barry Callebaut, Mars, Olam, Hershey und Mondelez. Sie sagten aus, als Sklavenarbeiter*innen eingesetzt worden zu sein und gaben den Konzernen zumindest eine Mitschuld an ihrer Versklavung und der anderer Kinder. Zwar wies der Oberste Gerichtshof der USA die Klagen gegen Nestlé und Cargill ab. Gleichwohl verstärkten die Prozesse den Eindruck, Kinderhandel, Kindersklaverei und Zwangsarbeit seien in diesem Sektor weitverbreitet.

Als Reaktion auf die Berichte wurden eine Reihe von Aktionsplänen erstellt, Selbstverpflichtungen ausgesprochen und andere Initiativen ergriffen, um Kinderarbeit und moderne Sklaverei im westafrikanischen Kakaoanbau zu bekämpfen. Die Branche versprach, im westafrikanischen Kakaoanbau die schlimmsten Formen bis 2020 um 70 Prozent zu reduzieren. Die Ergebnisse dieser Initiativen, in die binnen eines Jahrzehnts rund 300 Millionen US-Dollar flossen, waren jedoch nicht sehr überzeugend. Eine Studie in den beiden größten Kakaoanbauländern Ghana und Côte d'Ivoire ergab, dass die Gesamtzahl der in diesem Sektor arbeitenden Kinder zwischen 2008/09 und 2018/19 um 10 bis 14 Prozent gestiegen ist. Die Kritik von Sachverständigen führt diese schlechte Bilanz vor allem auf das Versagen der führenden Schokoladenunternehmen zurück, die ihre Lieferketten nicht ausreichend kontrollierten.

Diese Zahlen spiegeln jedoch auch die Komplexität der Kinderarbeit in diesem Sektor wider, die oft übersehen wird. Im westafrikanischen Kakaoanbau findet sie hauptsächlich im familiären Umfeld statt. Nach Angaben der International Cocoa Initiative, einer von der Schokoladenindustrie finanzierten Stiftung, werden etwa 98 Prozent der geschätzten 1,5 Millionen arbeitenden Kinder in Ghana und Côte d'Ivoire in Familienbetrieben eingesetzt. Einer Studie von NORC, einem sozialwissenschaftlichen

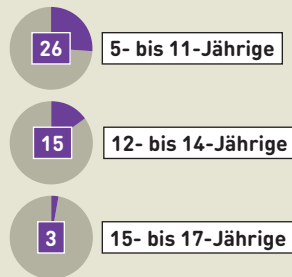


Die rapide Ausdehnung der Kakao-Anbauflächen ist wirtschaftlich profitabel. Dies hat zugleich die Naturwälder der westafrikanischen Region weitgehend vernichtet

AGRARCHEMIE UND SCHLANGENBISS

Ausmaß der Kinderarbeit, Arbeitsbedingungen und Schulbesuch in der Kakaoproduktion Côte d'Ivoires und Ghanas

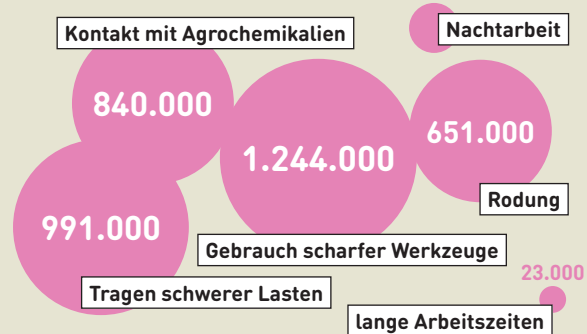
zu lange Arbeitszeit
nach Alter, Prozent



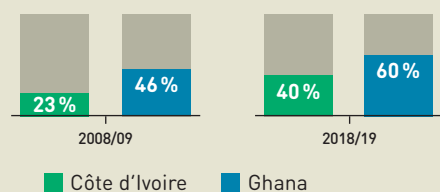
Kinder im Kakaoanbau
mit längeren Arbeitszeiten
als erlaubt oder in
gefährlicher Arbeit, Zahl

1.556.000

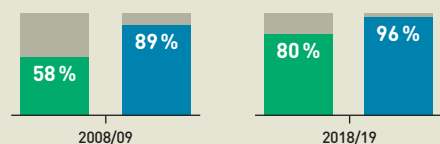
Arbeit nach Gefährdung, Zahl



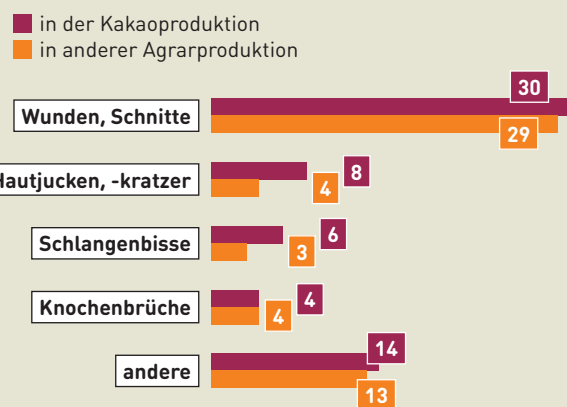
Anteil der Kinder, die in den letzten 12 Monaten
in der Kakaoproduktion arbeiteten



Schulbesuch von Kindern, die in den letzten
12 Monaten in der Kakaoproduktion arbeiteten



Verletzte Kinder,
nach Art der Verletzung, Prozent



© ATLAS DER VERSKLAVUNG / NORC

Forschungsinstitut an der Universität Chicago, zufolge arbeiten 81 Prozent der Kinder im westafrikanischen Kakaoanbau bei ihren Eltern; die Zahl erhöht sich auf 94 Prozent, wenn andere Verwandte hinzukommen.

Natürlich kann es auch in Familien zu Ausbeutung oder Missbrauch kommen. Eine genaue Beurteilung ist nicht einfach. Die normativen Vorstellungen von Kindheit, Ausbeutung und Knechtschaft in den Kakaoanbaugemeinschaften unterscheiden sich fundamental von denen internationaler und nationaler Konventionen und Rechtssysteme, auch von denen der Politik und der öffentlichen Meinung in den Industrieländern. Viele westafrikanische Kakaounternehmen schätzen die Beteiligung von Kindern als einen wichtigen und positiven Aspekt von Erziehung, Entwicklung und Sozialisation, und sehen darin eine Möglichkeit, jungen Menschen wichtige Kenntnisse und Fähigkeiten zu vermitteln, die ihnen als künftige Kakaoproduzent*innen zugutekommen werden.

Die Frage ist nun, was geschehen muss, um Gewalt, Ausbeutung oder Missbrauch zu verhindern, denen Kinder in diesem Bereich tatsächlich ausgeliefert sind. Erstens bedarf es einer größeren Umsicht, einer Kontextualisierung und eines fundierten Verständnisses der Dynamik der Kinderarbeit und der damit verbundenen Risiken.

Die Kinderarbeit hat in den beiden wichtigsten Kakaoproduktionsländern zugenommen. Doch es gehen auch mehr Kinder in die Schule

Praktisch jede Form von Risiko, dem ein Kind ausgesetzt ist, als Menschenhandel, Knechtschaft, „moderne Sklaverei“ oder Ähnliches zu bezeichnen, mag zwar Aufmerksamkeit erregen, schränkt aber das Verständnis und den Erfolg von Maßnahmen ein. Das Verständnis aber für die Sache und der Erfolg von Maßnahmen werden dadurch eher behindert.

Zweitens können die vielfältigen Gefahren und Unsicherheiten, denen Kinder im westafrikanischen Kakao-sektor ausgesetzt sind, nicht abstrakt oder losgelöst von der globalen politischen Ökonomie betrachtet werden, in der Kakaoproduktion, -verkauf und -konsum nun einmal angesiedelt sind. Eine bessere Entlohnung der Menschen für ihre Erzeugnisse in der Landwirtschaft kann sicherlich dazu beitragen, die Widerstandsfähigkeit von Haushalten und Volkswirtschaften zu stärken, sodass Kinderarbeit schließlich überflüssig oder unerwünscht wird. Solche Maßnahmen haben schließlich auch einst den wohlhabenden Industrieländern geholfen, die Kinderarbeit abzuschaffen. —

TOD, VERWEIGERUNG, AUFSTAND

Amerikas Kolonialherrscher ersetzten die aussterbende oder ausgerottete einheimische Bevölkerung durch neue Arbeitskräfte – Millionen von Menschen aus Afrika.

Sklaverei oder zumindest sklavereiähnliche Verhältnisse gab es in Lateinamerika und der Karibik bereits, bevor die ersten Menschen aus Europa auf den Kontinent kamen. Das Volk der Azteken kannte sie genauso wie das der Inka und anderer in der Karibik. Allerdings unterschieden sich die Bedingungen, unter denen diese Sklav*innen lebten, erheblich von denen der Schwarzen, die später unter europäischer Verantwortung aus Afrika auf die karibischen Inseln und das lateinamerikanische Festland verschleppt wurden.

Bei dem Volk der Azteken mussten Versklavte, die misshandelt worden waren, freigelassen werden. Oft wurde ihnen für gute Arbeit die Freiheit zurückgegeben oder sie konnten sich selbst freikaufen. Die im Inkareich Yanacona genannten Unfreien waren so etwas wie Wanderarbeitende, die zu keiner festen Dorfgemeinschaft gehörten und die sich ohne deren Schutz als Leibeigene verdingen mussten. Die Sklav*innen auf den karibischen Inseln werden als persönliche Untergebene ihrer Herren

beschrieben, die häufig nach ein paar Jahren freigelassen wurden. Ihre Zahl war gering.

Die massenhafte Versklavung der indigenen Bevölkerung begann mit der Ankunft der Spanier. So hat der Eroberer Hernán Cortés, der 1519 ins heutige Mexiko kam, innerhalb von zehn Jahren mehrere Zehntausend Indigenas versklavt. Da sie durch die harte Arbeit in den Minen und durch eingeschleppte Krankheiten massenhaft starben, wurden ab 1526 über eine halbe Million Menschen aus dem heutigen Honduras und Nicaragua geholt.

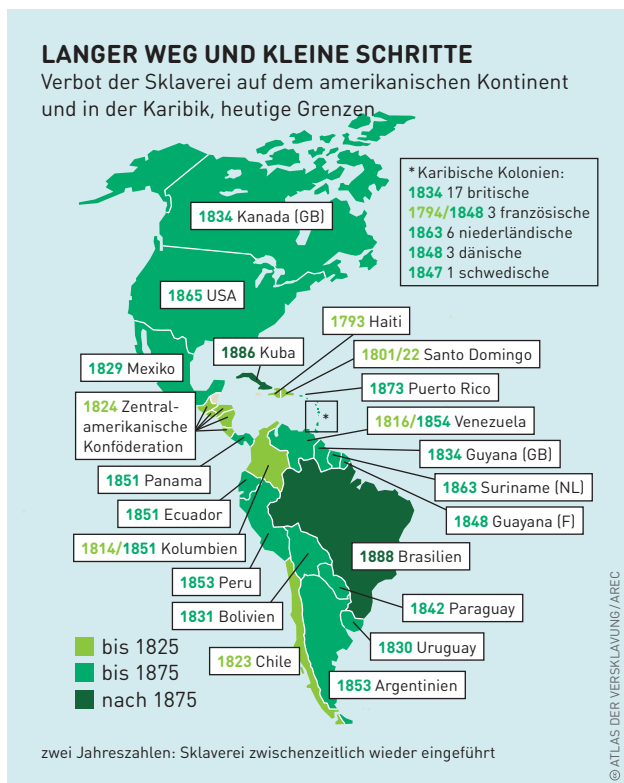
Auch im ehemaligen Inkareich wurden Indigene zu Tode geschunden. Der uruguayische Schriftsteller Eduardo Galeano schätzt die Zahl der Menschen, die Zwangsarbeit verrichten mussten und in den dortigen Gold- und Silberminen ums Leben kamen, auf acht Millionen. Auf der Insel Hispaniola, die sich heute Haiti und die Dominikanische Republik teilen, lebten von der Urbevölkerung der auf 500.000 bis eine Million geschätzten Taino fünfzig Jahre nach der Ankunft von Kolumbus 1492 nur noch wenige Hundert Menschen. Die anderen waren der Zwangsarbeit und Krankheiten zum Opfer gefallen.

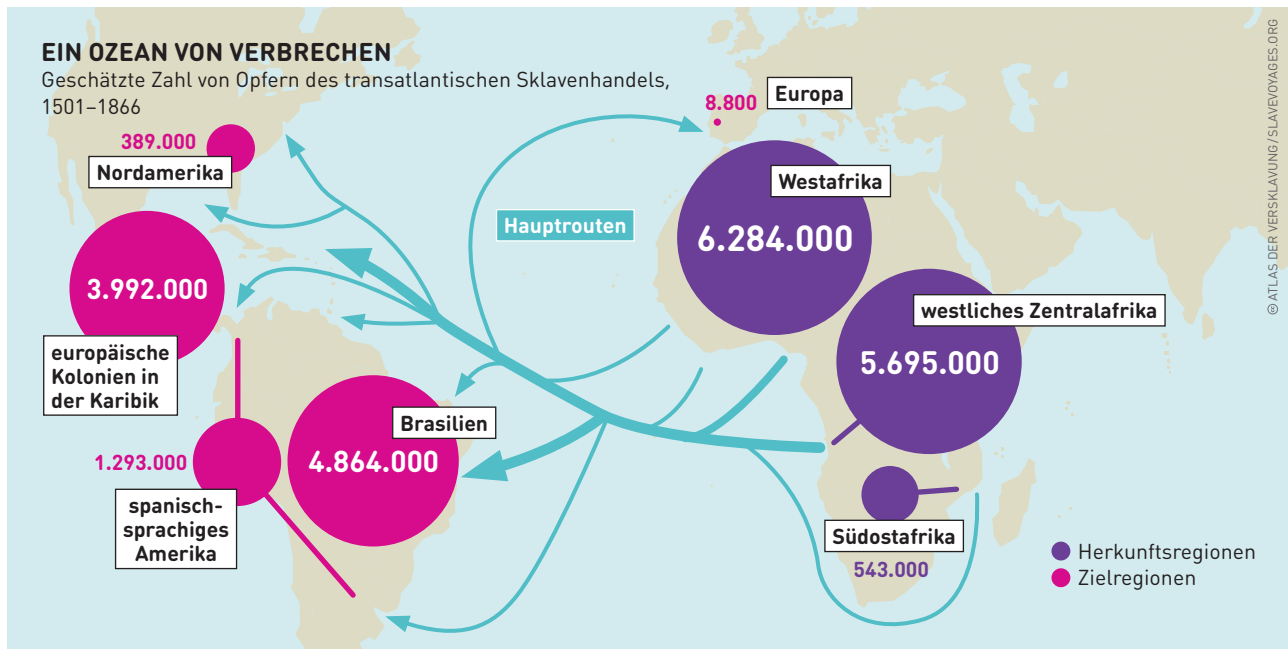
Wegen des Arbeitermangels begann die spanische Kolonialherrschaft ab 1580 mit dem massiven Import von Schwarzen aus Afrika. Vier Jahre zuvor hatte Portugal mit Luanda im heutigen Angola den ersten großen Ausfuhrhafen für Sklav*innen gegründet. Im Laufe der nächsten drei Jahrhunderte wurden von dort fast sechs Millionen Menschen auf den amerikanischen Kontinent verschleppt, fast die Hälfte der insgesamt 12,5 Millionen Sklav*innen aus Afrika.

Ein Beispiel: In die französische Kolonie Saint-Dominique – auf dem Gebiet des heutigen Haiti – wurden 774.000 Menschen verschleppt. Ende des 18. Jahrhunderts kamen dort auf einen Weißen 15 Versklavte. Sie überlebten durchschnittlich sieben Jahre. Die aus historischen Registern errechneten Zahlen müssen dabei durchweg als unterer Wert betrachtet werden. Da die „Einfuhr“ besteuert wurde, gab es neben den offiziellen „Importen“ auch eine schwer zu schätzende Zahl von „geschmuggelten“ Menschen.

Sie alle wurden in Minen eingesetzt, arbeiteten im Handwerk, auf Zuckerrohr-, Kaffee-, Baumwoll- und Indigopflanzungen oder standen im Dienst eines Hauses. Kleinste Verfehlungen wurden hart sanktioniert. Häufigste Strafe war das öffentliche Auspeitschen. Sie wurden gebrandmarkt, verstümmelt und langsam zu Tode gefoltert.

Aus Recht wird nur langsam Unrecht: Zwischen dem offiziellen Verbot der Sklaverei in Haiti und Brasilien liegen fast 100 Jahre





Trotzdem wurde ihr Widerstand nie gebrochen. Die häufigste Form war die Arbeitsverweigerung. Die Versklavten stellten sich dumm, aßen Erde, um krank zu werden, rissen alte Wunden wieder auf oder verstümmelten sich selbst. Auch flohen von Anfang an Einzelne und Gruppen, die sich dann im unzugänglichen Hinterland niederließen und Dörfer aufbauten. Viele von ihnen griffen Plantagen an und befreiten andere versklavte Menschen. Man nannte sie Cimarrones, das spanische Wort für verwilderte Haustiere, oder in englischer Abwandlung Maroons.

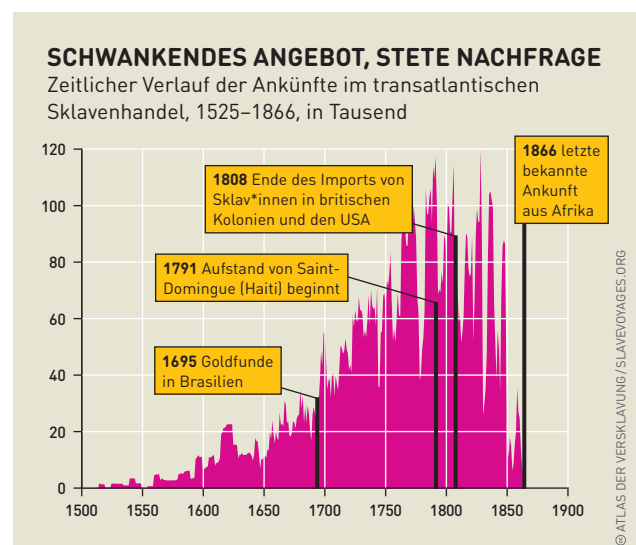
Im Dschungel im Nordosten von Brasilien gründeten die Geflohenen den rund 6.000 Quadratkilometer großen Staat Palmares, in dem mehrere Zehntausend Menschen lebten und der bis zu seiner Zerstörung 1694 rund hundert Jahre den Angriffen der kolonialen Streitkräfte widerstand. Auf Jamaika sah sich Großbritannien nach langen Kriegen gezwungen, mit zwei größeren Gruppen von Maroons Friedensverträge abzuschließen und ihnen autonome Gebiete zu überlassen, die bis heute Bestand haben.

Von Anfang an gab es auch kleinere und größere Aufstände. Erfolgreich war nur der von Saint-Domingue. Von 1791 bis 1804 erkämpften sich die Schwarzen in einem blutigen Krieg gegen Frankreich die Unabhängigkeit als Republik Haiti. Dass in den Jahrzehnten danach überall in Lateinamerika und der Karibik die Sklaverei abgeschafft wurde, war weniger humanistischen Gründen als der Einsicht geschuldet, dass freie Arbeitskräfte inzwischen billiger waren als der Kauf und Unterhalt von Sklav*innen. Als letztes Land hat Brasilien 1888 knapp eine Million von ihnen freigelassen.

Unterbrochen wurde die Zunahme des Sklavenhandels anfangs nur von Kriegen, die zur See ausgetragen wurden und die Geschäfte gefährdeten

Nach sorgfältigen Schätzungen sind etwas über zehn Millionen Menschen nach Amerika verschleppt worden, fast die Hälfte davon nach Brasilien

Bei der Abschaffung der Sklaverei wurden die jeweiligen Nationen in aller Regel entschädigt. So hat Frankreich dem unabhängigen Haiti mit Kriegsdrohungen 90 Millionen Goldfranc – nach heutiger Rechnung gut 20 Milliarden Euro – Reparationen für die „enteigneten“ Sklavenhalter abgepresst. Sklav*innen dagegen wurden nicht bedacht. Entsprechende Forderungen wurden erst Anfang des 21. Jahrhunderts laut. So verlangt etwa die karibische Staatengemeinschaft CARICOM in einem 2014 verabschiedeten Programm, dass alle Sklavenhalterationen die Nachkommen entschädigen müssen und die internationalen Schulden der Länder gestrichen werden, die Sklaverei und Kolonialismus erlitten haben. —



DAS ALLERBILLIGSTE PERSONAL

1804 erkämpften Aufständische in Haiti die Unabhängigkeit ihres Landes und die Abschaffung der Sklaverei. Dennoch ist dort heute eine Form der Kindersklaverei weitverbreitet und dem Staat fehlen die Mittel, dagegen vorzugehen.

Zwei Jahrhunderte, nachdem die haitianischen Sklav*innen ihre Freiheit errungen hatten, hat sich in dem Karibikstaat ein System der häuslichen Kindersklaverei etabliert, das als Restavèk-System (kreolisch *restavèk*, von französisch *rester avec* „bei jemandem bleiben“) bezeichnet wird. Bei dieser Form der Sklaverei, die sich bis in die frühen 1900er-Jahre zurückverfolgen lässt, werden Kinder ab dem Alter von fünf Jahren dazu gezwungen, beschwerliche und gefährliche Haushaltsarbeiten in den Häusern von Fremden oder entfernten Verwandten zu verrichten. Die Unterbringung von Kindern in anderen Familien gibt es zwar nicht nur auf Haiti, doch das Restavèk-System zeichnet sich durch den besonders ausbeuterischen Charakter der Arbeit, durch Gewalt und Missbrauch aus.

Zurückzuführen ist dieses System auf die extreme Armut vieler Haitianer*innen. Die meisten Restavèk-Kinder stammen aus Familien in ländlichen Gebieten, in denen die Bevölkerung kaum oder gar keinen Zugang zu Beschäftigung, Bildung und Gesundheitsversorgung hat. Viele Eltern schicken ihre Kinder deswegen zu Familien in der Stadt, wo sie als Gegenleistung für eine angemessene Ernährung und Schulbildung im Haushalt arbeiten sol-

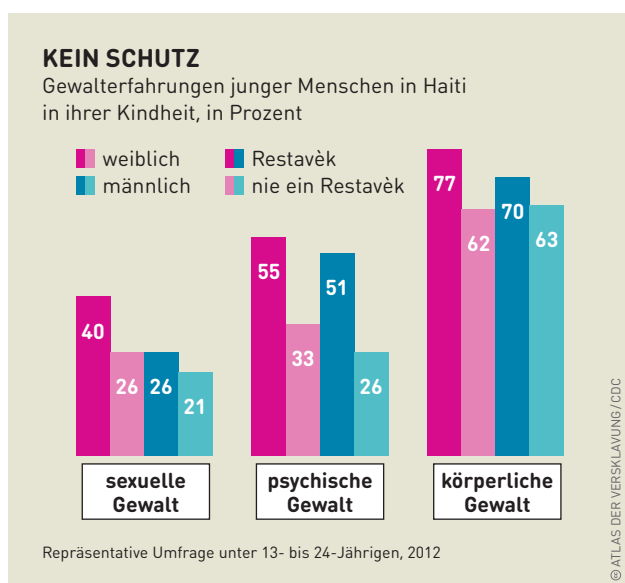
len. Die Eltern sind sich der Härte des Lebens, in das sie ihre Kinder schicken, nicht immer bewusst – und wenn doch, müssen sie dies gegen die geringen Chancen abwägen, die sie im eigenen Haushalt hätten.

Obwohl gewiss nicht alle Kinder in fremden Haushalten Misshandlungen erleiden, wird der Begriff Restavèk als abwertende Bezeichnung für alle Kinder benutzt, die in einer mit Kindersklaverei vergleichbaren Situation stecken. Etwa zwei Drittel der Betroffenen sind Mädchen, zu deren Aufgaben Wasserholen, Kochen, Putzen, Einkaufen sowie die Betreuung anderer Kinder im Haushalt gehören. Viele Restavèk-Kinder gehen nicht zur Schule, wenn dies mit ihrer Arbeit kollidiert. Zudem können die Gastfamilien das fast überall in Haiti fällige Schulgeld nicht aufbringen.

Die finanzielle Lage der Gastfamilien ist nämlich oft nur geringfügig besser als die der Eltern, weswegen sie auf eine unbezahlte Arbeitskraft angewiesen sind. Die Restavèk-Kinder übernehmen die Aufgaben, für die normalerweise die Frauen der Familie zuständig sind. Weil diese in städtischen Gebieten ihr Geld oft außerhalb des Hauses verdienen müssen, etwa auf Märkten, in Fabriken und im Straßenverkauf, nutzen sie die Kinder als Unterstützung bei der Hausarbeit. Die ist angesichts der äußerst schwachen Infrastruktur in Haiti beschwerlich und oft sogar gefährlich. Die Kinder müssen schwere Lasten tragen oder auf offenem Feuer kochen.

Allerdings ist auch die Gewalt ein charakteristisches Merkmal des Restavèk-Systems. Körperlicher, sexueller und emotionaler Missbrauch ist hier eher die Regel als die Ausnahme. Restavèk-Kinder müssen nicht nur schwer und viele Stunden am Tag arbeiten, sie werden von den Mitgliedern der Gastfamilie auch meist mit Verachtung behandelt und gemieden. Sie dürfen nicht mit der Familie essen, sind in Lumpen gekleidet, können sich nicht oder nur wenig pflegen und leben von den Nahrungsresten und abgelegten Kleidungsstücken der anderen Haushaltsmitglieder.

Hinzu kommt, dass die Kinder oft genug auch als Ventil für Wut und Frustration herhalten müssen. Sie werden geschlagen oder erleiden andere körperliche Strafen, manchmal unter Einsatz von Peitschen, kochendem Öl oder heißem Eisen. Allein schon wegen ihrer geringen Körperkraft können sie sich kaum wehren. Zusätzlich haben sie in der sozialen Hierarchie der haitianischen



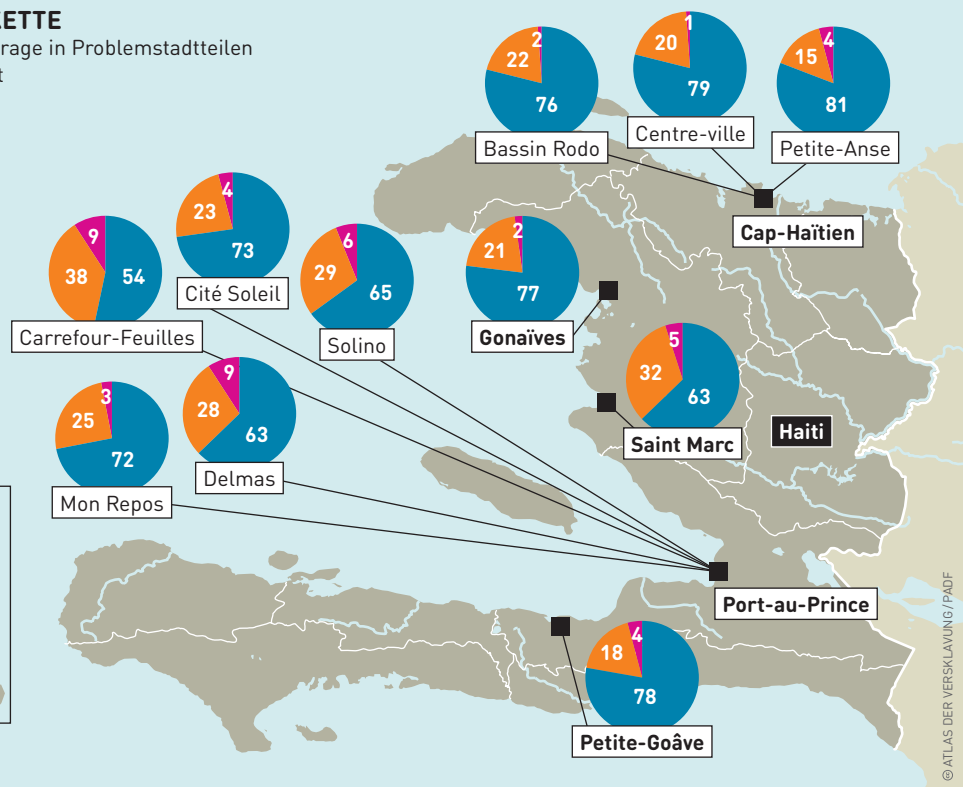
Mädchen wie Jungen sind als Restavèks Gewalterfahrungen deutlich häufiger ausgesetzt als Kinder, die nie Restavèks waren

AM ENDE DER ARMUTSKETTE

Haushalte mit Restavèks, Umfrage in Problemstadtteilen und -städten Haitis, in Prozent

- keine Restavèks
- bis zu einem Restavèk
- 2 und mehr Restavèks

Aus der Umfrage in 1.458 Haushalten ergaben sich für die Jahre 2007/08 geschätzt 225.000 Restavèks in städtischen Regionen. Aktuell wird ihre Zahl auf 300.000 in ganz Haiti geschätzt.



Gesellschaft einen äußerst schwachen Stand. Sie werden besonders oft Opfer von sexuellem Missbrauch einschließlich Vergewaltigung, auf die Schwangerschaften und manchmal erzwungene, gefährliche Abtreibungsversuche folgen.

Die Zahl der Restavèk-Kinder in Haiti ist nicht bekannt. Schätzungen gehen von mehr als 300.000 aus. Mit einem Gesetz zur Bekämpfung des Menschenhandels und einem nationalen Aktionsplan im Jahr 2014 hat der Staat seine Bemühungen verstärkt, die moderne Sklaverei zu bekämpfen. Doch die Zahl der Verurteilungen ist äußerst gering, 2019 waren es sechs Personen, 2020 niemand. Allerdings fehlen dem Staat auch die Mittel, um dieses Problem nachhaltig anzugehen. So beschränken sich die Maßnahmen meist darauf, Kinder aus den schlimmsten Situationen zu befreien. Nicht immer können sie zum Beispiel in ihre Familien zurückgebracht werden. Vor allem bleiben die Ursachen unangetastet.

Haiti ist das ärmste Land der westlichen Hemisphäre, und Frauen sind von der Armut unverhältnismäßig stark betroffen. Diese Kombination von Armut und Geschlecht ist für die Lage der Restavèk-Kinder von zentraler Bedeutung. Angesichts der sich weiter verschlechternden politischen und wirtschaftlichen Lage in Haiti erscheint es nahezu unmöglich, die Ursachen für das

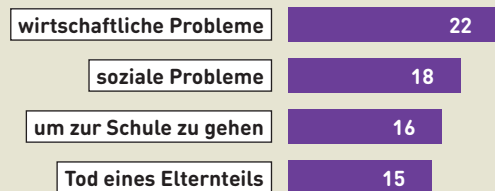
Für Restavèks, die ihre Familie verließen, ist meist Not das Hauptmotiv. Nur durch Schulbesuch können sie ihre Lage verbessern

Selbst in den armen Stadtteilen hatte ein Viertel der Haushalte einen oder eine Restavèk, in fünf Prozent waren es zwei und mehr

Restavèk-System zu bekämpfen. Die derzeitigen Bemühungen, das Gesetz gegen Sklaverei und Kinderhandel auch umzusetzen, reichen jedenfalls nicht. Sie werden erst erfolgreich sein, wenn sich der Blick auf die fatalen Folgen von Armut, Geschlechtszugehörigkeit und mangelnden Bildungszugang richtet und hier nach Lösungen gesucht wird. —

GRÜNDE ZU GEHEN

Warum Restavèks ihre Familie verlassen, in Prozent



Wirtschaftliche Lage des Herkunftshaushalts, Zahl



Erhebung: 761 Fälle, 2013/14

© ATLAS DER VERSKLAVUNG / HAITI NOW

RETTUNG REICHT NICHT

Der Interamerikanische Gerichtshof für Menschenrechte verurteilte den brasilianischen Staat, weil er auf einer Rinderfarm sklavereiähnliche Bedingungen zuließ. Dieser Einzelfall hat gezeigt, wie mangelhaft die Sklavenarbeit in Brasilien bekämpft wird.

Obwohl die Sklaverei in Brasilien 1888 per Gesetz abgeschafft wurde, besteht sie in ihren modernen Formen weiter. 1995 erkannte der brasilianische Staat diese Tatsache offiziell an und hat seither verschiedene gesetzliche und institutionelle Maßnahmen ergriffen, um die Sklavenarbeit zu bekämpfen. Die Umsetzung vor Ort bleibt allerdings problematisch, wie ein Urteil des Interamerikanischen Gerichtshofs für Menschenrechte von 2018 gezeigt hat.

In dem Verfahren *Arbeiter der Farm Brasil Verde gegen Brasilien* ging es um Zwangsarbeit und Schuldknechtschaft auf einer Rinderfarm im Bundesstaat Pará im Norden des Landes. Den Arbeitskräften waren attraktive Löhne auf der Farm versprochen worden, die Wirklichkeit sah anders aus: extrem niedrige oder gar keine Lohnzahlungen, erdrückende Schulden, die sie angeblich beim Landwirt hatten, Todesdrohungen, wenn sie versuchten, die Farm zu verlassen, und das Fehlen von angemessener Nahrung, Unterkunft und sanitären Einrichtungen.

Auf zahlreiche Beschwerden hin wurden Arbeitsinspektionen angeordnet. Verantwortliche verschiedener Behörden untersuchten die Ranch in den Jahren 1989,

1993 und 1996, ohne dass es zu größeren Konsequenzen kam. Nach Beschwerden von zwei von der Farm geflohenen Beschäftigten führte dann eine weitere Inspektion 1997 zu Strafverfahren gegen den Personalvermittler, den Verwalter und den Eigentümer der Farm. Das Verfahren gegen den Eigentümer wurde gegen die Zahlung eines Bußgelds eingestellt. Die anderen Beschuldigten profitierten von einer zehnjährigen Verjährungsfrist, die eintrat, weil das Gericht so lange untätig geblieben war.

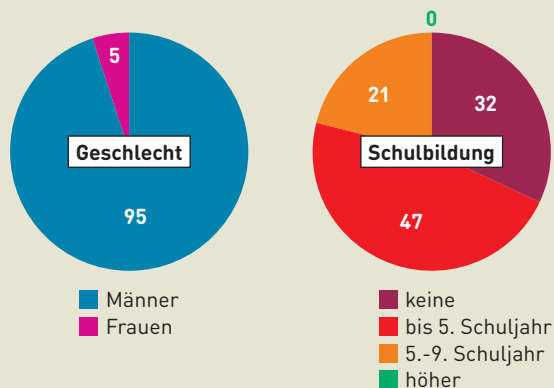
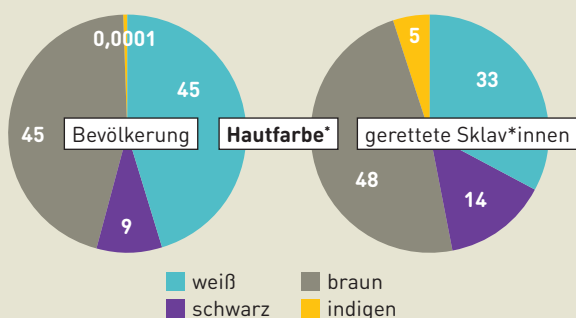
Drei Jahre später führte eine weitere Inspektion – wiederum nach einer Beschwerde von Geflohenen – zur Rettung von mehr als 80 Arbeitskräften und zu einer Klage gegen den Eigentümer. Während das zivilrechtliche Verfahren mit einem Vergleich endete, wurde das Strafverfahren nicht weiterverfolgt, da die Akten verschwanden. Der Interamerikanische Gerichtshof stellte klar, dass der brasilianische Staat damit gegen das Recht der Arbeiter*innen auf Schutz vor Sklaverei, Zwangsarbeit und Menschenhandel verstoßen hatte. Das Urteil verlangte vom Staat, Schadenersatz an 128 Opfer zu zahlen und das strafrechtliche Verfahren wieder aufzunehmen. Zudem verpflichtete es ihn, die verschiedenen Formen der Sklaverei von der Verjährung auszunehmen.

Dieser Fall zeigt, wie wenig die staatlichen Maßnahmen gegen derartige Praktiken ausrichten können. Tausende von Arbeitskräften im ganzen Land sind ähnlichen Bedingungen ausgesetzt, mehr als 56.000 wurden in den

Behörden suchen vor allem nach versklavten Männern, noch kaum nach – der oft sexuellen – Versklavung von Frauen

SCHWARZ, INDIGEN, MÄNNLICH UND UNGEBILDET

Besondere Risiken der Versklavung nach Hautfarbe und Sozialprofil in Brasilien, 24.835 Gerettete, 2003 bis 2017, in Prozent

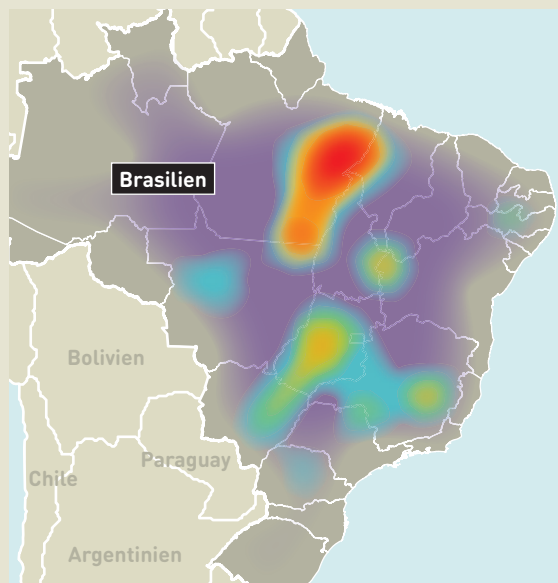


*Selbsterklärung in einer Vielzahl von Begriffen, amtliche Zusammenfassung

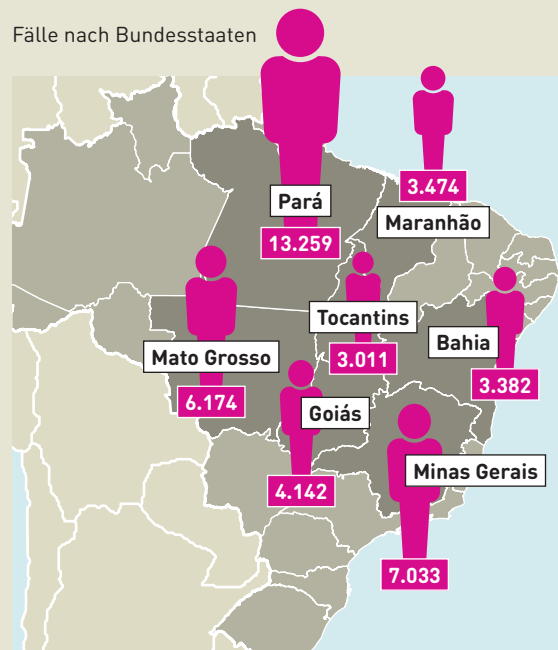
FÜR RINDER UND ROHSTOFFE

Geografische Schwerpunkte der aus Versklavung Geretteten in Brasilien, 56.021 Personen, 1995–2021

Häufigkeit nach Kommunen



Fälle nach Bundesstaaten



© ATLAS DER VERSKLAVUNG/SIT

vergangenen 26 Jahren aus sklavereiähnlichen Arbeitsverhältnissen befreit. Bis 2013 wurde Arbeitssklaverei vor allem in eher ländlich verorteten Wirtschaftszweigen wie Bergbau, Viehzucht und dem Anbau von Zuckerrohr, Soja und Baumwolle beobachtet. Seither werden Verstöße aber auch in städtischen Gebieten gemeldet, insbesondere in der Bau- und Bekleidungsbranche.

Bei den Opfern von Sklavenarbeit in Brasilien handelt es sich hauptsächlich um Männer afrikanischer Abstammung aus Regionen mit hoher Armut und geringer Alphabetisierung. Es sind überwiegend Binnenmigrant*innen, die – gelockt zum Teil durch falsche Versprechungen – ihre Heimat verlassen, um bessere Lebensbedingungen in den landwirtschaftlichen Wachstumsregionen oder den städtischen Zentren zu suchen. Häufig sprechen sie selbst nicht von sklavenartiger Arbeit, obwohl sie erniedrigenden Arbeitsbedingungen mit überlangen Arbeitszeiten ausgesetzt sind, in Schuldknechtschaft geraten oder ihrer Papiere beraubt werden.

Selbst wenn sie sich befreien können, laufen sie Gefahr, erneut Opfer zu werden. Da sie in eine sozial und wirtschaftlich prekäre Situation zurückkehren, müssen sie oft eine Arbeit annehmen, die sie wieder in einen neuen Kreislauf der Zwangsarbeit bringt. In der Tat fanden sich fast zwei Prozent der zwischen 2003 und 2017 aus sklavereiähnlicher Arbeit Geretteten wiederholt in dieser Lage. Erschwerend kommt hinzu, dass es – abgesehen von einem dreimonatigen Arbeitslosengeld – so gut wie keine Vorkehrungen gibt, um den Opfern sozialen Schutz

Die meisten Versklavten wurden in Brasiliens Bundesstaat Pará entdeckt. Dort gefährden Rodungen und Minen auch den Regenwald stark

zu bieten und den Kreislauf der modernen Sklaverei zu unterbrechen.

Zwar hat der brasilianische Staat in den vergangenen zwei Jahrzehnten durchaus einige legislative und institutionelle Fortschritte bei der Bekämpfung moderner Formen der Sklaverei gemacht. Dazu gehören die Einrichtung einer mobilen Sonderinspektionsgruppe und die nationalen Pläne zur Abschaffung der Sklavenarbeit von 2003 und 2008. Dringend geboten wäre es jedoch, die dafür zuständigen staatlichen Stellen zu stärken. Stattdessen haben viele von ihnen in jüngerer Zeit Kürzungen ihres Budgets hinnehmen müssen, wie zum Beispiel die zuständigen Staatsanwaltschaften und die Sonderinspektionsgruppe. 2020 wurden die Mittel für den Kampf gegen Sklavenarbeit in Brasilien um 41 Prozent gekürzt, was dem niedrigsten Betrag seit zehn Jahren entspricht.

Mehrere Jahre nach dem Urteil des Interamerikanischen Gerichtshofs ist der brasilianische Staat immer noch weit davon entfernt, die Auflagen umzusetzen und der Ausbeutung von Arbeitskräften unter sklavereiähnlichen Bedingungen ein Ende zu setzen. Der Druck der nationalen und internationalen Zivilgesellschaft wird weiterhin unerlässlich sein, um die modernen Formen der Sklaverei in Brasilien zu bekämpfen. —

MIT ZEITVERTRAG ZUM ARBEITEN VERSCHLEPPT

Ausgerechnet die nationalistische „Politik des weißen Australien“ beendete die Anwerbung von Arbeitskräften auf den pazifischen Inseln, die Mitte des 19. Jahrhunderts begonnen hatte und sich zum regelrechten Menschenhandel ausweitete.

Mit „Blackbirding“ („Amselfangen“) bezeichnet die Geschichtswissenschaft eine im Australien der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts verbreitete Praxis, Menschen auf den pazifischen Inseln unter Druck zu setzen und zur Arbeit auf Plantagen und in der Viehzucht zu zwingen. Europäische Kapitäne brachten sie nach Fidschi, Neukaledonien, den damaligen Neuen Hebriden (Vanuatu), nach Deutsch-Neuguinea, Samoa und Hawaii. Doch der bei Weitem größte Teil war für die Kolonie Queensland bestimmt. Zwischen 1863 und 1906 kamen im Zuge dieses Menschenhandels bis zu 62.475 Insulaner*innen nach Australien. Diese Berechnung basiert allerdings auf der Zahl der Arbeitsverträge und nicht auf der der verschleppten Menschen. Tatsächlich dürften es weniger gewesen sein, denn viele von ihnen pendelten mehrfach zwischen ihren Inseln und Australien hin und her.

In der Anfangszeit wurden sie vor allem von den Kommandanten der sogenannten Arbeiterschiffe entführt. So „rekrutierte“ 1867 die Besatzung eines Schiffs aus Brisbane 282 Menschen auf den Neuen Hebriden und den

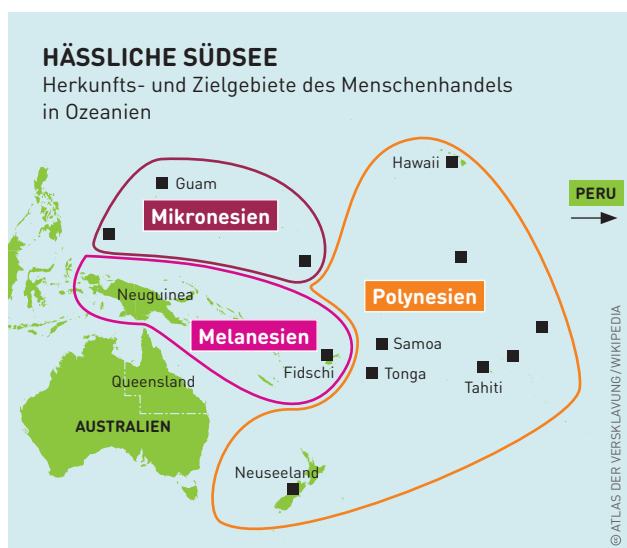
Loyalitätsinseln. Um sie gefügig zu machen, wurden sie eingeschüchtert und mit Gewalt bedroht, ihre Häuser und Ernten niedergebrannt.

Klagen von Missionaren über diese Entführungen und Anschuldigungen, dass im Pazifik ein regelrechter Sklavenhandel stattfinde, sorgten für Aufruhr in Großbritannien und in den australischen Kolonien. Die britische Regierung forderte die Verwaltung von Queensland auf, neue Vorschriften für den Handel mit Arbeitskräften einzuführen. So wurde 1870 gesetzlich vorgeschrieben, dass sich Regierungsbevollmächtigte auf den Schiffen befinden müssen. Da es zu weiteren Beschwerden kam, wurden sie angehalten, die angeworbenen Arbeitskräfte auch über die Bedingungen ihres Dienstes zu informieren. 1872 sah ein neues Gesetz zudem eine Zulassungspflicht für Arbeiterschiffe vor und dehnte die britische Rechtsprechung auf die pazifischen Inseln aus.

Nach der britischen Annexion der Fidschi-Inseln unterstellte eine Novellierung dieses Gesetzes auch die Bewohner*innen der anderen Inseln der britischen Krone. Die Entführungen ließen daraufhin nach – was auch daran gelegen haben mag, dass die Menschen inzwischen besser mit dieser Art des „Handels“ vertraut waren. Zunehmend konnten sie sich auch mit Schusswaffen versorgen und so in der Regel sicherstellen, dass ihre Arbeitskraft nicht mit Gewalt genommen, sondern ausgehandelt wurde.

Diese Entwicklungen veränderten zum Teil die traditionelle Interpretation der Geschichtswissenschaft, der zufolge der Handel von Queensland durchgängig auf Verschleppung basierte. Unbestritten ist, dass dies in den Anfangsjahren üblich war. In späteren Jahren änderte sich jedoch die Praxis als eine Folge von Gesetzesänderungen und der Erfahrungen, die die Menschen auf den Inseln gesammelt hatten.

In der Tat hatten viele schon lange Kontakt zu Europäer*innen gehabt, der bis zu den Anfängen des Sandelholzhandels in den 1830er-Jahren zurückreicht. Sie hatten auch Gründe, ihre Dienste von sich aus anzubieten, vor allem, um Geld zu verdienen. Doch wurden auch weiterhin Fälle von Entführungen gemeldet. So waren Schiffe aus Queensland in den Jahren 1883 bis 1884 in einen wei-

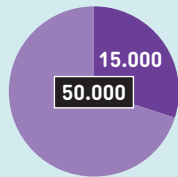


Für den Einsatz in Queensland holten Schiffskapitäne ihre Opfer meist aus Melanesien und Mikronesien, für Hawaii und Südamerika aus Polynesien

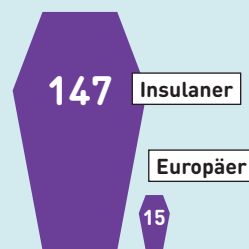
TÖDLICHE VERPFLICHTUNG

Ziele von mehr als 800 Fahrten zu melanesischen Inseln, um Arbeiter*innen überwiegend für Farmen in Queensland und Fidschi gewaltsam zu rekrutieren, 1860 bis etwa 1910

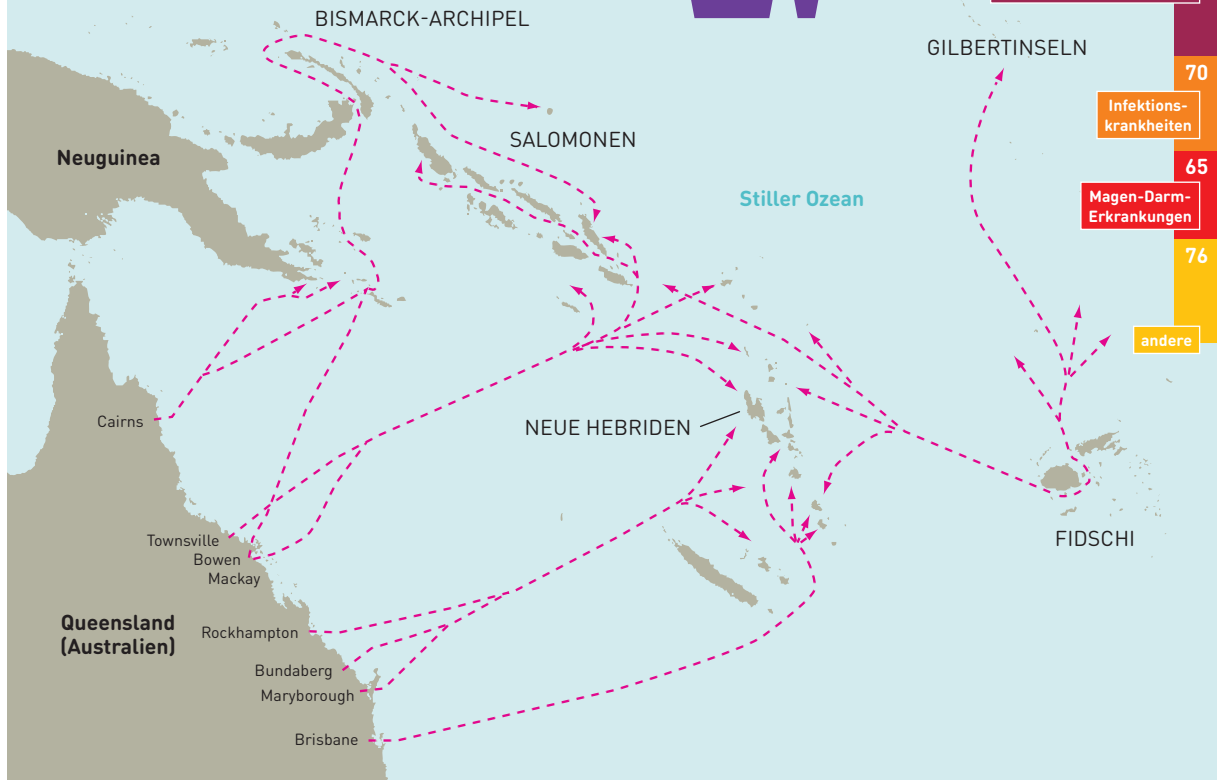
Gesamtzahl und Tote in Queensland, 1863–1904, Schätzungen



Tote in Queensland, je 1.000 Männer, 16- bis 35-jährig, 1884



Todesursachen von 426 Gestorbenen in Maryborough (1884–1888) und Mackay (1867–1907)



© ATLAS DER VERSKLAVUNG / WIKIPEDIA, CHRISTENSEN FUND

teren Skandal verwickelt, als sie erstmals Arbeitskräfte auf den vorgelagerten Archipelen von Ost-Neuguinea rekrutierten.

Auch wenn manche Forschungsergebnisse darauf hindeuten, dass die Mehrheit der Inselbewohner*innen in Queensland nicht gegen ihren Willen oder zumindest nicht gegen den Willen ihrer Gemeinschaften für den Arbeitsdienst rekrutiert wurde, bleibt noch die Frage, wie sie nach ihrer Ankunft in Australien behandelt wurden. Auch hier ist zu berücksichtigen, dass sich die vorliegenden Berichte auf unterschiedliche Zeiträume beziehen. In den frühen Jahren der Plantagenarbeit, in den 1870er- und 1880er-Jahren, waren die Arbeitsbedingungen zweifellos hart, doch sie verbesserten sich im Laufe der Zeit. Jedenfalls sollen die Bedingungen in Queensland besser gewesen sein als auf den deutschen Plantagen auf Samoa, in den französischen Nickelminen von Neukaledonien oder auf Fidschi. Dennoch verdienten die Inselbewohner*innen mit einem Jahreslohn von sechs Pfund deutlich weniger als die weißen Arbeitskräfte, und sie

Über ein Viertel der Rekrutierten starb auf den Farmen Nordostaustraliens – oft an Infektionen, Unterkühlung, unhygienischer Kleidung und Erschöpfung

blieben drei Jahre lang an ihren Herrn gebunden. Die Sterberate lag bei ihnen zwischen 1879 und 1886 bei 82 pro 1.000, sank aber im Zeitraum 1893 bis 1906 auf 35 pro 1.000.

Der Handel mit Arbeitskräften endete mit dem Zusammenschluss der sechs australischen Kolonien – New South Wales, Victoria, Queensland, South Australia, Western Australia und Tasmanien – zum Commonwealth of Australia. Im Jahr 1901 verabschiedete das neue Parlament ein Gesetz zur Beschränkung der Einwanderung, mit dem die sogenannte „Politik des weißen Australien“ begann. Ein damit zusammenhängendes Gesetz betraf die pazifischen Inseln und verbot ab 1904, dort Arbeitskräfte anzuwerben. 1906 wurden alle pazifischen Inselbewohner*innen deportiert, mit Ausnahme von ein paar Tausend, die schon länger in Australien lebten. —

AN BORD UND UNTER DECK

In der kommerziellen Fischerei zeigt sich die moderne Sklaverei in Gestalt von Zwangsarbeit und Schuldknechtschaft. Da sie die meiste Zeit auf See und oft in internationalen Gewässern stattfindet, sind Kontrollen schwierig.

Die Expansion des Fischereisektors infolge der weltweit wachsenden Nachfrage nach Fisch und Meeresfrüchten hat zur Überfischung und damit zu einer Dezimierung der Bestände geführt. Ein allgemeiner Mangel an Regulierung hat das Problem verschärft. Das Risiko extrem ausbeuterischer Arbeitsverhältnisse nimmt zu. Dies liegt an den steigenden Kosten, die mit dem Fischfang über immer größere Entfernungen verbunden sind, und an der Absicht, gleichzeitig die Gewinne zu steigern. Zwangsarbeit, Schuldknechtschaft und andere Formen der Ausbeutung sollen die finanzielle Belastung durch Arbeitskräfte senken, die bis zur Hälfte der Gesamtkosten der Schiffe ausmachen können.

Eine Reihe von Enthüllungen über die Ausbeutung von Arbeitsmigrant*innen an Bord thailändischer Boote lenkte im Jahr 2015 die internationale Aufmerksamkeit auf die moderne Sklaverei in diesem Sektor. Die EU-Kommission drohte Thailand sogar mit Handelssanktionen. Die Praktiken sind nicht auf die Fischerei eines bestimmten Landes oder in einer bestimmten Region beschränkt.

Das Risiko solcher Formen der Ausbeutung ist aber auch nicht gleichmäßig verteilt. Am höchsten ist es in Asien. Dort sind mehr als zwei Drittel der weltweiten Fischereiflotten und 85 Prozent aller in der globalen Fischereindustrie beschäftigten Arbeitskräfte aktiv.

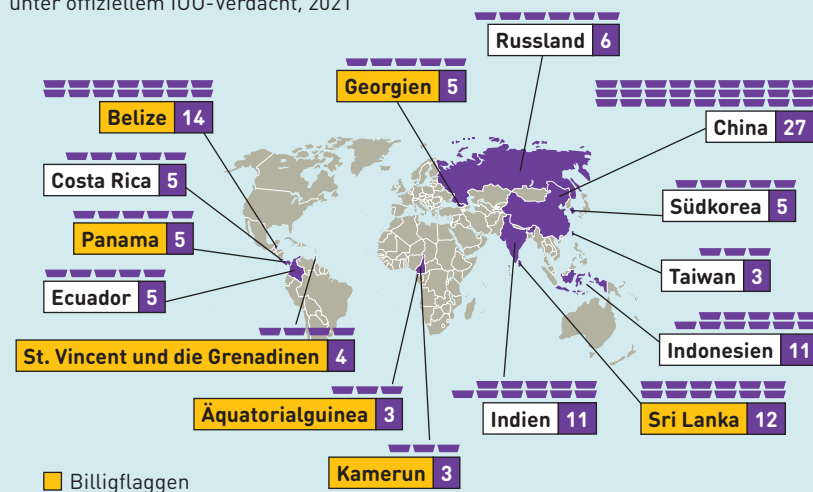
Die migrantischen Arbeitskräfte, die unter den extremen Bedingungen an Bord von Schiffen leiden, stammen in der Regel aus Kambodscha, Indonesien, den Philippinen und Myanmar. Sie berichten von überlangen Arbeitszeiten, mangelnder Arbeitssicherheit und erbärmlicher Unterbringung, von mangelnder Gesundheitsversorgung, ja sogar von Hunger und Durst, von psychischem, physischem und sexuellem Missbrauch. Teilweise werden sie eingesperrt. Manche haben beobachtet, wie Männer ermordet oder über Bord geworfen wurden. Die Betreiber der Schiffe täuschen, werden gewalttätig und verweigern Lohnzahlung und die Rückgabe von Ausweispapieren, um die Arbeitskräfte unter Kontrolle zu halten. Fliehen können diese nicht, denn sie müssen befürchten, ihren Lohn zu verlieren und abgeschoben zu werden.

Im Fischereisektor sind häufig Wanderarbeitende beschäftigt. Sie verschulden sich, um an den Job zu kommen. Dadurch sind sie besonders häufig von Schuld-

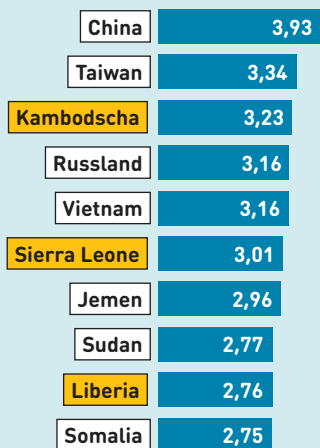
„IUU-Schiffe“ werden nachverfolgt, weil sie schwere ökologische Schäden verursachen. Sie stehen auch besonders unter dem Verdacht der Zwangsarbeit

„ILLEGAL, UNREGISTRIERT, UNDOКУMENTIERT“ – DIE IUU-FISCHEREI

Top 15 der Schiffsflaggen und Zahl der Fälle auf der internationalen Liste von 325 Schiffen unter offiziellem IUU-Verdacht, 2021

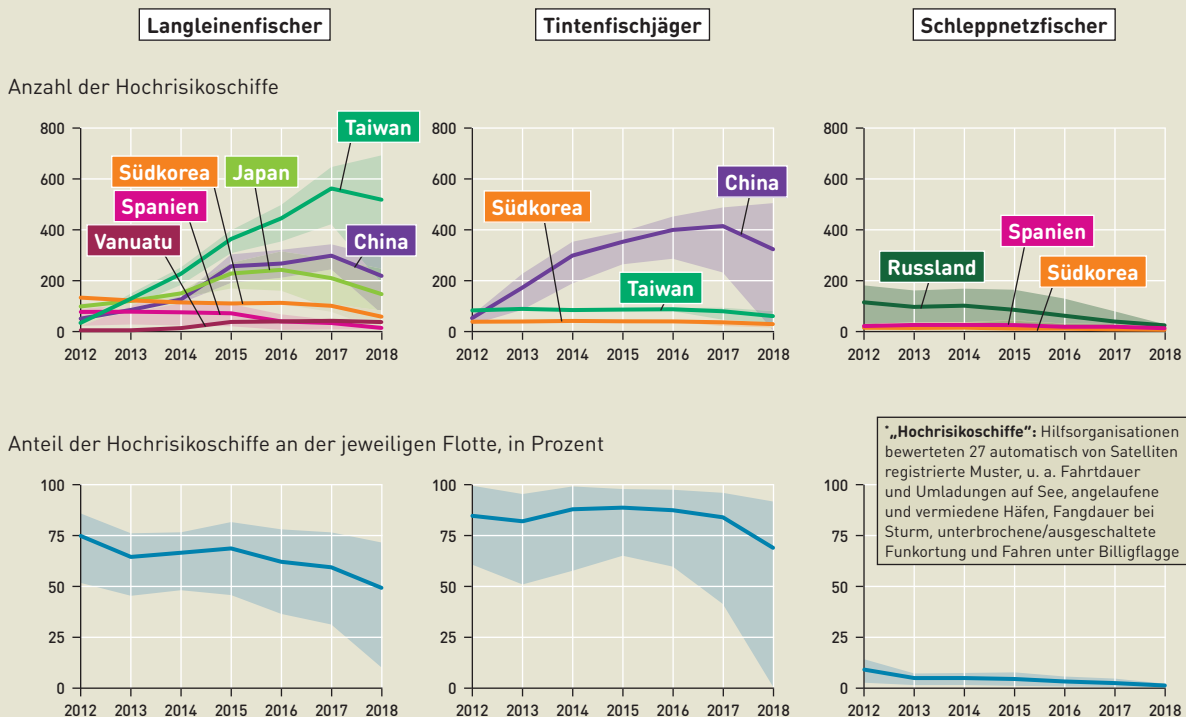


Die zehn schlechtest platzierten Länder im IUU Fishing Index aus 40 Faktoren, 2019



MIT SATELLITEN GEGEN ZWANGSARBEIT

Fischfangschiffe mit Bewegungsmustern, die auf moderne Sklaverei hinweisen („Hochrisikoschiffe“), aus weltweit 16.261 überwachten Schiffen der industrialisierten Fischerei



knechtschaft betroffen. Viele nehmen die Arbeit an Bord von Fischereifahrzeugen freiwillig an, einige werden getäuscht und mit angeblich besserer Bezahlung gelockt. Nicht selten gehen beträchtliche Summen vom Lohn ab, um die Kosten für Transport, allgemeine Lebenshaltung und Notfälle zu decken, sodass den Arbeitskräften nur geringe Einnahmen bleiben.

In vielen Ländern, darunter Litauen, Brunei, Indien, Taiwan, Singapur, Ghana, Guinea-Bissau und Norwegen, gelten die nationalen Arbeitsgesetze nicht für Wanderarbeitende. Sie genießen daher keinerlei rechtlichen Schutz. In Thailand beispielsweise ist es ihnen sogar gesetzlich verboten, eigene Gewerkschaften zu gründen. Dabei könnte eine starke gewerkschaftliche Vertretung dabei helfen, die Zwangsarbeit zu bekämpfen.

Viele Migrant*innen haben keine Papiere und können auch aus diesem Grund häufig nicht von den bestehenden Arbeitsgesetzen profitieren. Außerdem wissen sie wenig über ihre Rechte, schon alleine wegen mangelnder Sprachkenntnisse, und sie fürchten sich vor Abschiebung oder Strafverfolgung. So werden Vorfälle häufig nicht gemeldet und entsprechend strafrechtlich verfolgt.

Moderne Sklaverei betrifft viele Arbeitsbereiche. Die Arbeit im Fischereisektor aber findet vor allem an abgelegenen Orten statt. Überwachung und Rechtsdurchsetzung sind deswegen kostspielig und logistisch schwierig. Erschwerend kommt hinzu, dass eine Vielzahl von staatlichen Akteuren – Küsten-, Flaggen- und

Zwischen 57.000 und 100.000 Menschen könnten auf „Hochrisikoschiffen“ beschäftigt sein – überwiegend in Asien

Hafenstaaten sowie die Herkunftsländer der betroffenen Arbeitskräfte – involviert sind. Befinden sich die Schiffe auf hoher See, außerhalb der Gerichtsbarkeit eines Staates, ist noch weniger Aufsicht möglich. Weiter verschärft wurde das Problem durch die Corona-Pandemie: Schiffe konnten nicht anlegen, die Arbeitskräfte ihr Schiff nicht verlassen, Migrant*innen nicht nach Hause zurückkehren. Gleichzeitig waren weniger Inspektionen und damit Kontrollen möglich.

Zwei Praktiken erschweren es, die moderne Sklaverei zu erkennen: Zum einen werden Fang, Besatzung und Vorräte auf See umgeladen, sodass die Schiffe häufig Monate oder sogar Jahre unterwegs sind, ohne Häfen anlaufen zu müssen und inspiziert werden zu können. Zum anderen verwenden Schiffsbetreiber Billigflaggen und lassen ihre Schiffe einfach in einem Staat mit weniger strengen arbeitsrechtlichen Vorschriften als denen ihres eigenen Landes registrieren.

Das Bewusstsein aber für die mit diesen Praktiken verbundenen Risiken wächst. Die Fischereinationen geraten zunehmend unter internationalen Druck. Und einige Regierungen haben nun Maßnahmen ergriffen, um Umladungen und Billigflaggen zu verbieten oder zumindest besser zu regulieren. —

SCHULDKNECHTE AM ZIEGELOFEN

Die moderne Sklaverei ist im Baugewerbe auf der ganzen Welt weitverbreitet. In Kambodscha findet ein wahrer Boom auf dem Rücken der in Ziegelbrennereien ausgebeuteten Menschen statt. Viele sind infolge von Mikrokreditprogrammen in Schuldknechtschaft geraten.

Die moderne Sklaverei auf den Baustellen für Mega-Sportereignisse ist in den Fokus der Öffentlichkeit gerückt. Sie sorgt dafür, dass eine Bauindustrie überhaupt funktionieren kann, und ist ein integraler Bestandteil dieser Branche geworden. Schuldknechtschaft, die weltweit am häufigsten anzutreffende Form der modernen Sklaverei, ist auch in den Ziegelbrennereien Asiens weitverbreitet. Allein in Kambodscha arbeiten 10.000 Männer, Frauen und Kinder in rund 450 Betrieben, um die Nachfrage für den aktuellen Bauboom zu decken. Das Baugewerbe ist nach dem Bekleidungssektor der zweitwichtigste Wachstumsmotor des Landes.

Wie die Mehrheit in der Industrie sind auch die Arbeitskräfte in den Ziegeleien hauptsächlich Binnenmigrant*innen. In erster Linie stammen sie aus überschuldeten kleinbäuerlichen Familien, oder es sind Arbeiter*innen aus den ländlichen Gebieten. Wegen der durch den Klimawandel häufiger gewordenen Überschwemmungen und Dürren, aber auch zur Unterstützung bei der medizinischen Versorgung sind Mikrokredite dort inzwischen üblich. Verlangt werden meist hohe Zinsen und die Darlehensbeträge steigen, was die Mikrofinanzinstitute zu einer immer laxer-

ren Kreditvergabe veranlasst. Die kleinbäuerlichen Familien müssen erhebliche Zinszahlungen unabhängig davon leisten, ob ihre Ernten erfolgreich waren oder nicht.

Bei Missernten oder bei Krankheiten haben manche irgendwann keine andere Wahl, als Kredite von Ziegeleien anzunehmen, um die Mikrokredite zurückzuzahlen. In der Folge sind sie und oft auch ihre gesamten Familien gezwungen, sich zu sehr niedrigen Löhnen in den Ziegelbrennereien zu verdingen, um ihre Schuldverpflichtungen gegenüber dem Ziegelfabrikanten über Jahre und sogar Generationen hinweg abzarbeiten. Selbst Zwölfjährige müssen schon bei der Ziegelherstellung mitarbeiten. Die Arbeitskräfte dürfen das Fabrikgelände in der Regel nicht verlassen. Wer versucht zu fliehen, wird meistens verhaftet und zurück zur Fabrik gebracht. Diese Schuldknechtschaft stellt einen klaren Verstoß gegen nationale Gesetze wie auch gegen internationale Menschenrechtsabkommen dar, die Kambodscha unterzeichnet hat.

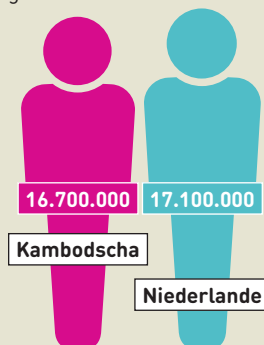
Die Arbeitsprozesse sind gefährlich und kräftezehrend. Erwachsene wie Kinder müssen große Klumpen nassen Tons mit Hacken aufbrechen, Schmutz und Steine entfernen und in die rotierenden Metallformen der Maschinen pressen, mit denen die Ziegel geformt werden. Diese müssen anschließend zum Trocknen gestapelt und die bereits getrockneten in die Öfen geschleppt werden. Nach dem Brennen werden die Ziegel zum Abkühlen wie-

Vor allem Textilfirmen aus Thailand und Vietnam investieren in Kambodscha. Hier sind die Löhne noch niedriger als im eigenen Land

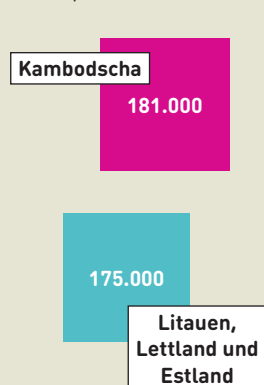
VERLÄNGERTE WERKBANK FÜR DIE NACHBARN

Eckdaten Kambodschas im internationalen Vergleich

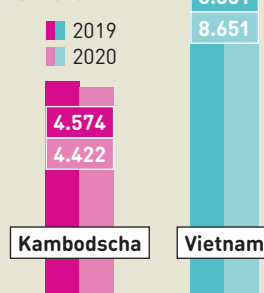
Bevölkerung 2020, geschätzt



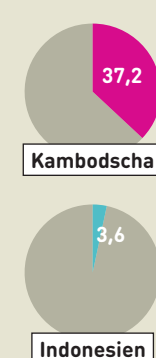
Fläche, in km²



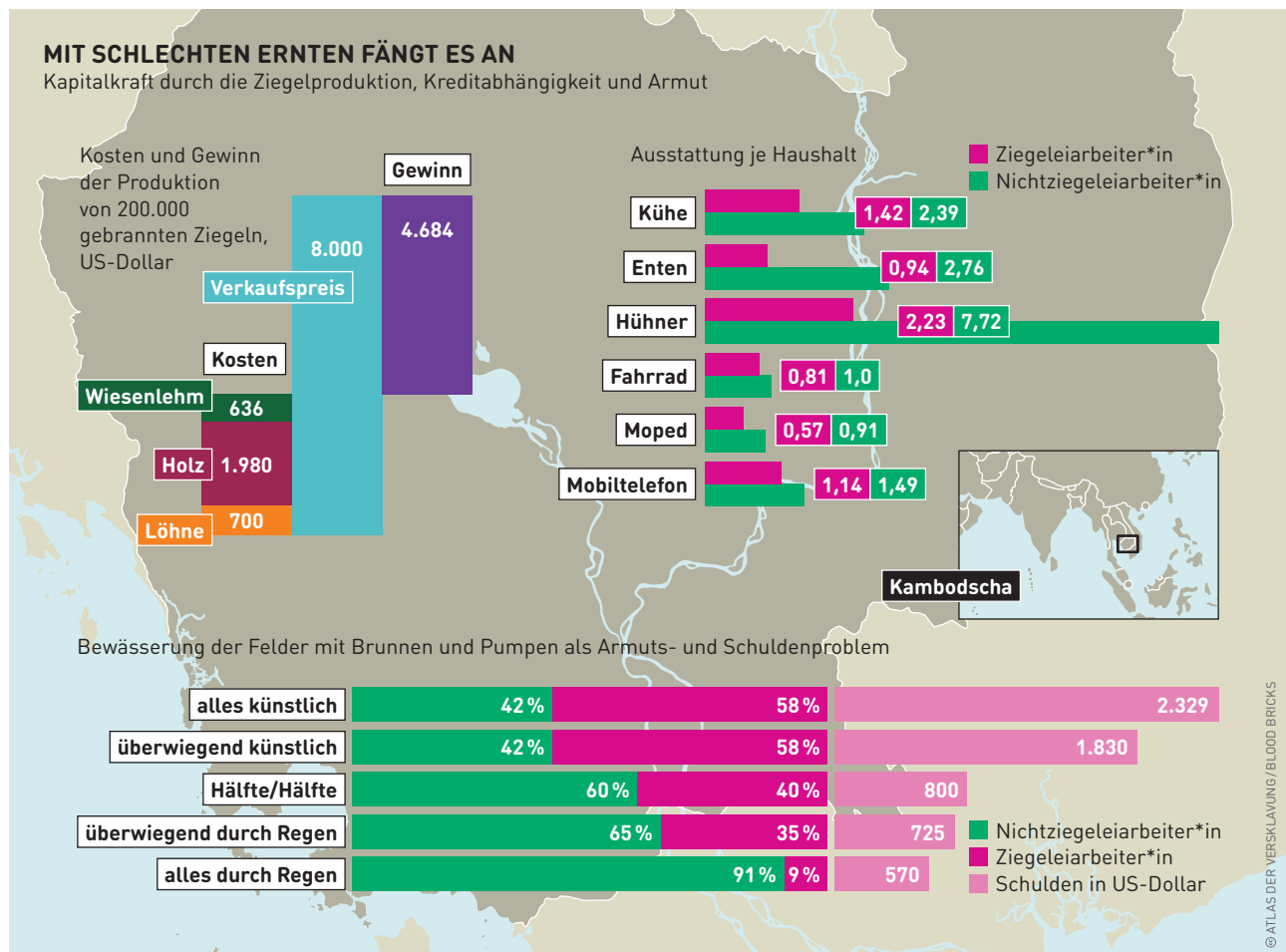
Wirtschaftsleistung pro Kopf nach Kaufkraft, vor und in der Pandemie, in US-Dollar



Prozent der Bevölkerung in mehrdimensionaler Armut



© ATLAS DER VERSKLAVUNG / UN, WELTBANK, UNDP



der herausgetragen und mit Schubkarren zu den Lastwagen der Händler gebracht, die sie zu den Baustellen in Phnom Penh und anderswo transportieren.

Die Brennöfen werden üblicherweise mit Holz befeuert, das im Norden des Landes oft illegal geschlagen wird. Um nicht entdeckt zu werden, laden die Arbeitskräfte die Stämme nachts ab. Auch Textilabfälle aus Kambodschas wichtigster Exportindustrie, die die europäischen Fast-Fashion-Handelsketten beliefert, werden in den Öfen verbrannt.

Die Arbeiter*innen, die das Feuer schüren, haben keine Masken und müssen sich mit einem Tuch über Mund und Augen begnügen. Die Bekleidungsabfälle enthalten oft giftige Chemikalien wie Chlorbleiche, Formaldehyd und Ammoniak, in den Textilfarben sind auch Schwermetalle, PVC und Harze enthalten. Die oft wochenlangen Verbrennungsprozesse greifen die Atemwege und allgemein die Gesundheit aller an, die auf dem Fabrikgelände leben und arbeiten. Auch sonst leiden die Arbeitskräfte unter allen denkbaren Verletzungen und chronischen Gesundheitsproblemen. Diese Arbeitsbedingungen, das Leben in kleinen Wellblechhütten nur wenige Meter von den Brennöfen entfernt, unsichere Maschinen, extreme Temperaturen, Ziegelstaub, der giftige Rauch und Überarbeitung tragen gemeinsam zu den gesundheitlichen Problemen bei.

Anderswo bedeutet künstliche Bewässerung hohe Wertschöpfung. In Kambodscha ist es oft ein Zeichen für schlechtes Land

In der Trockenzeit können manche der Arbeitskräfte auf diese Weise trotz niedriger Löhne und schlechter Bedingungen immerhin ein bisschen Geld verdienen. In der Regenzeit herrschen jedoch andere Bedingungen: Da die wenigstens Ziegeleien überdacht sind, müssen die Arbeiter*innen die zum Trocknen ausgelegten Ziegel abdecken, damit ihre Qualität nicht beeinträchtigt wird. Starke Regenfälle können dennoch die Produktion vorübergehend zum Stillstand bringen. Da es den Arbeitenden nicht erlaubt ist, das Gelände zu verlassen, um anderswo Geld zu verdienen, müssen sie sich vom Ziegeleibesitzer manchmal weiteres Geld leihen, um während dieser Zeit ihre täglichen Ausgaben zu bestreiten.

Alternativen zur Arbeit in den Ziegeleien gibt es kaum, Arbeitslosigkeit und Armut prägen die ländlichen Gebiete Kambodschas. Gleichwohl ist unter den verschiedenen Möglichkeiten, die Migrant*innen sowohl innerhalb als auch außerhalb der Landesgrenzen haben, die Arbeit in den Ziegeleien besonders unbeliebt und gefürchtet. Sie wird schlecht bezahlt, treibt Arbeitskräfte in die Verschuldung und ist nur unter schwierigen und gefährlichen Bedingungen zu leisten. —

DER STAAT ZWINGT ZUR ARBEIT

Nordkorea entsendet Arbeitskräfte in zahlreiche Länder. Die Praktiken entsprechen dabei in vielerlei Hinsicht einem staatlich organisierten Menschenhandel. Das System verbindet hohe Einnahmen für den nordkoreanischen Staat mit maximaler Kostenersparnis für die Arbeitgeber.

Die Zahl der nordkoreanischen Arbeitskräfte im Ausland hat in den vergangenen Jahrzehnten stark zugenommen, Schätzungen reichen von 50.000 bis 200.000 Personen. Die im Dezember 2019 in Kraft getretenen UN-Sanktionen beendeten diese Praxis zwar formell, doch setzten Länder wie China, Russland oder die Golfstaaten die Sanktionen nicht oder nur teilweise um. Nordkoreanische Vertragsarbeitskräfte werden oft in Länder geschickt, die traditionell enge Beziehungen zum nordkoreanischen Staat unterhalten, wie China oder Polen. Insgesamt haben sie jedoch schon in mehr als 40 Ländern gearbeitet oder tun es noch, am häufigsten in China, Russland, einigen afrikanischen und nahöstlichen Staaten, in der Mongolei und der EU.

Ein entscheidendes Element ist dabei, dass die Arbeitsaufenthalte von Anfang bis Ende – also ab Auswahl, gegebenenfalls Ausbildung und Entsendung bis zur Beschäftigung und Rückführung – staatlich kontrolliert werden. Das Vorgehen ähnelt einem staatlich organisierten Menschenhandel. Auch wenn die Arbeitskräfte oft freiwillig ins Ausland gehen, so basiert ihre Entscheidung doch im Allgemeinen auf betrügerischen Informationen

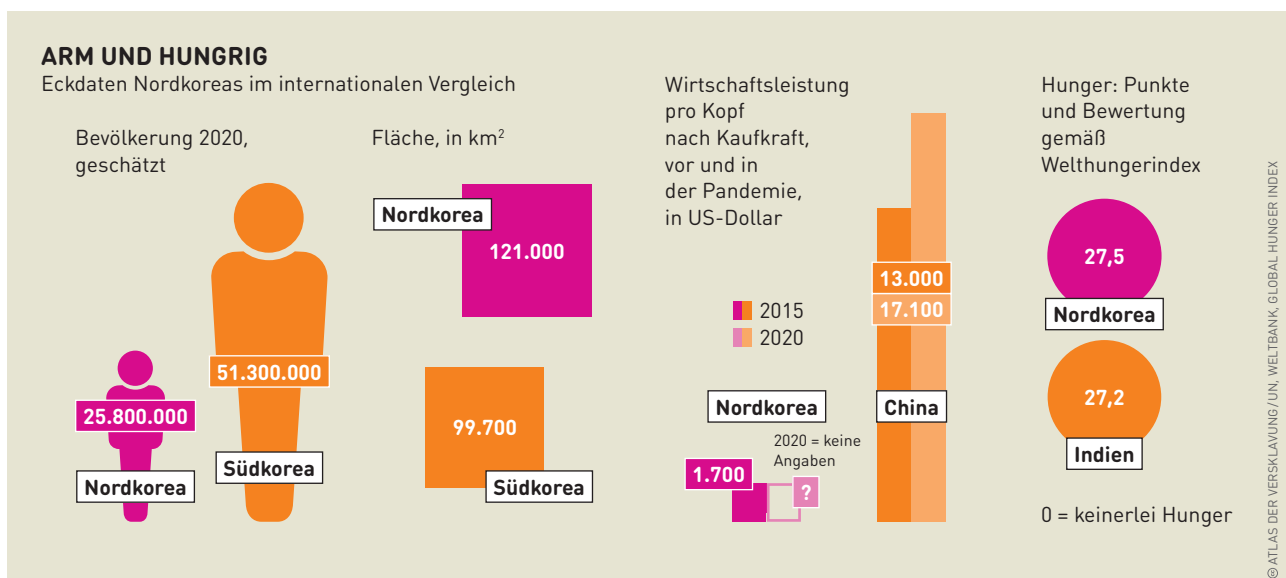
darüber, was von ihnen erwartet wird, wie viel sie verdienen oder welche Rechte sie im Gastland haben.

Im Gastland angekommen, können sie keinerlei Anforderungen zurückweisen. Ungehorsam oder gar Fluchtversuche führen zur Bestrafung vor Ort und später zu Hause, wo auch ihre Familien in Gefahr sind. Die Pässe werden bei der Ankunft eingezogen und häufig in der nordkoreanischen Botschaft aufbewahrt. Die Arbeitskräfte haben weder einen individuellen Arbeitsvertrag noch ein Bankkonto, obwohl beides etwa in der EU gesetzlich vorgeschrieben ist.

Auch wenn sich die Bedingungen im Einzelnen unterscheiden, so folgen doch alle Arbeitseinsätze, ob in Berlin, Dandong oder Dakar, dem gleichen Muster. Der Hauptgrund für die Beschäftigung von nordkoreanischen Arbeitskräften ist, dass sie weit unter den im jeweiligen Land üblichen Löhnen arbeiten. In Polen etwa wird dies von Schiffswerften ausgenutzt, die Schweißer aus der Demokratischen Volksrepublik einstellen.

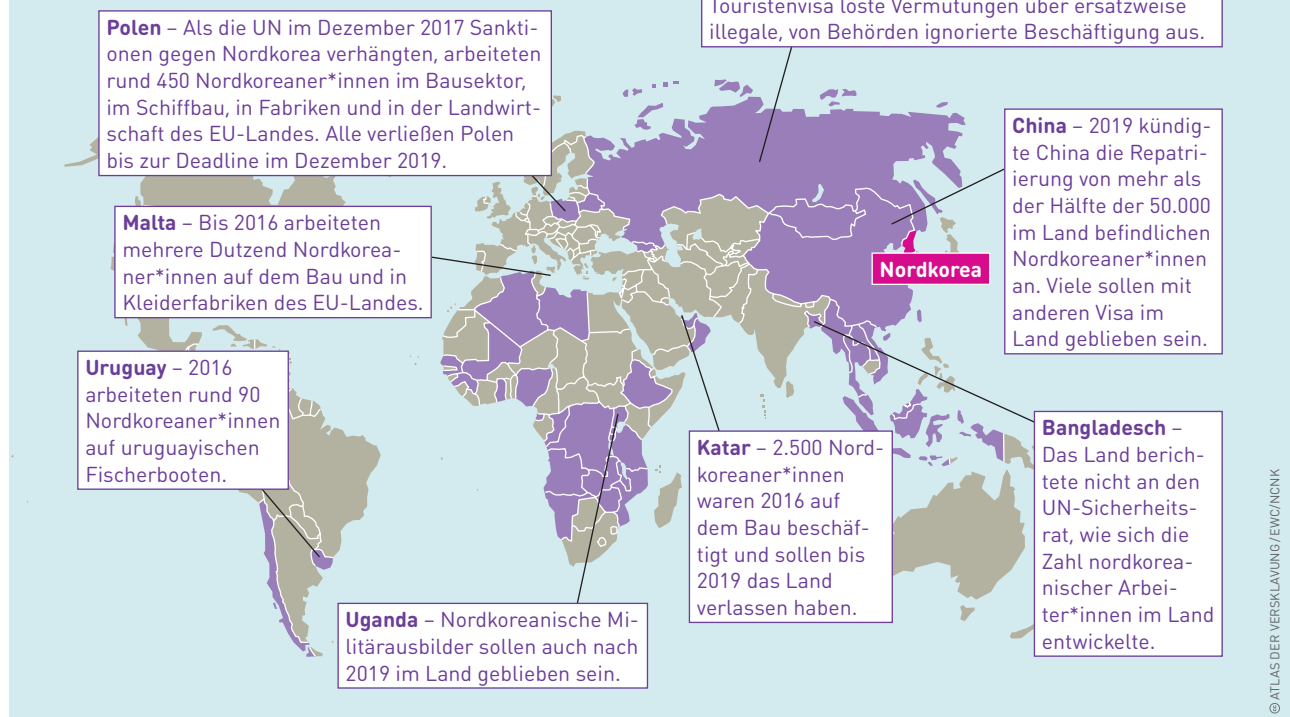
Der mit einer nordkoreanischen Vermittlungsagentur vereinbarte Lohn entspricht nie der Summe, die den Arbeitskräften ausgezahlt wird. Bis zu 90 Prozent der Löhne werden einbehalten – oder sogar 100 Prozent wie in Kuwait. 2016 führte das zu so viel Unruhe unter den nordkoreanischen Arbeitskräften, dass sie eiligst nach Hause zurückgeschickt wurden. Zum größten Teil gehen die

UN-Sanktionen isolieren das ohnehin verschlossene Nordkorea immer stärker. Die wirtschaftliche Lage kann nicht mehr eingeschätzt werden



RECHTELOSE WERDEN GERN GENOMMEN

Länder mit Arbeitskräften aus Nordkorea, 2005–2020, Auswahl



einbehaltenen Summen direkt an den nordkoreanischen Staat, teils aber auch widerrechtlich an die Verantwortlichen vor Ort. Interviews mit ehemaligen nordkoreanischen Arbeitskräften belegen ihre prekären Lebensbedingungen im Gastland. Die meisten konnten auch keinerlei Ersparnisse für ihre Rückkehr zurücklegen.

Ein weiterer Grund, warum nordkoreanische Arbeitskräfte für Arbeitgeber attraktiv sind, sind ihre extrem langen Arbeitszeiten. Zwölf-Stunden-Arbeitstage sind normal und werden oft auf 15 bis 16 Stunden verlängert. Überstunden werden nicht gesondert vergütet. Der Wunsch nach Kostenersparnis zeigt sich auch bei den Werkzeugen, der Schutzkleidung und den sonstigen Arbeitsbedingungen. Beispielsweise hatten die beim Bau der Gazprom-Arena in St. Petersburg eingesetzten nordkoreanischen Arbeitskräfte weder Sicherheitsschuhe noch Schutzhelme.

In Nordkorea hat sich mittlerweile herumgesprochen, dass die Arbeit im Ausland die Rückkehr in einem Sarg bedeuten kann. Nach dem Bericht einer UN-Untersuchungskommission über Menschenrechtsverletzungen in der Volkrepublik verbesserte sich die Situation ab 2014 etwas. Doch auch danach stand in den polnischen Werften keine geeignete Sicherheitsausrüstung zur Verfügung. Ein nordkoreanischer Arbeiter kam dort durch schwere Verbrennungen ums Leben.

Die Beschäftigung von nordkoreanischen Arbeitskräften wird typischerweise über Subunternehmen abgewickelt, häufig Joint Ventures zwischen staatlichen Vertretern der Volksrepublik und lokalen Geschäftsleuten.

*Auf dem Bau und in der Landwirtschaft, aber auch im IT-Sektor und in Krankenhäusern waren oder sind Nordkoreaner*innen beschäftigt*

Niedriglöhne, maximale Einsparungen bei Unterkunft, Verpflegung und Arbeitssicherheit sowie die Ausbeutung der Arbeitskräfte durch überlange Arbeitszeiten sind der Kern dieses Systems, das hohe Einnahmen für den nordkoreanischen Staat mit möglichst geringen Kosten für den Arbeitgeber im Gastland kombiniert. Trotz kleinerer Unterschiede zwischen den einzelnen Einsatzorten sind diese Kernelemente überall vorhanden. Ohne sie würden die Arbeitskräfte im Ausland an Attraktivität verlieren. Denn in den meisten Fällen sind sie nicht wegen ihres Fachwissens begehrt – mit wenigen Ausnahmen wie bei der Errichtung großer Bronzedenkmäler –, sondern weil sie viel billiger sind als andere Arbeitskräfte und keine Arbeit ablehnen können.

Die entscheidende Rolle bei diesen Praktiken spielt der nordkoreanische Staat. Zwar werden die Arbeitseinsätze von verschiedenen Stellen, insbesondere Unternehmen, Ministerien oder Militäreinrichtungen, organisiert und überwacht, die Anweisung zur Entsendung von Arbeitskräften geht jedoch von der Regierung aus, ebenso wie die administrativen Vorbereitungen und die Kontakte zu den Gastländern. Die Regierung wählt auch die zu entsendenden Arbeitskräfte aus, legt die Vertragsbedingungen fest – und streicht schließlich die so erwirtschafteten Gelder ein. —

KINDEREHEN IM PATRIARCHAT

Afghaninnen, die – häufig schon als Kinder – in die Ehe gezwungen werden, leben meist in völliger Abhängigkeit von der Familie ihres Mannes. Zwangs- und Kinderehen machen bis zu 80 Prozent aller Eheschließungen aus. Hilfe für die Betroffenen gibt es kaum.

Im Jahr 1980 unterzeichnete Afghanistan das Übereinkommen der Vereinten Nationen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau. Demnach haben Männer und Frauen das gleiche Recht, eine Ehe einzugehen und den Ehepartner oder die Ehepartnerin frei zu wählen (Artikel 16). 2003 ratifizierte die Regierung in Kabul die Frauenrechtskonvention. Seitdem sind noch einmal rund zwei Jahrzehnte vergangen, und trotz ständiger Bemühungen von Nichtregierungsorganisationen und anderen Akteuren kommt es in Afghanistan nach wie vor zu Zwangsehen. Kulturelle Gründe werden oft als Erklärung angeführt, doch bei näherer Betrachtung wird deutlich, dass das Problem komplexer ist.

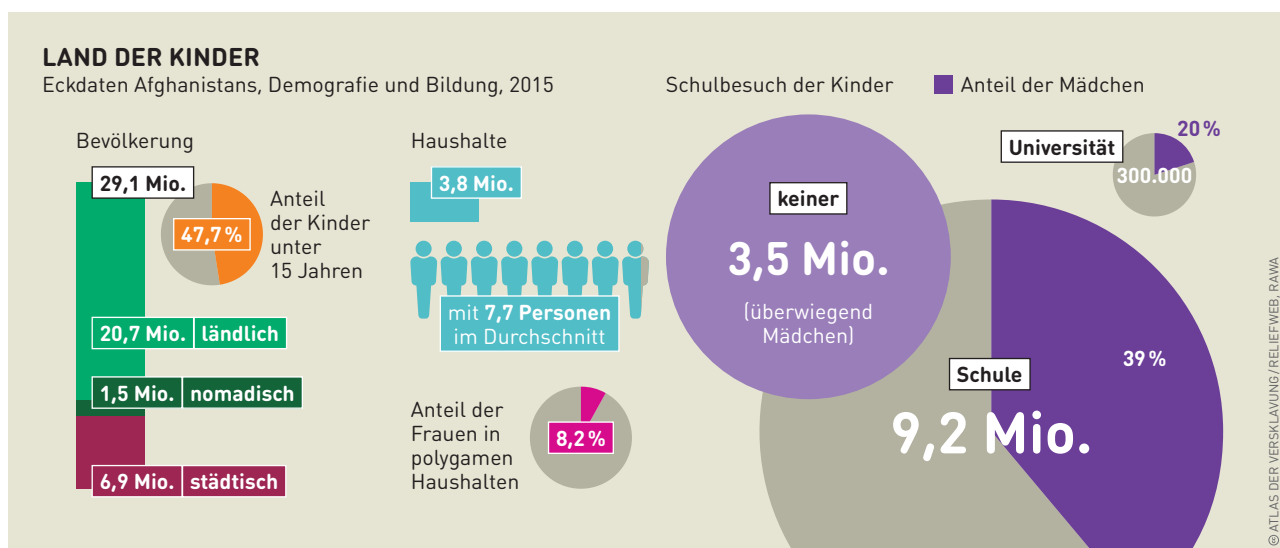
Als Zwangsehe gilt jede Ehe, zu der eine oder beide Parteien nicht ihre volle und freie Zustimmung gegeben haben. Schätzungen gehen davon aus, dass der Anteil der Kinder- und Zwangsehen in Afghanistan bei 60 bis 80 Prozent liegt. Nach internationalem Recht können Kinder einer Heirat nicht zustimmen, sodass eine Kinderehe per Definition auch eine Zwangsehe ist. Einer Erhebung des nationalen Statistikamts über die Lebensbedingungen in Afghanistan in den Jahren 2016 bis 2017 zufolge waren 4,2 Prozent der 20- bis 24-Jährigen vor dem 16. Lebensjahr und 28,3 Prozent vor dem 18. Geburtstag verheiratet

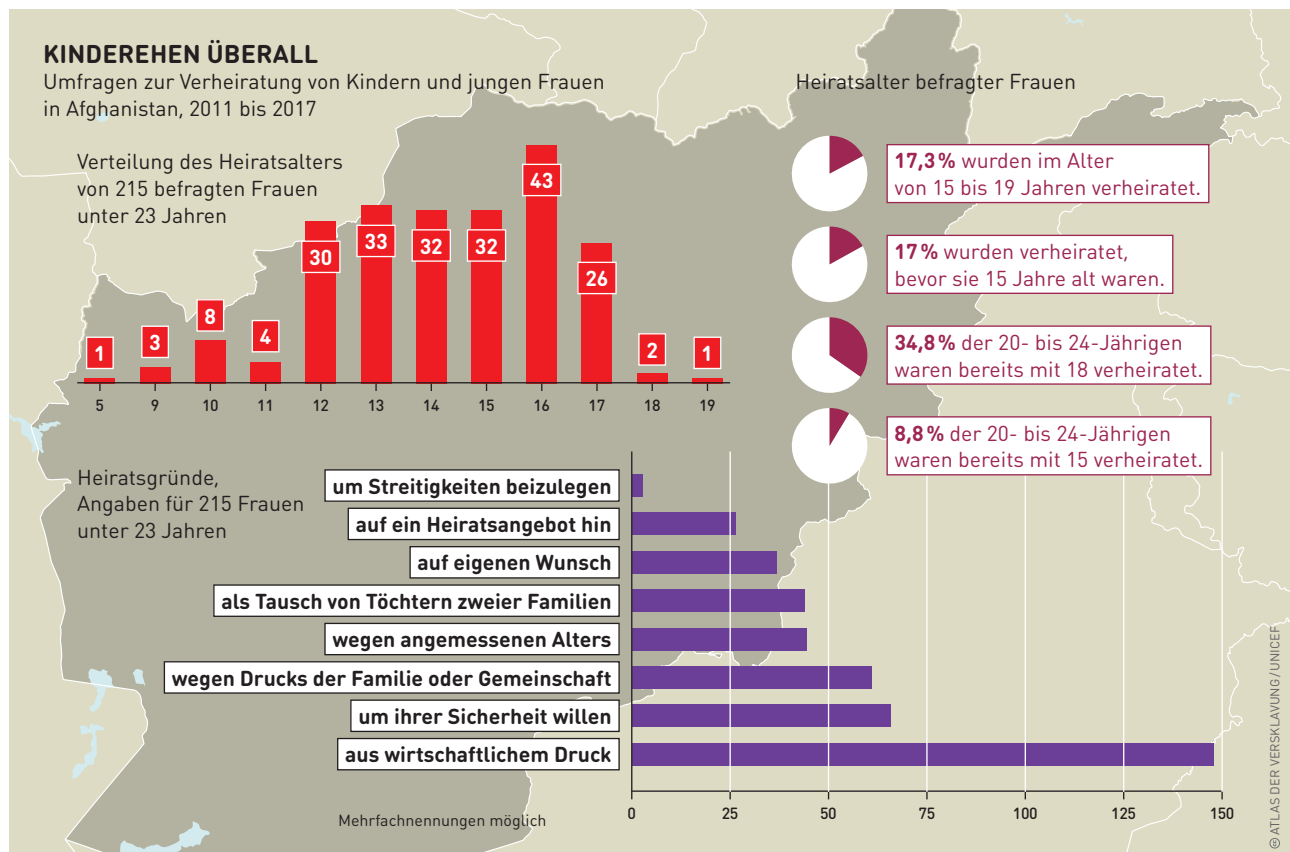
worden. Im Vergleich zu älteren Jahrgängen gingen die Zahlen zwar zurück, doch immer noch ist der Anteil der Kinder- und Zwangsehen sehr hoch.

Dass sie noch so verbreitet sind – dazu tragen mehrere traditionelle Praktiken bei, insbesondere die Heirat zur Schuldentilgung und zur Konfliktlösung (*bad*) sowie der Brauttausch zur Vermeidung der Brautgabe (*badal*). Selbst wenn die Beteiligten formal einwilligen, können die finanziellen oder sozialen Begleitumstände doch einer Nötigung gleichkommen. Bei einer *Bad*-Ehe wird beispielsweise eine Tochter in eine andere Familie verheiratet, nachdem ein Verwandter von ihr ein schweres Verbrechen gegen die Familie des künftigen Ehemanns begangen hat. Sie hat in dieser Angelegenheit kaum eine Wahl. Darüber hinaus gerät sie in eine Situation, in der sie für das begangene Verbrechen verantwortlich gemacht werden kann und der Gnade ihrer Schwiegereltern völlig ausgeliefert ist.

Solche Ehen sind eine der Folgen einer patriarchalischen Gesellschaft. In einer Umfrage des UN-Kinderhilfswerks Unicef gaben fast 80 Prozent der befragten Frauen, die vor ihrem 18. Geburtstag verheiratet wurden, ihren Vater als den Hauptverantwortlichen an. Aber auch hier ist die Lage komplexer. Dieselbe Studie ergab, dass männliche Verwandte oft auch die größten Gegner von Kinderehen sind. Die Entscheidung für eine Kinderheirat ist zudem nicht unbedingt von einem Patriarchen abhän-

Rund die Hälfte der Bevölkerung Afghanistans sind Kinder, meist in großen Haushalten lebend und mit schlechtem Zugang zu Bildung





gig, sondern kann auch die Meinung anderer Familienmitglieder und mitunter sogar die der betroffenen Kinder berücksichtigen.

Die von den befragten Familien aufgeführten Gründe für eine Zwangsheirat reichen von traditionellen sozialen und kulturellen Normen bis hin zu finanziellen und Sicherheitsfragen, speziell bei Kinderehen. Sie sind vor allem in ländlichen und ärmeren Haushalten verbreitet, doch korreliert die Häufigkeit nicht direkt mit der Höhe des Einkommens und der Verschuldung. Wirtschaftliche Gründe können also nicht als alleinige Erklärung herhalten. Die Geschichten Betroffener zeigen, welch hohe Bedeutung externer Druck hat. Dazu gehören Machtmissbrauch, die Androhung, die Adresse der Familie an bewaffnete Gruppen weiterzugeben, oder auch Drohungen der potenziellen Schwiegereltern.

Da das Land schon vor der Machtübernahme der Taliban über kein starkes Justizsystem verfügte, das auf Fälle von Zwangsehen reagieren könnte, finden viele Frauen kaum Unterstützung, insbesondere wenn ihre Familien die Heirat unbedingt wollten. Das gesetzliche Heiratsalter für Frauen liegt in Afghanistan bei 16 Jahren, was manche Kinderehe legalisiert. Die Gesetze über Ehebruch (*zina*) wurden sogar zur strafrechtlichen Verfolgung mancher Frauen eingesetzt, die vor Zwangsehen geflohen sind, vor allem in Fällen, bei denen es um sexuelle Ausbeutung ging. Laut dem afghanischen Strafgesetzbuch von 1976 ist Bad sehr wohl strafbar. Doch an der Umsetzung der bestehenden Gesetze über Zwangsehen hapert es.

Heiratsregister werden in Afghanistan kaum geführt. Umfragen bei den Betroffenen bringen genauere statistische Ergebnisse

Das Gesetz zur Beseitigung von Gewalt gegen Frauen von 2009 erklärt Kinder- und Zwangsehen für illegal, eine begrüßenswerte Entwicklung. Umstritten und nur per Präsidialdekret verabschiedet, ist es seither weder vollständig ins Gesetzbuch übernommen worden noch wird es in die Praxis umgesetzt. Ein UN-Report über Gewaltverbrechen gegen Frauen und Mädchen im Zeitraum 2018 bis 2020 ergab, dass nur die Hälfte der gemeldeten Fälle vor Gericht landete. Das afghanische Rechtssystembürdet den betroffenen Frauen eine erhebliche Verantwortung bei der Beweisführung auf, was bedeutet, dass die meisten Fälle wahrscheinlich nicht angezeigt werden.

In den vergangenen 20 Jahren gab es langsame, aber stetige Fortschritte bei der Bekämpfung der Zwangsehen. Aber die aktuelle Situation gibt wenig Anlass zu Hoffnung. Schon die Auswirkungen der Corona-Pandemie ließen aufgrund der Tradition von Zwangsheiraten eine Verschlechterung der Situation befürchten – Unicef und andere Organisationen haben auf die Gefahr hingewiesen, dass Kinderehen weltweit zunehmen, weil die Krise die finanzielle Lage der Familien verschlechtert. Der Zugang von Frauen und Mädchen zu Bildung und Beschäftigung ist bereits stark eingeschränkt. Außerdem kommt es glaubwürdigen Berichten zufolge in einigen Landesteilen bereits zu erzwungene Heiraten mit Taliban-Kämpfern. —

MIT DEM RÜCKEN ZUR WAND

Hausangestellte im Libanon genießen nicht den Schutz des Arbeitsgesetzes. Das traditionelle Kafala-System schafft stattdessen Bedingungen, die teilweise einer modernen Sklaverei gleichkommen.

Im Libanon arbeiten nach Schätzung des Arbeitsministeriums 250.000 ausländische Hausangestellte. Die meisten von ihnen sind Frauen aus afrikanischen und asiatischen Ländern. Trotz dieser gemessen an der Bevölkerungsgröße hohen Zahl schließt das libanesische Arbeitsgesetz nach Artikel 7 Hausangestellte ausdrücklich von seiner Zuständigkeit aus und verweigert ihnen damit jeglichen Schutz, auf den andere Arbeitnehmer*innen Anspruch haben, darunter Mindestlohn, eine Begrenzung der Arbeitszeit, einen wöchentlichen Ruhetag, Überstundenvergütung und Vereinigungsfreiheit.

Stattdessen wird ihr Status im Libanon durch das System der Kafala (Bürgschaft) geregelt, ein restriktives Immigrationsregime mit eigenen Gesetzen, Vorschriften und traditionellen Praktiken. Es bindet die Aufenthaltsberechtigung an den Arbeitgeber, den „Bürgen“. Ohne dessen Zustimmung dürfen die Hausangestellten ihren Arbeitsplatz nicht verlassen oder wechseln. Wer es dennoch wagt, riskiert den Verlust des Aufenthaltsrechts und muss mit Inhaftierung und Abschiebung rechnen.

Die strikte Kontrolle über das Leben der Arbeitnehmer und vor allem Arbeitnehmerinnen durch das Kafala-System hat zu zahlreichen Fällen von Menschenhandel, Zwangsarbeit, Ausbeutung und Missbrauch geführt.

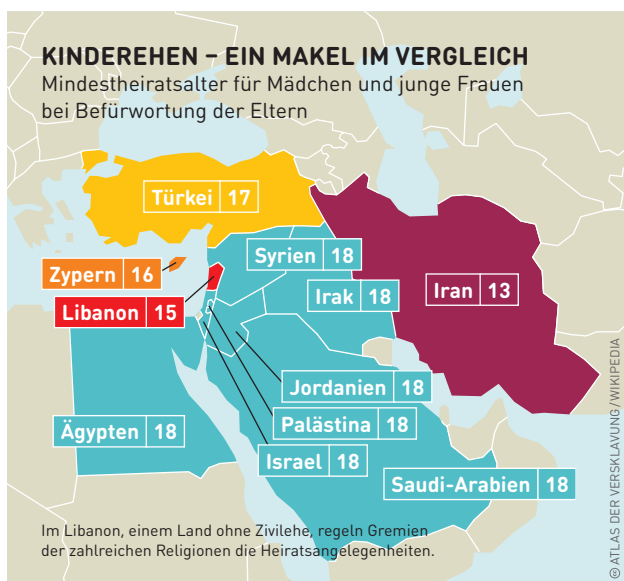
Human Rights Watch und lokale Organisationen dokumentieren regelmäßig, dass Löhne nicht gezahlt, die Angestellten eingesperrt und Ausweispapiere einbehalten werden. Außerdem berichten sie von überlangen Arbeitszeiten sowie verbalem, körperlichem und sexuellem Missbrauch. In der anhaltenden Wirtschaftskrise im Libanon und insbesondere während der Corona-Pandemie haben die Übergriffe auf ausländische Hausangestellte zugenommen. Die Internationale Arbeitsorganisation warnt, dass diese Menschen im Libanon heute Bedingungen ausgesetzt sind, die „das Risiko, in Zwangs- oder Schuldknechtschaft zu geraten, stark erhöhen“.

Da während der Pandemie ganze Familien zu Hause sind und die Kinder nicht zur Schule gehen, müssen die Hausangestellten länger arbeiten, oft auch an den Ruhetagen. Eine solche Überlastung hat schon viele von ihnen in die völlige Erschöpfung, Krankheit, Depression und manche in den Suizid getrieben. Laut einer Studie von Human Rights Watch aus dem Jahr 2008 stirbt jede Woche eine Hausangestellte eines unnatürlichen Todes, wobei Suizid und Fluchtversuche die häufigsten Todesursachen sind. Bis heute berichten Medien immer wieder über solche Todesfälle.

Als die Landeswährung an Wert verlor und die Inflation zunahm, wälzten viele Arbeitgeber zudem die Last der Krise auf ihre Beschäftigten ab und kürzten deren Löhne – sofern sie sie überhaupt bezahlten. Hunderte von Angestellten wurden von ihren Arbeitgebern vor den Konsulaten oder Botschaften abgeladen, oft ohne Geld, Pässe und Habseligkeiten und ohne Rückflugtickets in ihre Heimatländer. In einem Fall hat ein Arbeitgeber eine nigerianische Hausangestellte auf einer Facebook-Seite für Second-Hand-Angebote von Möbeln oder Kleidung „zum Verkauf“ offeriert. Medienberichten zufolge wurde der Arbeitgeber nach Protesten der nigerianischen Behörden immerhin wegen Menschenhandels verhaftet.

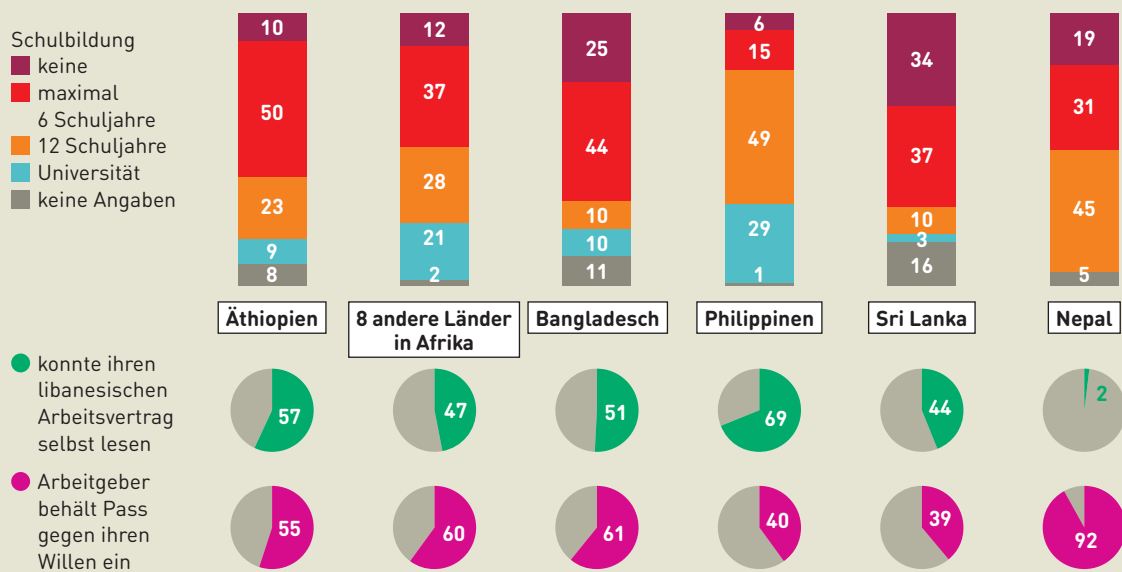
Die libanesische Justiz bietet weder den Hausangestellten Schutz noch zieht sie Arbeitgeber zur Rechenschaft, wenn sie deren Grundrechte verletzen. Es fehlen zugängliche Beschwerdeverfahren, die Visapolitik ist restriktiv. All das hält viele Hausangestellte von Klagen gegen ihre Arbeitgeber ab. Selbst wenn sie Anzeige erstatten, behandeln Polizei und Justiz bestimmte Misshandlungen von Hausangestellten nicht als Straftaten.

Nicht nur die Ausbeutung von Hausmädchen, auch Kinderehen sind Menschenrechtsverstöße, bei denen die libanesische Regierung untätig bleibt



LEICHTES SPIEL MIT ABHÄNGIGEN FRAUEN

Ergebnisse einer Befragung von 1.541 Hausangestellten in Beirut und im Libanongebirge, nach Nationalität, 2014*



* Ansprache erfolgte in Abwesenheit ihrer Arbeitgeber an Treffpunkten wie Kirchen, Märkten und Geldtransferbüros

© ATLAS DER VERSKLAVUNG/ILO

Durch die Wirtschaftskrise verringert sich die Zahl der Haushalte, die sich ausländische Arbeitskräfte leisten können. Doch Anwerbeagenturen bringen immer noch Frauen aus Ländern wie Sri Lanka und Kamerun in den Libanon, ohne sie über die tatsächliche Situation im Land zu informieren. Da die Angestellten ihre Stellen nicht verlassen und nach Hause zurückkehren können, laufen sie umso mehr Gefahr, in Zwangsarbeit zu geraten.

Trotz jahrelanger Kampagnen von Menschenrechtsgruppen und Organisationen von Hausangestellten, die das Kafala-System abschaffen wollen, halten die libanesischen Behörden bis heute daran fest. Für viele Beteiligte ist es ein lukratives Geschäft, mit dem jährlich mehr als 100 Millionen US-Dollar verdient werden. Allein die Personalvermittlungsagenturen, von denen viele beschuldigt werden, dem Missbrauch von Arbeitskräften, der Zwangsarbeit und dem Menschenhandel Vorschub zu leisten, erwirtschaften einer Untersuchung zufolge jährlich 57,5 Millionen US-Dollar.

Es waren dann auch diese Agenturen, die erfolgreich die Einführung eines Standardvertrags per Gesetz für ausländische Hausangestellte blockierten, der wichtige Schutzklauseln gegen Zwangsarbeit enthalten sollte. Das oberste Verwaltungsgericht des Libanon verzichtete darauf, diesen Standardarbeitsvertrag in Hinblick auf die völkerrechtlichen Verpflichtungen des Landes zu

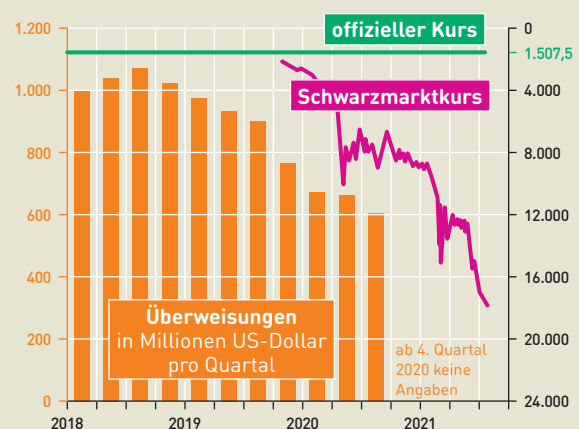
Wer einen Lohn zum offiziellen Lira-Kurs erhält und sich dagegen nicht wehren kann, hat kaum noch Dollars für die Familie im Heimatland übrig

Auch wenn die Untersuchung etwas älter ist, lässt sie die Schutzlosigkeit der Hausangestellten und deutliche Unterschiede nach Herkunft erkennen

prüfen. Es entschied stattdessen, dass er den Interessen der Agenturen „schweren Schaden“ zufügen würde. Das Kafala-System und der Ausschluss von Hausangestellten von den Bestimmungen des libanesischen Arbeitsrechts bedeuten jedoch einen klaren Verstoß gegen die internationalen Menschenrechtsverträge und Arbeitsnormen, die der Libanon unterzeichnet hat – einschließlich der Abschaffung der Zwangsarbeit. —

WENIGER GELD FÜR ZUHAUSE

Überweisungen von ausländischen Beschäftigten aus dem Libanon und Wechselkurse der Lira



DER VERGESSENE KONTINENT DES MENSCHENHANDELS

Für die meisten Menschen in Europa ist Sklaverei etwas weit Entferntes, historisch wie geografisch. Doch es gibt sie, nicht millionen-, aber doch zehntausendfach: als Zwangsprostitution, als Schuldknechtschaft und in einer besonders brutalen Form unter den Arbeitenden in der Viehzucht.

Die überwiegende Zahl von Zwangsprostituierten in Europa kommt aus ost- und südosteuropäischen Ländern. Ein Land ragte dabei in den vergangenen zweieinhalb Jahrzehnten besonders heraus: die Republik Moldau. Zwangsprostituierte sind fast ausnahmslos junge Frauen, zu einem kleineren Teil auch minderjährige Mädchen. Sie kommen oft aus ländlichen Gegenden Moldaus, stammen aus armen, häufig verwahrlosten Verhältnissen oder getrennten Familien und sind meistens nur wenige Jahre zur Schule gegangen. Sie werden mit dem Versprechen ins Ausland gelockt, gut bezahlt als Babysitterinnen, Kellnerinnen oder Pflegerinnen zu arbeiten; Zielländer sind unter anderem Deutschland, Italien, Spanien und die Türkei. Dort werden sie zur Prostitution gezwungen und stehen unter permanenter Bewachung. Damit sie nicht fliehen können, werden ihnen auch ihre Ausweisdokumente abgenommen.

Um das Jahr 2000 herum gab es in Moldau viele Tausend Fälle von Zwangsprostitution. Wegen öffentlicher Aufklärungskampagnen und hoher Strafen für Menschenhändler und Zuhälter sind diese Zahlen seit einigen Jahren deutlich rückläufig. Das Land verzeichnete 2019 noch 52 Fälle und im Folgejahr 24 Fälle von polizeilich dokumentierter Zwangsprostitution. Behördenangaben zufolge könnte die Dunkelziffer allerdings weit höher liegen.

In der Tschechischen Republik führt nicht Armut, sondern steigender Wohlstand dazu, dass sklavenähnliche Lebens- und Arbeitsverhältnisse zunehmen. Im Niedriglohnsektor des Landes gibt es viel zu wenig Arbeitskräfte, Menschen aus ärmeren EU-Staaten wie Rumänien oder Bulgarien aber zieht es wegen des höheren Lohnniveaus eher in westeuropäische Länder. Daher unterstützt der tschechische Staat die Anwerbung von Zeitarbeitskräften aus Nicht-EU-Ländern, unter anderem aus der Ukraine, der Mongolei und Vietnam. In den vergangenen zehn Jahren sind offiziell circa 20.000 Menschen aus Vietnam nach Tschechien gekommen.

In Vietnam sind Arbeitsvisa und Zeitarbeitsverträge für Tschechien praktisch nur über einheimische Vermittler*innen erhältlich, die kriminellen Netzwerken angehören. Arbeitssuchende bezahlen an sie zwischen 10.000 und 20.000 US-Dollar. Die Arbeitsverträge in tschechischen Firmen gelten in der Regel nur ein bis zwei Jahre. Da dort meistens nur der Minimallohn gezahlt wird und außerdem Beträge für Unterkunft und Verpflegung abgezogen werden, können Betroffene ihre Schulden nicht rechtzeitig zurückbezahlen. Endet ihr Vertrag, bleiben daher viele von ihnen illegal im Land.

Da sie nicht viele Alternativen haben, arbeiten sie häufig unter sklavereiartigen Bedingungen in der Drogenproduktion. Tschechien ist seit Langem einer der größten illegalen europäischen Produzenten der synthetischen Droge Methamphetamin, also Crystal Meth. Kontrolliert wird das Geschäft in großen Teilen von Gruppen der organisierten vietnamesischen Kriminalität. Die verschuldeten Vietnames*innen arbeiten nun in den illegalen Meth-Laboren oder auch im Indoor-Growing von Cannabis. Häufig werden sie auch in andere europäische Länder weitergeschleust, so etwa nach Deutschland; Berlin gilt dabei als eines der deutschen Zentren der organisierten vietnamesischen Kriminalität. Die Betroffenen wehren sich so gut wie nie gegen ihre kriminellen Peiniger, denn diese drohen mit Repressionen gegen Familienangehörige im Heimatland oder zumindest damit, ihnen ihr Eigentum wegzunehmen. Zudem ist der soziale Druck hoch, in der Heimat nicht als Versager zu gelten.

Eine brutale Form moderner Sklaverei ist in mehreren südosteuropäischen Ländern und insbesondere in Rumänien zu finden: Auf abgelegenen Weideflächen hausen Tausende von Vieh- und vor allem Schafhirten in winzigen Hütten, erhalten nur minimale Verpflegung und oft auch keinen Lohn. Bis auf wenige Stunden Schlaf müssen sie rund um die Uhr arbeiten, Schafe und Ziegen weiden und melken, Käse herstellen und Gehege ausmisten.

Seit gut einem Jahrzehnt erlebt die europäische Schafzucht einen außergewöhnlichen Boom, angeheizt durch die starke Nachfrage nach Lebend-Schafen und Schaffleisch aus dem Nahen und Mittleren Osten. In Rumänien gibt es rund zwölf Millionen Schafe und Ziegen; in der EU besitzt nur Spanien eine größere Zahl dieser Tiere. Da die Arbeit der Hirten als äußerst schwer, schlecht bezahlt und daher unattraktiv gilt, rekrutieren manche Viehzüchter in Dörfern Arbeitskräfte unter den Ärmsten der Armen,

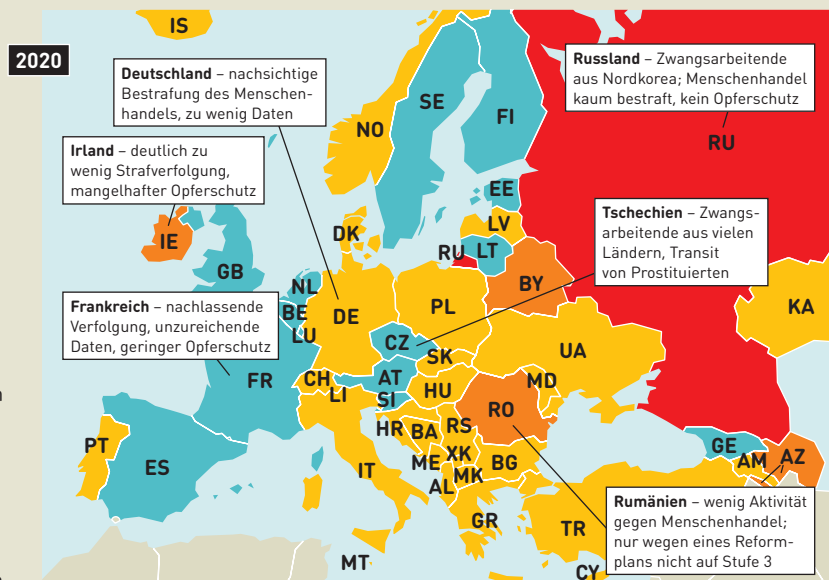
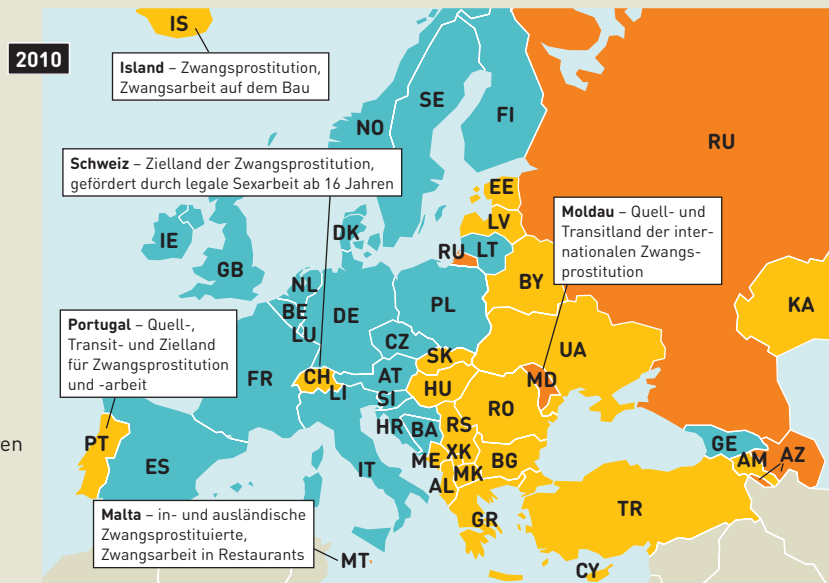
BLICK VON WESTEN

Die Berichterstattung über Menschenhandel in Europa durch die US-Regierung

Jährlich veröffentlicht die US-Regierung einen Bericht über den Kampf gegen Menschenhandel weltweit, den Trafficking in Persons Report (TIP). Auch die Länder Europas werden geprüft. Die Kriterien des Gesetzes zum Schutz von Opfern des Menschenhandels (Trafficking Victims Protection Act, TVPA) sind:

- Schwere Formen des Menschenhandels sind verboten und werden bestraft.
- Jede Art von Menschenhandel zum Zwecke der Zwangsprostitution entspricht schweren Straftaten wie z. B. gewalttätigen sexuellen Übergriffen.
- Die Strafe ist abschreckend und steht in einem angemessenen Verhältnis zur Straftat.
- Die Regierung ist ernsthaft und anhaltend bemüht, schwere Formen des Menschenhandels zu unterbinden.

- Stufe 1: Die TVPA-Minimalstandards werden voll erfüllt.
- Stufe 2: Die Vorgaben werden nicht voll erfüllt, aber die Regierungen streben es an.
- Stufe 2, unter Beobachtung: Wie Stufe 2, mit vielen Fällen von Menschenhandel oder zu wenig staatlichen Maßnahmen bzw. fehlenden Beweisen für angemessene staatliche Maßnahmen.
- Stufe 3: Die TVPA-Minimalstandards werden nicht erfüllt, und die Regierung bemüht sich auch nicht darum.



AL: Albanien, AM: Armenien, AT: Österreich, AZ: Aserbaidschan, BA: Bosnien und Herzegowina, BE: Belgien, BG: Bulgarien, BY: Weißrussland, CH: Schweiz, CY: Zypern, CZ: Tschechien, DE: Deutschland, DK: Dänemark, EE: Estland, ES: Spanien, FI: Finnland, FR: Frankreich, GB: Großbritannien, GE: Georgien, GR: Griechenland, HR: Kroatien, HU: Ungarn, IE: Irland, IS: Island, IT: Italien, KA: Kasachstan, LI: Liechtenstein, LT: Litauen, LU: Luxemburg, LV: Lettland, ME: Montenegro, MD: Moldau, MK: Nordmazedonien, MT: Malta, NL: Niederlande, NO: Norwegen, PL: Polen, PT: Portugal, RO: Rumänien, RS: Serbien, RU: Russland, SE: Schweden, SI: Slowenien, SK: Slowakei, TR: Türkei, UA: Ukraine, XK: Kosovo

oftmals Minderjährige und sogar Kinder. In den vergangenen Jahren wurde eine Reihe von Fällen dokumentiert, in denen Erwachsene und Kinder misshandelt und nachts angekettet wurden und zudem halb verhungert sind. Dennoch kontrollieren Behörden die Arbeitsbedingungen in der Viehzucht bisher immer noch kaum.

Europa ist derjenige Erdteil, der weltweit die besten Gesetze gegen moderne Sklaverei hat. Vor allem die Staaten der Europäischen Union sind dabei Vorreiter. Der Kampf gegen moderne Sklaverei gehört auch zum Wer-

Die US-Berichte bieten jährlich Hunderte Seiten nützlicher Länderanalysen. Einige Fachleute hinterfragen allerdings den Sinn der „Stufen“-Einteilung

tekanon der EU. Doch oft führen wirtschaftliche Interessen und mangelnder politischer Wille dazu, dass Staaten sklavenartige Ausbeutung dulden und Behörden Arbeitsbedingungen nicht oder zu wenig kontrollieren. Europa ist deshalb weit entfernt davon, das Problem moderner Sklaverei gelöst zu haben. —

UNSICHTBAR UND VOR ALLER AUGEN

In Europa sind Gesellschaft und Politik stolz auf ihre Wohlfahrtsstaaten. Doch diese Oberfläche verbirgt schwere Formen der Ausbeutung und Rechtlosigkeit. Zu denen, die unter Zwang arbeiten müssen, gehören besonders viele Migrant*innen.

Zwangsarbeit in Europa? Für viele Menschen ist das kaum vorstellbar. Doch die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) schätzt, dass in Europa im Jahr 2012 etwa 880.000 Menschen unter Zwang ausgebeutet wurden und dabei 30 Prozent oder 210.000 Menschen von Zwangsprostitution und 70 Prozent oder 610.000 Menschen von Zwangsarbeit betroffen waren. Seither ist die Dunkelziffer eher noch gestiegen. Die Anzahl der Opfer, die von den Behörden im sogenannten Hellfeld erfasst wurden, ist im Gegensatz zu den geschätzten Zahlen verschwindend gering. Das Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung (UNODC) ermit-

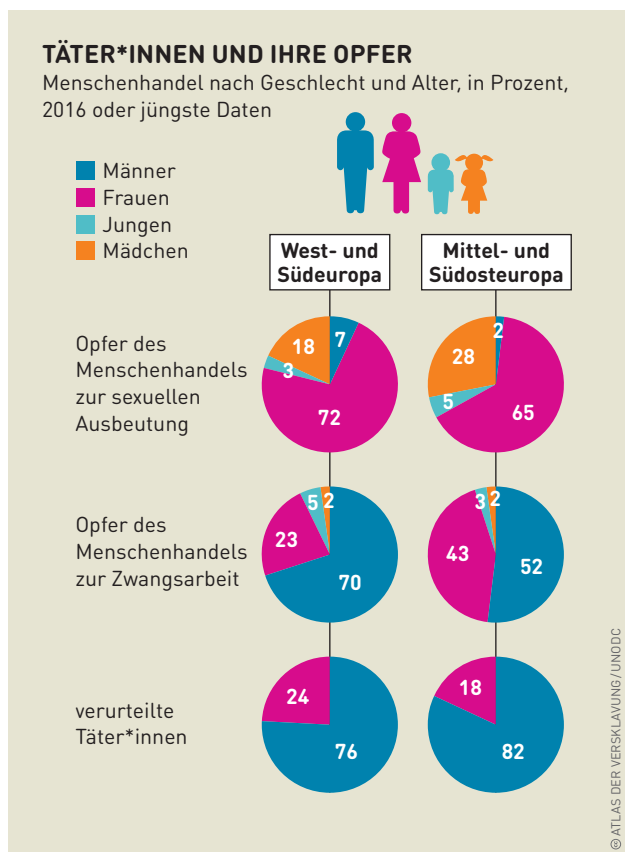
telte 2018 für Süd- und Westeuropa lediglich 5.500 Opfer von Menschenhandel, dabei 66 Prozent zum Zwecke der sexuellen Ausbeutung und 27 Prozent zum Zwecke von Zwangsarbeit. Bricht man die Zahlen der ILO zum Beispiel auf Deutschland herunter, gibt es dort 100.000 Opfer von Zwangsarbeit. Das Lagebild des deutschen Bundeskriminalamtes jedoch listet für 2019 ganze 287 Strafverfahren zu sexueller Ausbeutung auf und nur 14 zu Zwangsarbeit.

Arbeitsausbeutung wird im Allgemeinen deutlich weniger wahrgenommen als Zwangsprostitution; letztere steht wesentlich mehr im Fokus der Strafverfolgungsbehörden. Männliche und weibliche Betroffene von Zwangsarbeit hingegen werden weder als Opfer gesehen noch schätzen sie sich in der Regel selbst so ein. Beratungsstellen und Gewerkschaften bestätigen immer wieder, wie verletzlich vor allem migrantische Arbeitskräfte in Europa sind. Menschen, die vor Armut und Perspektivlosigkeit fliehen und auf der Suche nach einem besseren Leben sind, kennen ihre Rechte nicht, sind nicht gewerkschaftlich organisiert und haben kaum soziale Unterstützung und Netzwerke.

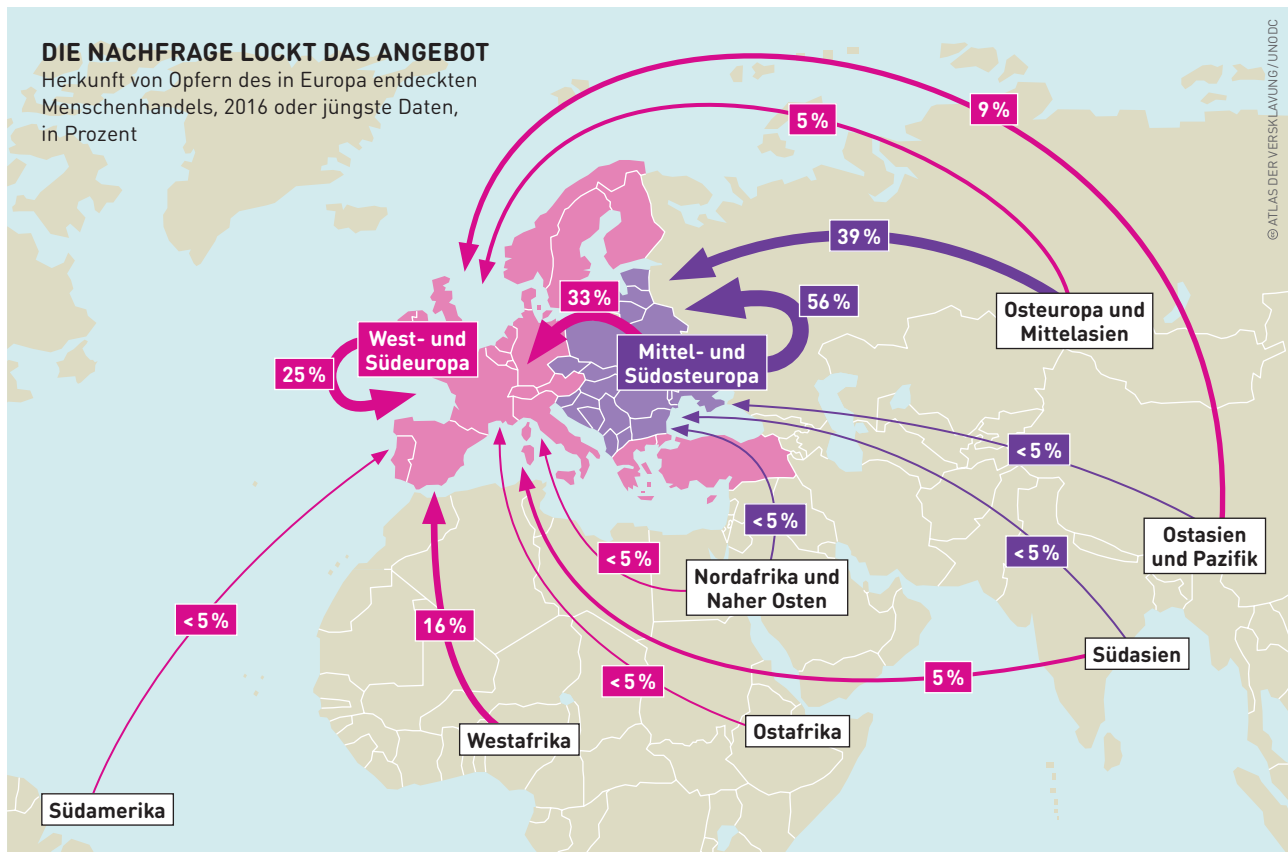
Menschen, die in Europa unter Zwang ausgebeutet werden, leben häufig isoliert. Das hat viele Ursachen. So ist ihr Aufenthaltsstatus häufig ungeklärt, sie haben kaum finanzielle Ressourcen und extrem lange Arbeitszeiten. Darüber hinaus werden sie vom Arbeitgeber kontrolliert, der zum Beispiel keine eigenen Kontakte erlaubt. Auch liegen ihre Unterkünfte nicht selten weit entfernt von anderen Menschen oder direkt bei der Arbeitsstätte. Sie sprechen oftmals die Sprache des Landes nicht und haben keine Ahnung, wo sie Hilfe und Unterstützung finden können.

Ihre Abhängigkeit wird indirekt durch Armut, fehlende Papiere oder Arbeitserlaubnis weiter erhalten. Sie werden aber auch direkt unter Druck gesetzt: So müssen migrantische Arbeitskräfte Reisekosten oder andere Schulden abbezahlen. Auch wird ihnen oder ihrer Familie mit Abschiebung oder gar Gewalt gedroht.

In fast allen Branchen kann es zu Arbeitsausbeutung kommen. Die Profite, die ausbeuterische Arbeitgeber*innen so erwirtschaften, sind enorm. Die ILO schätzte 2014, dass die jährlichen Gewinne in der Europäischen Union



Bis über ein Viertel – der behördlich erfasste Anteil von Mädchen an der Verschleppung zur Zwangsprostitution in Europa ist hoch



und den entwickelten Ländern des globalen Nordens bei mindestens 47 Milliarden US-Dollar liegen und weltweit bei über 150 Milliarden US-Dollar. 2016 bezifferte das italienische Forschungsinstitut Eurispes den Gewinn der Zwangsausbeutung von Migrant*innen durch mafiose Strukturen allein auf italienischen Feldern auf 21 Milliarden Euro. In der Landwirtschaft Italiens sind laut der Branchengewerkschaft FLAI-CGIL über 430.000 Menschen in mafiose Strukturen eingebunden. Davon leben 100.000 Menschen unter unwürdigen Bedingungen in illegalen Slums, weitab von jeder Stadt, ohne Kanalisation, ohne Wasser, ohne Infrastruktur. Die Arbeitskräfte ernten Äpfel, Weintrauben, Melonen, Erdbeeren, Tomaten und Gemüse. Frauen aus Osteuropa pflücken die Erdbeeren auf den Feldern um Caserta, für die Orangenernte werden Arbeitskräfte aus Afrika angeheuert. Die Arbeit dauert bis zu 14 Stunden, von vier Uhr morgens bis abends um sechs. Jedes Jahr brechen Menschen tot auf den Feldern zusammen.

Im Niedriglohnsektor wie der Fleischindustrie, der Gastronomie, der Baubranche, der Pflege oder der saisonalen Landwirtschaft laufen migrantische Arbeitskräfte ein besonders hohes Risiko, ausgebeutet zu werden. Das gilt insbesondere für Menschen ohne Papiere und Aufenthaltsstatus. Ähnlich ist es in Sektoren, die sich in Subunternehmerketten strukturieren, wie unter anderem in der Logistik oder den Reinigungsdiensten. Täter*innen müssen kaum fürchten, angeklagt und bestraft zu werden.

*Europa ist fast auf der ganzen Welt das Ziel von Menschenhändler*innen. Die meisten Opfer kommen allerdings aus Europa selbst*

Entdecken Behörden wie Polizei oder Zoll Arbeitskräfte in ausbeuterischen Beschäftigungen, werden diese in der Regel weder über ihre Rechte aufgeklärt noch als potenzielle Opfer gesehen oder behandelt. Im besten Fall werden sie abgeschoben, ohne eine Chance zu bekommen, ihren ausstehenden Lohn einzuklagen. Im schlimmsten Fall bekommen sie eine Anzeige wegen Arbeit ohne Aufenthalts- oder Arbeitserlaubnis und werden selbst zu Täter*innen gemacht. So tauchen Betroffene von Zwangsarbeit und Arbeitsausbeutung in keiner Statistik auf. Strafverfolgungsbehörden verstehen deshalb oft nicht, warum Beratungsstellen und Gewerkschaften Schutz und Prävention vor Zwangsarbeit und Opferrechte einfordern.

In allen europäischen Staaten muss Arbeitsausbeutung und Zwangsarbeit gesellschaftlich, politisch und statistisch sichtbar gemacht und juristisch verfolgt werden. Viele Branchen und Industrien beuten Menschen rücksichtslos aus, ohne dass es strafrechtliche Folgen hat oder die Opfer ihre Rechte einfordern können. Einige Länder haben kleine Schritte gegen die ausbeuterische Praxis in einzelnen Branchen unternommen, das Arbeitsschutzkontrollgesetz in der Fleischindustrie in Deutschland ist so ein Beispiel. Ein Anfang – aber längst nicht ausreichend. —

VIEL MUT ZUR LÜCKE

Das Ausmaß der Sklaverei weltweit darzustellen ist eine wichtige Aufgabe, um die Aufmerksamkeit der Politik auf diese Verstöße gegen die Menschenrechte zu lenken. Aber manche Zahlen im *Global Slavery Index* kommen auf abenteuerlichem Wege zustande – wenn er überhaupt zu erkennen ist. Ein Gang durch's Kleingedruckte.

Eine professionelle Organisation mit Büro in Berlin wirbt so für ihre Spendensammlungen: „Stell dir vor, fast ganz Potsdam ist versklavt.“ Der Vergleich mit der Nachbarstadt soll zeigen, wie viele Personen die 167.000 Menschen sind, die „heute in Deutschland in Sklaverei“ leben. In Frankreich beispielsweise könnte Aix-en-Provence für 129.000 Sklav*innen stehen. Und für die 136.000 in Großbritannien böte sich die Hälfte der Einwohnerzahl von Southampton an.

Für die Zahlen selbst übernimmt die Organisation keine Verantwortung. Sie verweist auf den *Global Slavery Index* (GSI), den die australische internationale Menschenrechtsgruppe Walk Free herausgegeben hat. Sie wiederum wird über eine Stiftung von Andrew Forrest finanziert, 2021 der zweitreichste Mann Australiens. Ob Daten über Zwangsarbeit, Zwangsprostitution oder Zwangssehe – wer sich mit der Sklaverei weltweit befasst, kommt am GSI nicht vorbei. In Veröffentlichungen der Zivilgesellschaft sind die Angaben recht weit verbreitet. Auch in offizielle Dokumente hat das Zahlenwerk Eingang gefunden, seit

die Walk Free Foundation mit der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) zusammenarbeitet. Selbst in wissenschaftlichen Aufsätzen werden die Rankings erwähnt, wenn auch eher zur Illustration als zur Argumentation.

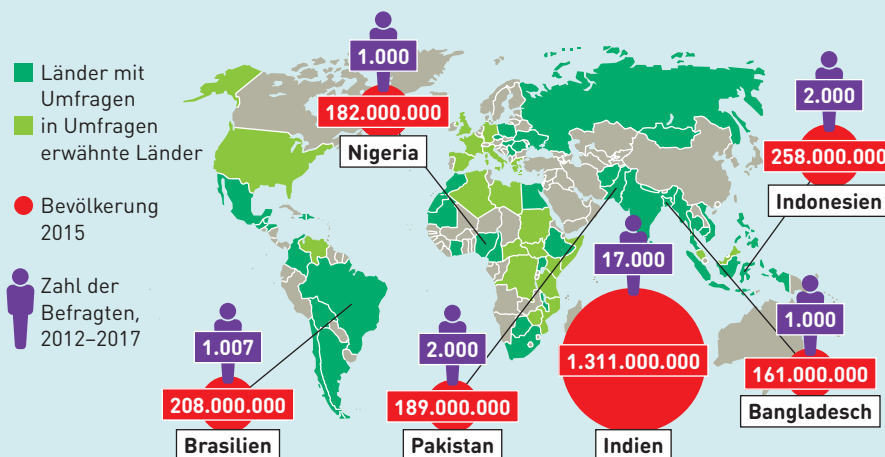
Derzeit enthält der GSI Angaben über 167 Länder. Weltweit berichten die Medien, wenn er erscheint. Nach den Ausgaben von 2013, 2014 und 2016 ist jetzt der Index von 2018 aktuell. Der nächste GSI soll 2022 erscheinen. Vergleichen lassen sich die Ergebnisse kaum, denn Datengrundlagen und Berechnungen ändern sich jedes Mal. Nur das Prinzip ist immer gleich: durch Extrapolation überall aus vorhandenen Daten die fehlenden zu ergänzen, um so die großen statistischen Lücken in diesem kaum erforschten Gebiet zu schließen.

167.000 Versklavte in Deutschland – diese Zahl ist erstaunlich hoch. Die Daten, aus denen die Indizes aller vier Ausgaben gebildet wurden, stammen von 2012 bis 2016. Nach Angaben der GSI-Webseite ermittelten Behörden im Jahr 2016 in Deutschland 536 Opfer von Menschenhandel. Auf Zwangsarbeit entfielen 48 und auf Zwangsprostitution 488 Personen. Nach einer älteren deutschen Studie haben 2008 rund 3.400 Frauen und Mädchen in Beratungsstellen Hilfe vor drohenden oder in bestehenden Zwangssehen gesucht. Wie viele davon verheiratet sind oder wurden, lässt sich daraus nicht ableiten. Sollte

Eine Tabelle mit den Ergebnissen der Umfragen für jedes Land ist in den Publikationen zum Global Slavery Index nicht zu finden

EINSATZ MIT FRAGEBOGEN

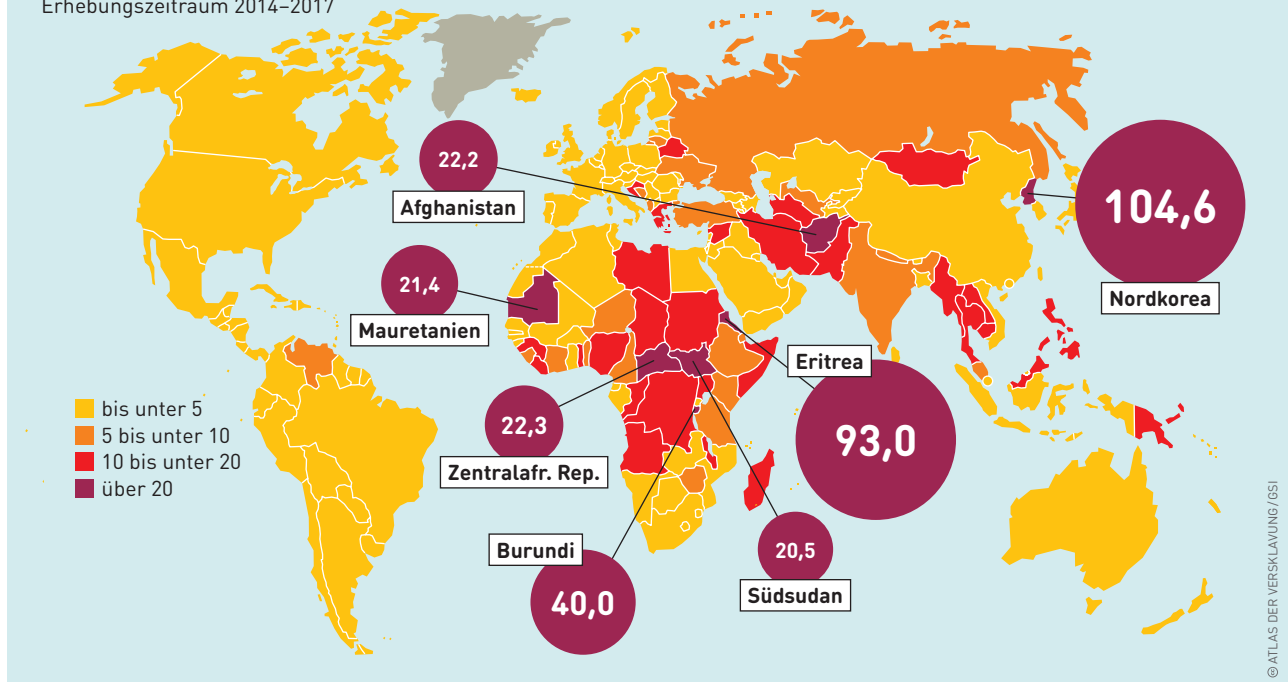
Länder, in denen Daten über das Ausmaß von Sklaverei mit Umfragen ermittelt wurden



Von Indien abgesehen wurden in den menschenreichsten Ländern der Welt nur je 1.000 bis 2.000 Menschen nach erlebter Sklaverei befragt. So können **einstellige Resultate** zu Verallgemeinerungen über **neunstellige Bevölkerungen** führen. 71,1 Prozent der Weltbevölkerung seien mit den Umfragen abgedeckt, auf dem amerikanischen Kontinent gar **93,5 Prozent**, heißt es. Doch schon, wenn einzelne Befragte oder deren Familienangehörige im Ausland Formen moderner Sklaverei erlebt haben, gelten auch solche Länder als „abgedeckt“. Blieben Länder ohne eigene Umfragen unberücksichtigt, sank die globale Abdeckung auf rund 57 Prozent, in Amerika ohne die USA und Venezuela auf **59 Prozent**.

WELTWEITE HÄUFIGKEIT MODERNER SKLAVEREI

Im Global Slavery Index geschätzte Zahl der Opfer in Promille (pro 1.000 Einwohner*innen), Erhebungszeitraum 2014–2017



die Dunkelziffer des GSI bei Zwangsarbeit von Versklavten tatsächlich um das 310-Fache höher als die offiziellen Fallzahlen liegen?

Um diese und andere Fragen zu beantworten, ist ein Gang durch's Kleingedruckte nötig. Durch viel Kleingedrucktes. In methodologischen Abschnitten, Anhängen, Fußnoten, Extraheften und Online-Materialien lassen sich einige, aber längst nicht alle Schritte rekonstruieren, die den bisher vier Ausgaben des GSI zu seinen Daten verhalfen.

Schlüsselgröße des GSI ist eine ungefähre Häufigkeit von Opfern moderner Sklaverei pro 1.000 Einwohner*innen, also in Promille. Diese „geschätzte Prävalenz“ liegt gemäß dem letzten GSI bei 2,0 Promille für Deutschland, ebenso für Frankreich. Für Großbritannien liegt der Wert bei 2,1, und in den Niederlanden sind es 1,8 Promille.

Beim ersten Index 2013 lagen die Fallzahlen noch vollkommen anders. Für Deutschland wurden 10.646 Versklavte kalkuliert. Die Rechnung ging so: Für Großbritannien und die USA lagen Schätzungen vor. Der Durchschnittswert davon taugte als Untergrenze für Westeuropa, hieß es in der Publikation erklärungslos. Die Obergrenze sei der Durchschnittswert von ebenfalls geschätzten Angaben über die ost- und südosteuropäischen Länder Belarus, Ukraine, Bulgarien, Rumänien und Moldau. Daraus ergebe sich ein deutscher Mittelwert von 0,13 pro Tausend. Bei einer Bevölkerung von 81,9 Millionen seien dies 10.646 Versklavte. Es folgt ein Hinweis, dies sei eine bestmögliche, jedoch nicht die wirkliche Zahl. Doch in weiteren Tabellen des GSI wird dieser Wert für Deutschland angesetzt.

Die globale Prävalenz der Sklaverei ist die wichtigste Größe des Global Slavery Index. Wie ein Wert genau zustande kommt, ist nicht zu ermitteln

Für den Index des Folgejahres 2014 teilte das GSI-Team 167 Länder der Erde in sieben Gruppen ein, die sich nach sozioökonomischen Kriterien wie Bevölkerungsgröße, -dichte und Armut unterschieden. Es folgten wiederum Interpolationen. Für deren Qualität ein Beispiel: Kambodscha, für das keine Daten vorlagen, landete in einer Gruppe mit den „ähnlichen“ Staaten Niger und Haiti, bei denen das Team eine Sklaverei-Prävalenz von 15 Promille der Bevölkerung schätzte. Dann fiel auf, dass Kambodschas nicht weit entferntes Nachbarland Indonesien – das einer anderen Ländergruppe zugeordnet war – nur eine Prävalenz von 3 Promille aufwies. Die Lösung: Ein Kriterium „regionale Ähnlichkeiten“ wurde neu eingeführt und damit die Prävalenz von Kambodscha neu aus 40 Prozent des Wertes von Indonesien plus 60 Prozent des Durchschnittswertes von Niger und Haiti ermittelt. Ergebnis: eine Prävalenz von 10,3 Promille. Gemessen an seiner Bevölkerungszahl hatte Kambodscha nun 155.800 Versklavte.

Der nächste GSI aus dem Jahr 2016 präsentierte 25 Länderumfragen, drei von anderswo übernommene Studien und 139 Interpolationen für Länder ohne eigene Daten. Die Tabelle der 167 Staaten kam so zustande: Anhand politischer, wirtschaftlicher und sozialer Daten aus 24 internationalen Statistiken, die ein Profil des Versklavungsrisikos in einem Staat darstellen sollten, bildete das Team 12 Gruppen, auf die es alle 167 Länder verteilte. Die Prä-

valenz der 28 Länder mit Umfragen wurde auf die anderen Länder in der jeweiligen Gruppe übertragen. Wie das genau passierte, ist nicht nachvollziehbar. Denn der GSI von 2016 listet nur die Anzahl, nicht aber die Namen der 139 Länder ohne Umfrage auf, die auf die 12 Gruppen verteilt wurden. Beispiele: Bolivien und Vietnam bestimmten die Prävalenz von 17 unbekannten Ländern. Das mittlerweile untersuchte Kambodscha allein war für 12 Länder maßgeblich. Und für 17 Länder in zwei Gruppen fand sich kein „Leitland“ mit Umfrage; sie wurden aus weniger ähnlichen Ländern mit einer Prävalenz versehen. Zu guter Letzt nahm das Team bei 40 Ländern noch „Anpassungen“ vor. Damit änderte es nachträglich viele nach Augenschein unzulängliche Zuordnungen zu den 12 Gruppen. Zuvor hatte das Team schon Lücken in den 24 internationalen Ausgangsstatistiken – die es bei solchen Erhebungen immer gibt – mit Werten geschlossen, die es selbst aus vergleichbaren Ländern gebildet hatte.

Für Großbritannien und die Niederlande wurden hingegen ganz andere Zahlen genommen. Sie beruhten auf einer neuen Methode, Einzelfälle aus verschiedenen Opferlisten auszuwerten. Dadurch stieg die Zahl der Versklavten in Großbritannien von 8.300 auf 11.700 und in den Niederlanden von 2.200 auf 17.500. Warum dieselbe Methode zu solchen Unterschieden führte, blieb wiederum unerklärt. Für Deutschland stieg die Zahl der Versklavten auf 14.500, wohl weil es zur Gruppe des Referenzlandes Großbritannien gehörte.

2018 ging der GSI in die vierte Ausgabe, seine jüngste. Die Zahl der Versklavten in den Niederlanden, noch zwei Jahre zuvor als sehr exakt präsentiert, stieg um weitere 60

Prozent auf 30.000. Für Großbritannien, 2016 mit gleicher neuer Methode berechnet, verelfachte sich die Zahl auf 126.000. Ähnliche Sprünge gab es für Deutschland mit 167.000 – Potsdam! – und Frankreich mit 129.000 Versklavten.

Die Methodologie war 2018 wiederum neu. Erstmals – und durchaus brauchbar – wurde klar nach Formen der modernen Sklaverei ausdifferenziert: in staatliche und private Zwangsarbeit einschließlich Zwangsprostitution sowie Zwangssehen, in Erwachsene und Kinder und in Männer und Frauen. Diesmal übernahm das GSI-Team die Prävalenz für 167 Länder und für die ganze Welt aus drei Quellen: 48 eigenen Länderumfragen, einer offiziellen Einzelfallsammlung und – für staatliche Zwangsarbeit – Expertisen.

Durchgerechnet wurde das 2017 in den *Global Estimates of Modern Slavery*. Dafür hatte sich die Walk Free Foundation mit der ILO zusammengetan, die 2012 in einer Studie auf 21 Millionen Zwangsarbeiter*innen weltweit gekommen war. Jetzt waren es 25 Millionen. Auch diese *Global Estimates*, die im Folgejahr in den GSI übernommen wurden, weisen Erstaunlichkeiten auf.

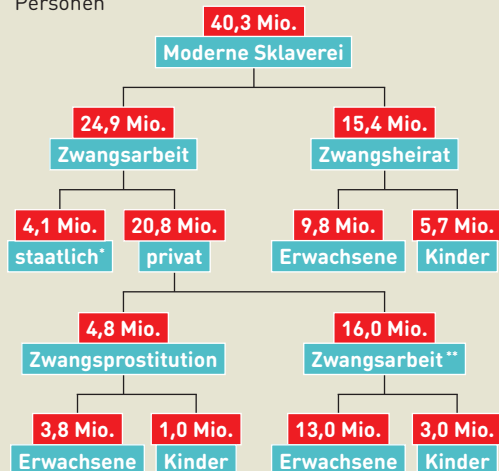
Dass die 48 Länderumfragen repräsentativ sind, mag das damit beauftragte, weltweit aktive US-Umfrageinstitut Gallup zusichern. Das GSI-Team argumentiert, weltweit seien 71.000 Menschen befragt worden. Da sie auch

Knapp 9.000 Fälle – davon 3.000 aus den Umfragen für den Global Slavery Index – führten mit statistischen Methoden zu 40,3 Millionen Versklavten weltweit

VON DEN EINZELNEN ZUM GANZEN

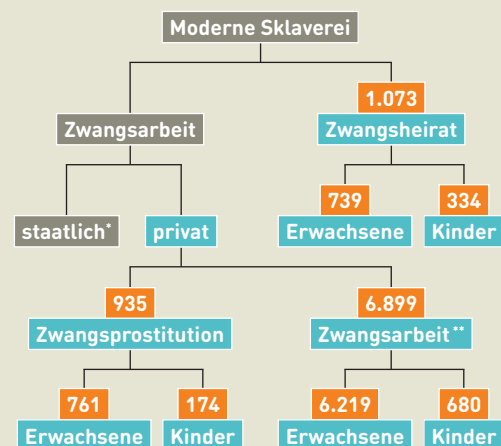
Verallgemeinerungen und zugrunde liegende Fallzahlen zur Darstellung des Ausmaßes der modernen Sklaverei, 2017

■ verallgemeinerte Schätzungen, Personen



* nur Schätzung von Fachleuten, keine Einzelfälle ** außer Zwangsprostitution

■ gezählte Fälle aus Umfragen und Datenbanken, Personen



Aus den zahlreichen Umfragen für den Global Slavery Index wurden nur die **1.073 Fälle** von Zwangsheirat und **1.987 Fälle** von Zwangsarbeit übernommen. Der Rest beruht auf **5.847 Fällen** der Internationalen Organisation für Migration.

für ihre Familie ausgesagt hätten, seien 575.000 Personen als erfasst zu betrachten.

Aber selbst in vielen Ländern mit über 100 Millionen Einwohner*innen haben gerade einmal 1.000 oder 2.000 Menschen an den Umfragen teilgenommen. Wie grob ist das Ergebnis für Länder wie Brasilien mit 206 Millionen Menschen, wenn dort 1.007 über Erfahrungen mit Sklaverei Auskunft geben sollen? Laut GSI hat Brasilien eine Prävalenz von 1,8 auf 1.000 Personen. Damit müssten etwa zwei Menschen entsprechende Angaben gemacht haben. Sie trugen zur GSI-Aussage bei, in Brasilien gebe es 369.000 Versklavte.

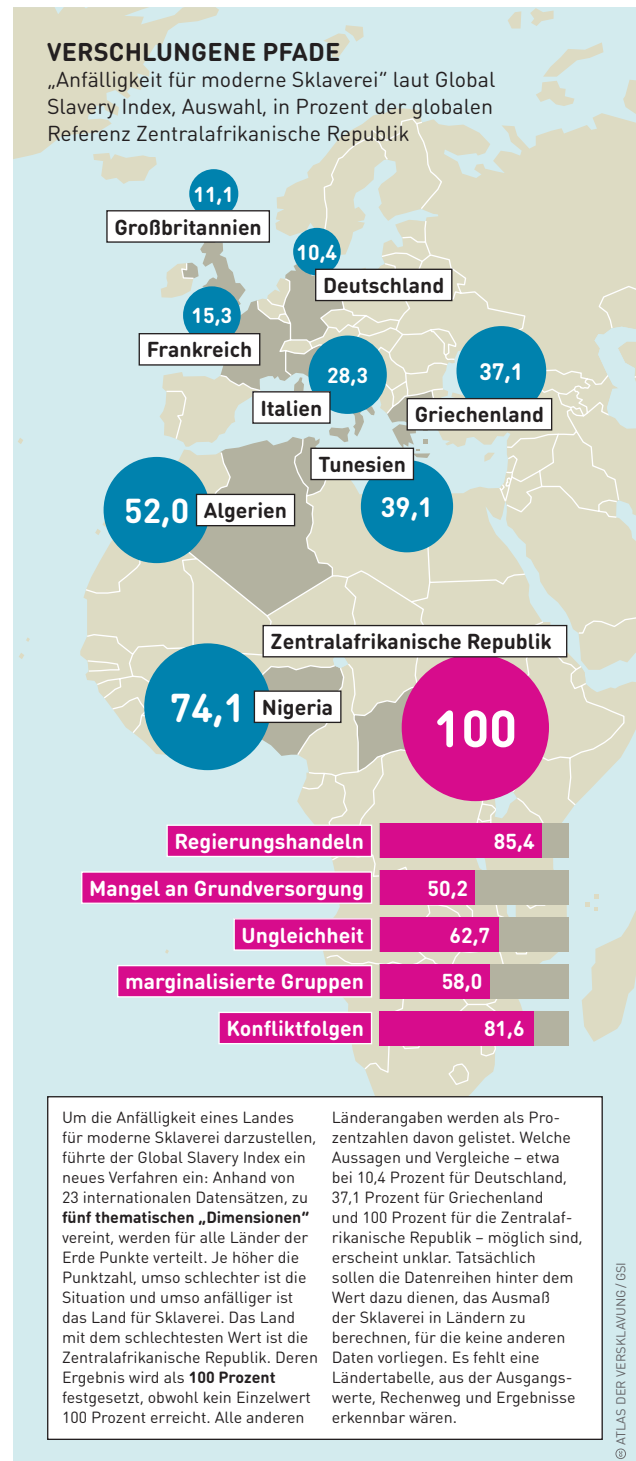
Die Länderergebnisse werden einzeln weder im GSI noch anderswo veröffentlicht. Tatsächlich müssen die 48 Umfragen noch weit unergiebig gewesen sein. Denn in einem methodologischen Beiheft zu den *Global Estimates* sind die weltweit verwendeten Fallzahlen genannt: Nur etwa 3.000 Nachweise von Zwangsarbeit und Zwangsehen stammen von den Umfragen, die angeblich 71,1 Prozent der Weltbevölkerung oder 5,5 Milliarden Menschen abgedeckt haben.

5.850 Angaben über Zwangsarbeit und Zwangsprostitution stammen aus der zweiten Quelle, einer Sammlung von Belegen für Menschenhandel, die bei der Internationalen Organisation für Migration geführt wird. Zusammen: genau 8.907 Fälle.

Die dritte Quelle ist ganz anderer Natur und deswegen nicht bei den Einzelfällen erfasst. Die Erhebung über staatliche Zwangsarbeit wurde für jedes Land der Erde von Fachleuten aus dem ILO-Umfeld und aus Veröffentlichungen zusammengestellt. Vier Millionen Zwangsarbeiter*innen in 20 Ländern entfallen auf den staatlichen Sektor. Aber dessen Einfluss auf die Prävalenz zu erfahren ist wiederum nicht möglich: Eine Ländertabelle mit Fallzahlen wird nicht veröffentlicht.

Nicht nur die erhobenen, sondern auch die berechneten Werte werfen Fragen auf. Aus 24 erhobenen Datensätzen in fünf „Dimensionen“ soll sich das „Risiko der Sklaverei“ für ein Land ergeben. Die Liste enthält neben den üblichen sozioökonomischen Daten auch Komponenten wie „Zugang zu Waffen“ oder „Auswirkung des Terrorismus“, deren Bedeutung für die Sklaverei sich nicht direkt erschließt. Einer der Datensätze ist, auf einer Skala von 0 bis 1 erfasst, die Antwort von Regierungen auf den GSI selbst – und damit arg selbstreferenziell. Es leuchtet ein, dass Binnenvertriebene berücksichtigt sind. Aber Geflüchtete wurden gestrichen, weil sie nicht zu den „fünf Dimensionen“ passen. Seitdem ergeben nur noch 23 Variablen die Anfälligkeit eines Landes für Sklaverei. Nicht für alle Länder lagen dabei die kompletten 23 Datensätze vor. Die teilweise enormen Lücken wurden durch die Orientierung an regional ähnlichen Ländern geschlossen.

Sklaverei zu quantifizieren, um damit politischen Druck aufzubauen, ist ein durchaus ehrenwertes Projekt. Die Veröffentlichung eines neuen globalen Index löst in



Die Aussagekraft eines Wertes „Sklaveirisiko in Prozent der Verhältnisse in der Zentralafrikanischen Republik“ ist fraglich

Fachkreisen üblicherweise Diskussionen über die Plausibilität von Annahmen und die Aussagefähigkeit von Länderlisten aus. Dies war auch beim Erscheinen der ersten GSI-Ausgabe der Fall. 2013 hatten vier Wissenschaftler der US-amerikanischen George-Mason-Universität in Arlington, Virginia auf „bedeutende und kritische Schwächen“, „unsaubere Methoden“ und „nicht nachvollziehbare

Schätzungen“ hingewiesen und mehr Transparenz in der Methodik verlangt.

„Akademiker“, tat Forrester seine Kritiker ab. Auch sein Team, das seit über zehn Jahren am GSI arbeitet, weicht ihnen aus. Zwar hat es eine Reihe von Papieren veröffentlicht, aber keine seiner Methoden in einer wissenschaftlichen Fachzeitschrift zur Diskussion gestellt. Dann hätten auch Beispiele für Daten und Rechenwege veröffentlicht werden müssen. Die Walk Free Foundation hat zwar einige Länderreports publiziert, aber auch in ihnen ist nicht erklärt, wie die GSI-typischen Werte zustande kommen. Und selbst mithilfe eines „Dataset“, der auf der Webseite des GSI angeboten wird, sind sie nicht nachzuvollziehen. Diese Excel-Tabellen können nicht einfach von der Webseite heruntergeladen werden, sondern sie werden auf Anfrage verschickt, enthalten aber auch nicht die Details zur Berechnung der geschätzten Prävalenz. Die Zahl der Versklavten taucht wie aus dem Nebel auf. Der wird nicht dadurch lichter, dass die Veröffentlichungen – zu Recht – immer wieder auf Schätzungen und begrenzte Aussagefähigkeit aufmerksam machen.

Dabei ist nicht alles fragwürdig, was die Stiftung publiziert. Über einzelne Länder und die ganze Welt hat sie enormes Material zusammengefasst und strukturiert. Sobald Berichte nicht auf quantitative Effekthascherei, sondern auf qualitative Entwicklungen angelegt sind, steigt ihre Glaubwürdigkeit sofort. Doch dies wirkt wie Beifang. Eher scheint es der Stiftung auf Rankings, küh-

ne Berechnungen und spektakuläre Medienberichte anzukommen.

Die australische Migrationsexpertin Anne T. Gallagher hat sich kritisch mit den Indizes befasst und registriert „das Fehlen einer ernsthaften kritischen Hinterfragung des GSI“ und eine „Verschwörung zum Schweigen“. Sie kritisiert den „Philantropkapitalismus“, in dem sich wie GSI-Geldgeber Andrew Forrest einige Multimilliarden schwere Geschäftsleute in Idealkonkurrenz um eine ruhmträchtige, zahlenbasierte Verbesserung der Welt bemühen. Angefangen hatte dies mit Microsoft-Gründer Bill Gates, der zum global wichtigsten Geldgeber für Gesundheitsprojekte wurde.

Solche Initiativen sind hilfreich, wenn sie transparent sind. Aber das ist bei der Arbeit der Walk Free Foundation und ihrem Index anders. Dies liegt auch daran, dass die Stiftung, so Gallagher, gut ausgestattet ist. Sie kann ihre Seriosität durch gemeinsame Projekt mit notorisch finanzknappen Institutionen wie der ILO und mit Fachleuten, die beratend an das Projekt angebunden werden, unterstreichen. Die notwendige kritische Auseinandersetzung wird auf diese Weise nicht gefördert.

2022 soll der nächste, der fünfte *Global Slavery Index* erscheinen. Die Messlatte liegt hoch. Möglicherweise stellt sich heraus, dass in Deutschland weniger Versklavte leben als Potsdam an Bevölkerung hat. Jedenfalls: Je weniger Fragwürdiges der GSI aufweist, umso nützlicher wird er sein. —

AUTOR*INNEN, QUELLEN VON DATEN, KARTEN UND GRAFIKEN

Alle Internetquellen wurden zuletzt im Oktober 2021 abgerufen. Der Atlas der Versklavung ist im PDF-Format unter der Download-Adresse herunterzuladen, die im Impressum aufgeführt ist. Im PDF sind alle Links anklickbar.

10-11 DEFINITIONEN SYSTEMATIK EINES SKANDALS von Janne Mende

S. 10: ILO, Walk Free Foundation, Global Estimates of Modern Slavery, 2017, <https://bit.ly/3pcGZol>, S. 17. – S. 11: ebd. S. 5.

12-13 WORTGESCHICHTE VON SLAWEN ZU SKLAVEN von Dietmar Bartz

S. 13: u/lolikus, Slave in European languages, <https://bit.ly/3vli63E>. Wiktionary, slave, <https://bit.ly/3DGwrea>. Wordsense, slave, <https://bit.ly/3vjVJfd>.

14-15 WIRTSCHAFT AN DER LIEFERKETTE von Genevieve LeBaron und Ellie Gore

S. 14: Global Slavery Index 2018, <https://bit.ly/2Z3VUzl>, S. IV. – S. 15: ILO et al., Ending child labour, forced labour and human trafficking in global supply chains, 2019, <https://bit.ly/3mZQP3b>, S. 9 f., 14 f.

16-17 MENSCHENHANDEL BEI DEN URSACHEN ANSETZEN von Bandana Pattanaik

S. 16: UN Treaty Collection, <https://bit.ly/3bhrMTR>, Kap. XVIII Nr. 12a, TIP 2021, <https://bit.ly/3GbljXL>, S. 60 o. (unrichtig). – S. 17: TIP 2021, <https://bit.ly/3GbljXL>, S. 60 u.

18-19 KINDERSOLDAT*INNEN JUGEND AUF DEM SCHLACHTFELD von Susan Tiefenbrun

S. 18: AFT, Child Soldiers, The New Faces of War, 2005/2006, <https://bit.ly/3vlaVIN>. – S. 19: UN, 4 out of 10 child soldiers are girls, 2015, <https://bit.ly/3BQ74G5>. UN,

Children and Armed Conflict, <https://bit.ly/3oBMDZy>. Coalition to Stop the Use of Child Soldiers, Child Soldiers Global Report 2008, <https://bit.ly/3IP176V>. Deutsches Bündnis Kindersoldaten, Kurzinformation Kindersoldatinnen, 2020, <https://bit.ly/3BTHVKJ>. MEI, Begin with the children: Child soldier numbers doubled in the Middle East in 2019, 2020, <https://bit.ly/3pcgics>. OCHA reliefweb, Yemen, Militarized Childhood, 2021, <https://bit.ly/3jvoD4r>. CNN, Child soldier use around the world, 2015, <https://cnn.it/3FUHSRc>. NYT, Warfare Waged by the Young, 2007, <https://nyti.ms/3lP1GO5>. Aljazeera, Reintegrating child soldiers in Burundi, 2016, <https://bit.ly/3pflU7>. Reuters, Pandemic woes seen swelling global ranks of child soldiers, 2021, <https://reut.rs/3BLHNgl>.

20-21 INTERNATIONALE ARBEITSORGANISATION

MÜHSAME SCHRITTE von Sandrine Kott

S. 20: ILO Normlex, <https://bit.ly/3CdTxsc>. – S. 21: ILO Normlex, <https://bit.ly/3boGqyG> (Convention 29), <https://bit.ly/2XJ4zqw> (Convention 105), <https://bit.ly/3vFeTMH> (Convention 182). Wikipedia, <https://bit.ly/3B9hxv2> (non ILO members).

22-23 ZIVILGESELLSCHAFT

VIELFÄLTIGER WIDERSTAND von Kate Hodal

S. 22: Gapminder, Legal Slavery v1 – Documentation, 2017, <https://bit.ly/3FRHTWL>. – S. 23 o.: The Conversation, Slavery is not a crime in almost half the countries of the world – new research, 2020, <https://bit.ly/3BRkEJs>. – S. 23 u.: ILO, Systemic forced labour and child labour has come to an end in Uzbek cotton, 2021, <https://bit.ly/3vjvEvg>.

24-25 MAURETANIEN

UNFREIHEIT IM ALLTAG von Krishni Satchi

S. 24: Bevölkerung 2020, <https://bit.ly/3DQktig>. Fläche, <https://bit.ly/3lKBUKJ>. Wirtschaftsleistung,

<https://bit.ly/3n1axvs>. Armut 2020, <https://bit.ly/3j6bWQf>, <https://bit.ly/3b1yrBz>. – S. 25: Encyclopedia Britannica, Mauritania, 2003, <https://bit.ly/3oujQfD>. Urs Peter Ruf, Ending Slavery, 1999, <https://bit.ly/3mWUH4W>, S. 137. Scientific American, Kevin Bales, The social psychology of modern slavery, 2002, <https://bit.ly/3APK7BJ>. BBC, 2008, <https://bbc.in/3j6cYf5>. Max Fisher 2011, <https://bit.ly/3pjzNzA>. Global Slavery Index 2016, <https://bit.ly/3APnX2C>, S. 122. Global Slavery Index 2018, <https://bit.ly/2Z3VUzl>, S. 69.

26-27 MALI

NICHT EINMAL GESETZESCHUTZ von Liévin Feliho

S. 26: Wikipedia, <https://bit.ly/3DVARoZ>, <https://bit.ly/3n5Voc2>. – S. 27 o.: Arcgis, Mali Ethnic Groups, <https://bit.ly/3pcwCKg>. Baz Lecocq, The Bellah Question, 2005, <https://bit.ly/3jvhe8f>. Naffet Keita, gemäß <https://bit.ly/2YUroco>. Global Slavery Index 2016, <https://bit.ly/3APnX2C>, S. 73. Global Slavery Index 2018, <https://bit.ly/2Z3VUzl>, S. 70. – S. 27 u.: Bevölkerung 2020, <https://bit.ly/3DQktig>. Fläche, <https://bit.ly/3lKBUKJ>. Wirtschaftsleistung, <https://bit.ly/2XjppqAi>. Armut 2020, <https://bit.ly/3G5NwQO>, <https://bit.ly/3FRZRrA>.

28-29 KAKAO

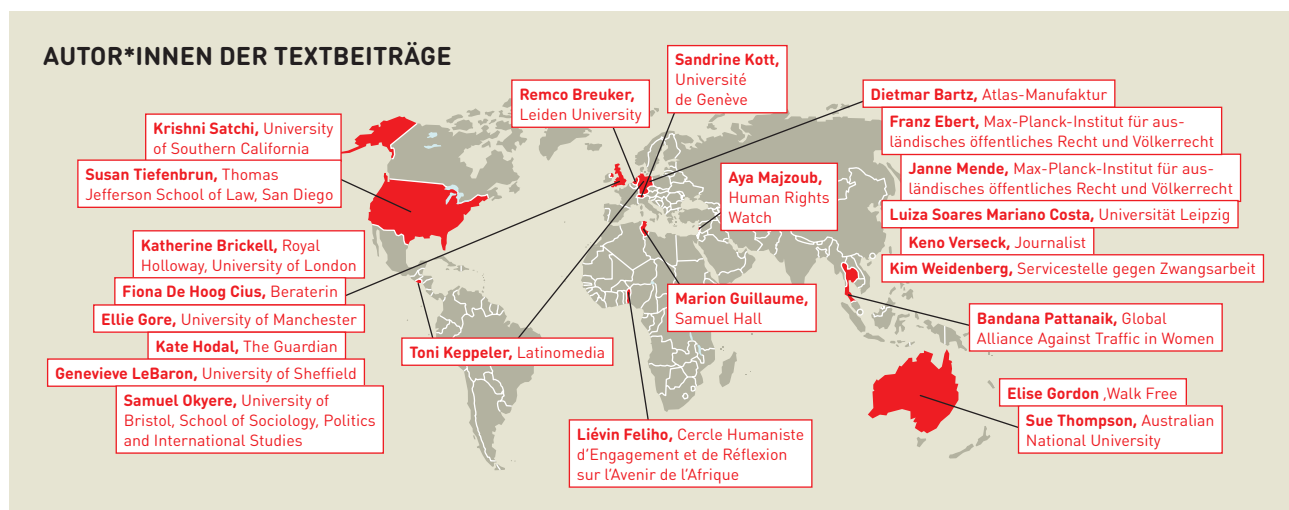
BITTERE UMSTÄNDE von Samuel Okyere

S. 28: NORC Final Report: Assessing Progress in Reducing Child Labor in Cocoa Production in Cocoa Growing Areas of Côte d'Ivoire and Ghana, 2020, <https://bit.ly/3or3cgW>, S. 52. – S. 29: ebd., S. 48 f., 54, 62, 66, 80.

30-31 LATEINAMERIKA

TOD, VERWEIGERUNG, AUFSTAND von Toni Keppeler

S. 30: AREC, Atlas Caribbean, <https://bit.ly/3BSLLnl>.



Oxford Handbook of Slavery in the Americas, 2012, <https://bit.ly/2Z3Ro5x>. – S. 31 o.: slavevoyages.org, Trans-Atlantic Slave Trade – Estimates, <https://bit.ly/2YW6tEV>. – S. 31 u.: ebd., Timeline: Number of Captives Embarked and Disembarked per Year, <https://bit.ly/2YUyo7C>.

32-33 HAITI

DAS ALLERBILLIGSTE PERSONAL von Fiona de Hoog Cius

S. 32: CDC, Research Brief: Haitian Children who are Domestic Servants are Vulnerable to Violence, 2018, <https://bit.ly/3aISh4l>. – S. 33 o.: PAD, Lost Childhoods in Haiti, 2009, <https://bit.ly/2XoXvz6>, S. 27. – S. 33 u.: Haiti now, 2020, <https://tabsoft.co/3AR1VfF>.

34-35 BRASILIEN

RETTUNG REICHT NICHT von Franz Ebert und Luiza Soares Mariano Costa

S. 34: Rodrigo Martins Baptista et al., The invisibility of the black population in modern slavery: evidence based on conditions of social vulnerability, 2018, <https://bit.ly/3vp85mm>, Abb. 3. – S. 35: ebd., Heat Map, Abb. 1. Painel de Informações e Estatísticas da Inspeção do Trabalho no Brasil, Trabalho Escravo, <https://bit.ly/2YTf9eG>

36-37 BLACKBIRDING

MIT ZEITVERTRAG ZUM ARBEITEN VERSCHLEPPT von Sue Thompson

S. 36: Wikipedia, Blackbirding, <https://bit.ly/3FYNo6O>. – S. 37: ebd. The Christensen Fund, Faendem Baek Famili Workshop, 2014, <https://bit.ly/3DN1uVG>, S. 16–18.

38-39 FISCH

AN BORD UND UNTER DECK von Elise Gordon

S. 38: G. Macfadyen et al., The Illegal, Unreported and Unregulated Fishing Index, 2019, <https://bit.ly/3C5Cmct>, S. 27. TMT, Combined IUU Vessel List, <https://bit.ly/3jcgzbx>. ITF, Billigflaggen, <https://bit.ly/2YYgYrg>. – S. 39: Gavin G. McDonald et al., Satellites can reveal global extent of forced labor in the world's fishing fleet, 2021, <https://bit.ly/3j6BwVh>.

40-41 KAMBODSCHA

SCHULDKNECHTE AM ZIEGELOFEN von Katherine Brickell

S. 40: Bevölkerung 2020, <https://bit.ly/3DQktig>. Fläche, <https://bit.ly/3lKBUKJ>. Wirtschaftsleistung, <https://bit.ly/3BVZlXa>. Armut 2020, <https://bit.ly/3n3gWGr>, <https://bit.ly/2XIYno9>. – S. 41: Katherine Brickell et al., Blood Bricks, 2018, <https://bit.ly/3FY4jVV>, S. 30, 47, 49.

42-43 NORDKOREA

DER STAAT ZWINGT ZUR ARBEIT von Remco Breuker

S. 42: Bevölkerung 2020, <https://bit.ly/3DQktig>. Fläche, <https://bit.ly/3lKBUKJ>. Wirtschaftsleistung, <https://bit.ly/3jb7KyN>, <https://bit.ly/3jb8dB3>. Hunger, <https://bit.ly/3n1u6no>. – S. 43: EWC, NCNK, North Korea in the World, Overseas Workers, 2021, <https://bit.ly/3vnSfbG>.

44-45 AFGHANISTAN

KINDEREHEN IM PATRIARCHAT von Marion Guillaume

S. 44: Islamic Republic of Afghanistan Central Statistics Organization, Afghanistan Living Conditions Survey 2016-17, Kabul 2018, <https://bit.ly/3E6iGpi>, S. 22. Rawa News, Samsama Seerat, Child marriage still a challenge for Afghan girls, 2016, <https://bit.ly/3Clouri>. – S. 45: Unicef, Child Marriage in Afghanistan, 2018, <https://uni.cf/3EuTLvX>, S. 12, 22, 25.

46-47 LIBANON

MIT DEM RÜCKEN ZUR WAND von Aya Majzoub

S. 46: Wikipedia, Marriageable age, <https://bit.ly/3jb9Uyp>. – S. 47 o.: ILO, Intertwined: the workers' side, 2016, <https://bit.ly/3FS6nid>, S. 15, 19, 22. – S. 47 u.: Banque du Liban, Data Series, A42 Worker's Remittances, <https://bit.ly/3lQrZmZ>. Lebanese Lira Converter, <https://bit.ly/3pga6jx>.

48-49 EUROPA

DER VERGESSENE KONTINENT DES MENSCHENHANDELS von Keno Verseck

S. 49: TIP Report 2011, <https://bit.ly/3p97Zy3>, S. 51. TIP Report 2021, <https://bit.ly/3vjmcCA>, S. 52 f., 56, 70.

50-51 MIGRATION

UNSICHTBAR UND VOR ALLER AUGEN von Kim Weidenberg

S. 50/51: UNODC, Global Report on Trafficking in Persons 2018, <https://bit.ly/3b6k2UG>, S. 52–59

52-56 DATEN

VIEL MUT ZUR LÜCKE von Dietmar Bartz

S. 52: Walk Free Foundation, Global Slavery Index 2018, <https://bit.ly/2Z3VUzl>, S. 168. ILO, Methodology of the global estimates of modern slavery: Forced labour and forced marriage, 2017, <https://bit.ly/3lQOKam>, S. 79 f., 91 f. Wikipedia, <https://bit.ly/3lPgypf>. Bevölkerung 2015, UN, <https://bit.ly/3vnJsWR>. – S. 53: Walk Free Foundation, Global Slavery Index 2018, <https://bit.ly/2Z3VUzl>, S. 29. – S. 54: Methodology (vgl. S. 44), S. 47, 83. ILO, Walk Free Foundation, Global Estimates of Modern Slavery, 2017, <https://bit.ly/3pcGZoI>, S. 18. – S. 55: Walk Free Foundation, Global Slavery Index 2018, <https://bit.ly/2Z3VUzl>, S. 31, 72, 156 f.

ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung ist eine weltweit aktive Institution der politischen Bildungsarbeit. Sie ist mit 27 europäischen und internationalen sowie 16 bundesweiten Standorten einer der größten linken Bildungsträger weltweit. Neben den Arbeits- und Menschenrechten stehen Themen wie soziale Rechte, sozialökologische Transformation, linker Feminismus, Transformationen von Gesellschaften und Staatlichkeit, Friedenspolitik, antirevisionistische Geschichtspolitik sowie Internationalismus auf ihrer Agenda. Seit 1990 wirkt die Stiftung im Sinne ihrer Namensgeberin Rosa Luxemburg und vertritt dabei die gesellschaftliche Grundströmung eines demokratischen Sozialismus, der konsequent international ausgerichtet ist. Die Stiftung sieht sich einer radikalen Aufklärung und Gesellschaftskritik verpflichtet und steht in der Tradition der Arbeiter- und der Frauenbewegung sowie des Antifaschismus und Antirassismus.

Grundlegend für die politische Bildungsarbeit der Rosa-Luxemburg-Stiftung sind eine materialistische Zeitdiagnose, die Auseinandersetzung mit den gegenwärtigen Krisen und die Suche nach Lösungswegen. Ob es um die globale Krise der Demokratie, den Klimawandel oder die Ausbeutungsstrukturen der kapitalistischen Wirtschaft geht: Progressive Kräfte stehen vor der Herausforderung, auf diese Krisen aufmerksam zu machen und gleichzeitig Gegenstrategien zu entwickeln, die soziale und politische Menschenrechte durchsetzen, liberale Errungenschaften verteidigen und autoritären Methoden Einhalt gebieten.

In diesem Sinne unterstützt die Rosa-Luxemburg-Stiftung kollektive Prozesse, die sich für die emanzipatorische Aneignung universaler Menschenrechte einsetzen, sowie Kämpfe für die sozialen und politischen Rechte von Arbeiter*innen, Arbeitslosen, prekär Beschäftigten, Kleinbäuer*innen, Landlosen, indigenen Gruppen, Frauen, Menschen mit unterschiedlicher sexueller Orientierung, Menschen mit besonderen Bedürfnissen, Migrant*innen und anderen Gruppen, die in unterschiedlicher Form von Ausbeutung, Diskriminierung oder Rassismus betroffen sind.

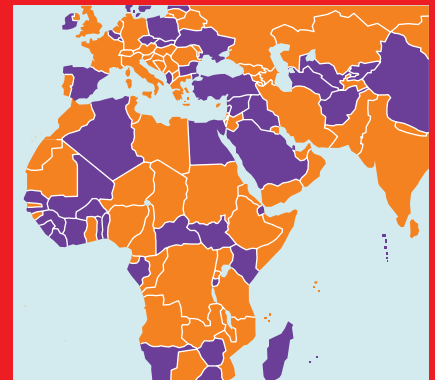
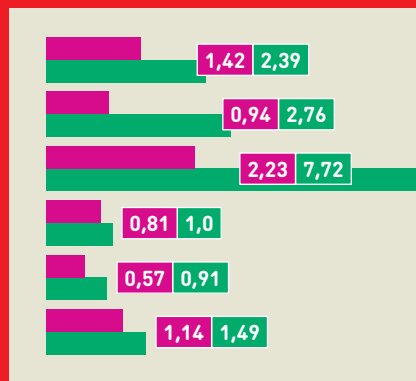
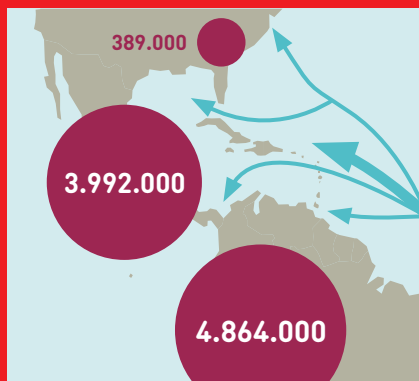
Unser Zukunftsbild ist das einer Gesellschaft, in der die freie Entwicklung jeder einzelnen Person ungeachtet von Geschlecht, Herkunft, Staatsangehörigkeit und Religion die Grundlage der freien Entwicklung aller ist. Zentrales Anliegen dabei ist die kritische Analyse von Herrschaftsverhältnissen sowie der Einsatz für einen sozialökologischen Umbau und die politische Partizipation aller Menschen. Als der Partei DIE LINKE nahestehende, aber unabhängige politische Stiftung unterstützen wir mit unserer Bildungsarbeit die Kämpfe von sozialen Bewegungen, Gewerkschaften und linken Nichtregierungsorganisationen hierzulande und in vielen Regionen der Welt. Dabei lassen wir uns von der Perspektive einer Gesellschaft jenseits des Kapitalismus leiten.

Rosa-Luxemburg-Stiftung

Straße der Pariser Kommune 8A, 10243 Berlin
www.rosalux.de

BISHER ERSCHIENEN





**Sowohl die Staaten als auch der Privatsektor
verantworten die Zwangsarbeit in der Weltwirtschaft.**

aus: **AN DER LIEFERKETTE**, Seite 14

**Nicht selten gehen beträchtliche Summen vom Lohn ab, sodass
den Arbeitskräften nur geringe Einnahmen bleiben.**

aus: **AN BORD UND UNTER DECK**, Seite 38

**Damit sie nicht fliehen können, werden Zwangsprostituierten
ihre Ausweisdokumente abgenommen.**

aus: **DER VERGESSENE KONTINENT DES MENSCHENHANDELS**, Seite 48

**Im Dschungel Brasiliens gründeten die Geflohenen
den Staat Palmares mit mehreren Zehntausend Menschen.**

aus: **TOD, VERWEIGERUNG, AUFSTAND**, Seite 30